

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2011 — 1900

[2011/203624]

**15. JUNI 2011 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009
über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 12, 13, 23 bis 26, 32, 44, 49, 59, 69, 71, 78, 82, 93 und 97;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 29. Dezember 1984 über die Dienste mit getrennter Geschäftsführung im Gemeinschaftsunterrichtswesen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Juli 2003 über die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren";

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 2003 über die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft";

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 2003 zur Organisation der Haushaltskontrolle;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 4. November 2010;

Aufgrund des Gutachtens 49.028/1 des Staatsrates, das am 20. Januar 2011 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Kapitel 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Vorliegender Erlass ist anwendbar auf die in Artikel 2 Nummer 2 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Einrichtungen.

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. die Haushaltsordnung: das Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. der Königliche Erlass zur Ausführung des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen: der Königliche Erlass vom 10. November 2009 zur Festlegung des für den Föderalstaat, die Gemeinschaften, die Regionen und die gemeinsame Gemeinschaftskommission anwendbaren Buchführungsplans;
3. die Dienste der Hauptverwaltung: die Dienste der Hauptverwaltung gemäß Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe a) der Haushaltsordnung;
4. die Dienste mit getrennter Geschäftsführung: die Dienste mit getrennter Geschäftsführung gemäß Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe b) und Artikel 74 der Haushaltsordnung;
5. die Einrichtungen öffentlichen Interesses: die Einrichtungen öffentlichen Interesses gemäß Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe c) und Artikel 87 der Haushaltsordnung.

Kapitel 2 — Haushaltsbuchhaltungsbestimmungen

Abschnitt 1 — Haushaltsplan

Art. 3 - § 1 - Die Dienste der Hauptverwaltung verwenden das in Anlage 1 des vorliegenden Erlasses aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den Einnahmenhaushalt.

Die Dienste der Hauptverwaltung verwenden das in Anlage 2 des vorliegenden Erlasses aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den allgemeinen Ausgabenhaushalt und das in Anlage 3 aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den administrativen Ausgabenhaushalt.

§ 2 - Die Dienste mit getrennter Geschäftsführung und die Einrichtungen öffentlichen Interesses verwenden das in Anlage 4 des vorliegenden Erlasses aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den Einnahmenhaushalt.

Die Dienste mit getrennter Geschäftsführung und die Einrichtungen öffentlichen Interesses verwenden das in Anlage 5 des vorliegenden Erlasses aufgeführte Raster für die Aufstellung ihrer Pläne für den Ausgabenhaushalt.

Art. 4 - Die in den Haushaltsplänen verzeichneten Beträge werden in Tausendern aufgeführt.

Abschnitt 2 — Haushaltsregeln

Art. 5 - Gemäß Artikel 20 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen besteht eine Zahlungsverpflichtung, wenn und ab dem Zeitpunkt an dem aufgrund von Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen eine Schuld zu Lasten einer buchhalterischen Einheit oder eine Forderung zu ihren Gunsten besteht, unabhängig des Fälligkeitsdatums dieser Schuld oder dieser Forderung.

Unbeschadet der anwendbaren Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen und des Artikels 32 § 3 der Haushaltsordnung, wird insbesondere ab den folgenden Zeitpunkten vom Bestehen einer Zahlungsverpflichtung ausgegangen:

1. für Gehälter, Pensionen, gelegentliche Prämien und andere besondere Zulagen: der Zeitpunkt der Verrichtung der Leistung; und für die diesbezüglichen Rückstände: der Zeitpunkt der Leistungsverrichtung, ungeachtet des Jahres, auf das sie sich beziehen;
2. für Arbeiten, Lieferungen und Dienstleistungen, mit Ausnahme der Mieten und Abonnements: der Zeitpunkt der Ausführung und der Annahme der Arbeits-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträge;
3. für den Erwerb und den Verkauf von unbeweglichen Gütern: das Datum, an dem der Verkauf zwischen den Parteien verwirklicht ist;
4. für Zuschüsse, deren Gewährung durch Grundlagenbestimmungen geregelt wird: der Zeitpunkt, an dem sie gemäß dieser Grundlagenbestimmungen fällig sind;
5. für Zuschüsse, deren Gewährung nicht durch Grundlagenbestimmungen geregelt wird: das Datum, an dem der Gewährungserlass oder -rechtsakt in Kraft tritt;
6. für Beiträge, die an internationale Organisationen in Ausführung der Verträge eingezahlt werden: das Datum, an dem sie aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen fällig sind;
7. für freiwillige an internationale Organisationen eingezahlte Beiträge: das Datum, an dem der Gewährungserlass oder -rechtsakt in Kraft tritt;
8. für Kreditvergaben und Beteiligungen: das Datum, an dem der Gewährungserlass oder -rechtsakt in Kraft tritt;
9. für Urteile und Entscheide oder andere Handlungen, die einen Streitfall beenden: das Datum, an dem diese Urteile oder Handlungen vollstreckbar sind;
10. für steuerliche Einnahmen: das Datum, an dem das Einforderungsrecht gemäß den gültigen Gesetzen, Dekreten und Verordnungen bestimmt wurde; wenn die Einzahlung jedoch der Bestimmung des Einforderungsrechts vorangeht, wird das Datum des Empfangs dieser Summen berücksichtigt;
11. für steuerliche Nachlasse und Erstattungen: das Datum, an dem der Betrag bestimmt wurde.

Kapitel 3 — Finanzbuchhaltungsbestimmungen

Abschnitt 1 — Kontenplan

Art. 6 - § 1 - Die Einrichtungen verwenden den in Anlage 6 des vorliegenden Erlasses aufgeführten einheitlichen Kontenplan für die Führung ihrer Finanzbuchhaltung.

Für die Zwecke der gesamtstaatlichen Konsolidierung der Konten wird der in Anlage 1 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen aufgeführte einheitliche Kontenplan verwendet.

§ 2 - Der für den Haushalt und die Finanzen zuständige Minister legt gegebenenfalls die Nummern der Konten und ihre Bezeichnung nach der dritten Stelle im Kontenplan fest.

Abschnitt 2 — Buchhaltungsregeln

Art. 7 - Gemäß Artikel 5 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen verwenden die Einrichtungen die in Anlage 7 des vorliegenden Erlasses aufgeführten Gliederungs- und Bewertungsvorschriften.

Art. 8 - Die in Artikel 32 § 4 Absatz 2 der Haushaltsordnung erwähnten Bücher und Beweisbelege werden für eine Dauer von zehn Jahren aufbewahrt.

Art. 9 - Die Dienste mit getrennter Geschäftsführung und die Einrichtungen öffentlichen Interesses verwenden für die Führung ihrer Buchhaltung dasselbe Datenverarbeitungssystem wie die Dienste der Hauptverwaltung.

Kapitel 4 — Finanzakteure

Abschnitt 1 — Anweisungsbefugter

Art. 10 - In Ausführung der Artikel 23 § 2, 69 Absatz 2, 82 und 97 der Haushaltsordnung werden die bevollmächtigten Anweisungsbefugten:

1. der Dienste der Hauptverwaltung von der Regierung bezeichnet;
2. der Dienste mit getrennter Geschäftsführung vom zuständigen Minister bezeichnet;
3. der Einrichtungen öffentlichen Interesses durch deren Geschäftsordnung oder durch einen von der Regierung genehmigten Beschluss des Verwaltungsrates bezeichnet.

Bei jeder Bezeichnung von bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden mindestens folgende Elemente schriftlich festgehalten:

1. die Namen oder die Funktion der Personen, denen die Anweisungsbefugnis delegiert wird;
2. der Gegenstand der delegierten Anweisungsbefugnis;
3. die Höchstbeträge der Ausgaben, die im Rahmen der delegierten Anweisungsbefugnis getätigt werden dürfen.

Art. 11 - Die bevollmächtigten Anweisungsbefugten der Einrichtungen öffentlichen Interesses werden bei jeder im entsprechenden Grundlagendekret vorgesehenen vollständigen Erneuerung des Verwaltungsrates neu bezeichnet. Gegebenenfalls sind die Geschäftsordnungen entsprechend anzupassen.

Art. 12 - Die nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden vom Anweisungsbefugten der Einrichtung unter denselben Bedingungen wie die bevollmächtigten Anweisungsbefugten bezeichnet.

Art. 13 - Der in Artikel 24 § 6 Nummer 2 der Haushaltsordnung erwähnte Betrag beläuft sich auf 5.500 EUR ohne Mehrwertsteuer.

Abschnitt 2 — Rechnungspflichtiger

Art. 14 - In Ausführung von Artikel 25 § 1 der Haushaltsordnung werden die Rechnungspflichtigen:

1. der Dienste der Hauptverwaltung von der Regierung bezeichnet;
2. der Dienste mit getrennter Geschäftsführung vom zuständigen Minister bezeichnet;
3. der Einrichtungen öffentlichen Interesses vom Verwaltungsrat bezeichnet.

Eine Abschrift des Beschlusses zur Bezeichnung wird dem Rechnungshof zur Information übermittelt.

Art. 15 - Die Übertragung bestimmter Aufgaben durch den Rechnungspflichtigen an ihm unterstehende Mitarbeiter gemäß Artikel 25 § 5 der Haushaltsordnung erfolgt schriftlich und wird durch das Organ, das den Rechnungspflichtigen bezeichnet hat, genehmigt.

Bei jeder Übertragung von Aufgaben werden mindestens folgende Elemente schriftlich festgehalten:

1. die Namen der Personen, denen bestimmte Aufgaben übertragen werden;
2. der Gegenstand der übertragenen Aufgaben;
3. die Höchstbeträge der Ausgaben, die im Rahmen der Aufgabenübertragung getätigt werden dürfen.

Eine Abschrift des Beschlusses zur Übertragung von Aufgaben wird dem Rechnungshof zur Information übermittelt.

Abschnitt 3 — Zahlstellenverwalter

Art. 16 - Die Einrichtung einer Zahlstelle durch den Rechnungspflichtigen gemäß Artikel 26 der Haushaltsordnung erfolgt schriftlich und wird durch das Organ, das den Rechnungspflichtigen bezeichnet hat, genehmigt.

Bei jeder Einrichtung einer Zahlstelle werden mindestens folgende Elemente schriftlich festgehalten:

1. der Name der Person, die für die Zahlstelle verantwortlich ist;
2. die Höchstbeträge der Zahlungen, die in der Zahlstelle getätigt werden dürfen, und der anderen Einnahmen als Eigenmittel, die angenommen werden dürfen.

Eine Abschrift des Beschlusses zur Einrichtung einer Zahlstelle wird dem Rechnungshof zur Information übermittelt.

Art. 17 - Die in Artikel 16 Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Höchstbeträge dürfen 1.000 EUR für Zahlungen und 5.000 EUR für Annahmen nicht überschreiten.

Das Bargeldguthaben darf nach einer Einzahlung den Betrag von 5.000 EUR nicht überschreiten.

Kapitel 5 — Interne Kontrolle

Abschnitt 1 — Interne Kontrolle in allen Einrichtungen

Art. 18 - Die Einrichtungen verwenden die INTOSAI Richtlinien für die internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor (INTOSAI GOV 9100) zum Aufbau ihrer internen Kontrolle.

Art. 19 - Die in Artikel 44 § 4 der Haushaltsordnung erwähnte Frist, über die der bevollmächtigte Anweisungsbefugte verfügt, um tätig zu werden, bevor der Anweisungsbefugte unterrichtet wird, beträgt 30 Tage.

Die im selben Paragraphen erwähnte Frist, über die der Anweisungsbefugte verfügt, um tätig zu werden, bevor der Rechnungshof unterrichtet wird, beträgt 45 Tage.

Abschnitt 2 — Interne Kontrolle in den Diensten der Hauptverwaltung

Unterabschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 20 - Die Haushaltskontrolle obliegt der Regierung und dem Haushaltsminister. Sie werden von der Finanzinspektion unterstützt.

Die Haushaltskontrolle bezieht sich auf die Entscheidungsvorlagen der Regierung und ihrer Minister sowie auf die Dienste der Hauptverwaltung.

Art. 21 - Der Haushaltsminister informiert die Regierung regelmäßig über die Finanz- und Haushaltssituation sowie über die Perspektiven der Haushaltsausführung.

Die Regierung beschließt über ihre Haltung zu Dekretvorschlägen und deren Abänderungen, deren Verabschiedung einen Einfluss auf die Einnahmen oder Ausgaben haben kann.

Art. 22 - Wenn mehrere Finanzinspektoren bei der Regierung akkreditiert sind, kann die Regierung nach Rücksprache mit dem Korpschef der Finanzinspektion den einzelnen Finanzinspektoren bestimmte Sachbereiche zuweisen.

Art. 23 - Die Präambel eines Erlasses erwähnt mit seinem Datum das Gutachten des Finanzinspektors und das Einverständnis des Haushaltsministers.

Bei Anwendung von Artikel 25 Absatz 2 wird das Einverständnis des Haushaltsministers in der Präambel nicht erwähnt.

Unterabschnitt 2 — Haushaltsminister

Art. 24 - Der Haushaltsminister erarbeitet in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Ministern die Vorentwürfe der Dekrete zur Festlegung des Haushalts und zu seiner Anpassung, die Abänderungsvorschläge zu diesen Dekretentwürfen und die Entwürfe der Erlasse zur Neuverteilung von Zuweisungen.

Art. 25 - Das Einverständnis des Haushaltsministers ist erforderlich für:

1. jeden Entwurf eines Dekretes oder eines Erlasses mit Verordnungscharakter, welcher der Regierung zum Beschluss vorgelegt werden soll und einen Einfluss auf die Einnahmen oder Ausgaben haben kann. Der zuständige Minister holt das Einverständnis des Haushaltsministers ein und legt ihm zu diesem Zweck das Gutachten des Finanzinspektors vor;
2. für jeden Erwerb oder Veräußerung einer Immobilie sowie für die Vergabe von Bürgschaften.

Wenn der Haushaltsminister als zuständiger Fachminister die Vorlage selbst in die Regierung einbringt, gilt sein Einverständnis von Rechts wegen als erteilt.

In Abweichung von Absatz 1 ist das Einverständnis des Haushaltsministers nicht erforderlich, wenn der Finanzinspektor in seinem Gutachten feststellt, dass es keinen Einfluss auf Einnahmen oder Ausgaben gibt.

Unterabschnitt 3 — Finanzinspektor

Art. 26 - § 1 - Der Finanzinspektor ist für die Regierung und die Minister ein Berater in Sachen Haushalt und Finanzen. In dieser Eigenschaft kann er der Regierung und den Ministern aus eigener Initiative und auf Anfrage Vorschläge unterbreiten.

Er kann von der Regierung und den Ministern mit der Erstellung von Gutachten über Haushalts- und Finanzfragen beauftragt werden. Dabei können sich auch Informationsaufträge auf Vorgänge in von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängenden Rechtspersonen oder auf Zuschussempfänger beziehen.

§ 2 - Der Finanzinspektor kontrolliert im Namen des Haushaltsministers die Ausführung des Haushaltes. Diese Kontrolle erfolgt a priori in den in Artikel 28 und Artikel 29 festgelegten Fällen. Sie erfolgt a posteriori in den Bereichen, die jährlich vom Haushaltsminister festgelegt werden.

§ 3 - Die Gutachten des Finanzinspektors richten sich ausschließlich nach folgenden Kriterien: Gesetzmäßigkeit, Zweckdienlichkeit, Wirksamkeit, Kosteneffizienz, Haushaltskompatibilität. Er prüft außerdem die Übereinstimmung mit Entscheidungen, Richtlinien und Programmen der Regierung.

Der Finanzinspektor hat uneingeschränkte Akteneinsicht im Rahmen seiner Aufgaben. Alle Betroffenen sind ihm gegenüber auskunftspflichtig.

Der Finanzinspektor erfüllt seinen Auftrag in voller Unabhängigkeit und ist an der Regierungspolitik und an der Verwaltungsführung nicht beteiligt.

Art. 27 - Der Finanzinspektor wird in die Vorbereitung des Haushalts und der Haushaltsanpassungen einbezogen. Auf Anfrage des Haushaltsministers gibt er Gutachten ab zu den Vorentwürfen der Dekrete zur Festlegung des Haushalts und zu seiner Anpassung, zu den Abänderungsvorschlägen zu diesen Dekretentwürfen und zu den Entwürfen der Erlasse zur Neuverteilung von Zuweisungen.

Art. 28 - Das vorherige Gutachten des Finanzinspektors ist erforderlich:

1. wenn gemäß Artikel 25 das Einverständnis des Haushaltsministers erforderlich ist;
2. für alle anderen Entwürfe von Erlassen, Rundschreiben und Entscheidungen, die einen Einfluss auf die Einnahmen oder Ausgaben haben können.

Auf Anfrage des zuständigen Ministers kann im Falle der Dringlichkeit der Haushaltsminister die Abgabe des Gutachtens innerhalb einer von ihm festgesetzten Frist fordern.

Art. 29 - In Abweichung von Artikel 28 Nummer 2 ist das Gutachten des Finanzinspektors nicht erforderlich für:

1. alle Personalentscheidungen in Anwendung des statutarischen und finanziellen Personalstatuts mit Ausnahme der Neueinstellungen und Neuernennungen insofern es sich nicht um Ersatzverträge mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr handelt;
2. Dienstaufträge in Belgien und im Ausland;
3. öffentliche Aufträge für Arbeiten, bis 20.000 EUR ohne Mehrwertsteuer;
4. öffentliche Aufträge für Lieferungen und Dienstleistungen bis 10.000 EUR ohne Mehrwertsteuer;
5. Zuschüsse oder Dotationen
 - a) deren Betrag und Begünstigte namentlich im Haushalt aufgeführt sind;
 - b) die durch gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum aufgrund eines Dekretes oder einer Verordnung vergeben werden;
6. andere Zuschüsse und Ausgaben bis 5.500 EUR ohne Mehrwertsteuer.

Der Haushaltsminister kann die Modalitäten zur Anwendung der Vorschriften des Absatz 1 festlegen und die dort aufgeführten Grenzbeträge abändern.

In Abweichung von Absatz 1 Nummern 3 und 4 ist das Gutachten des Finanzinspektors immer erforderlich, wenn für einen öffentlichen Auftrag der Schätzbetrag ohne Mehrwertsteuer um mehr als 20 Prozent überschritten wird.

Art. 30 - Die buchhalterischen Festlegungen werden dem Finanzinspektor monatlich übermittelt. Die Anmerkungen des Rechnungshofes werden dem Finanzinspektor zur Information zugestellt.

Die Liste der öffentlichen Aufträge, für die in Anwendung von Artikel 29 Absatz 1 Nummern 3 und 4 das Gutachten des Finanzinspektors nicht erforderlich ist, wird diesem alle drei Monate übermittelt.

Art. 31 - Erteilt der Finanzinspektor einen ungünstigen Vermerk zu einer in Artikel 28 Nummer 2 erwähnten Angelegenheit, darf die Ausgabe nicht getätigt werden, es sei denn die Regierung beschließt auf Antrag des zuständigen Ministers, trotzdem ihr Einverständnis zu erteilen.

Kapitel 6 — *Verschiedene Bestimmungen*

Art. 32 - Die in Artikel 49 der Haushaltsordnung erwähnten Zahlungserleichterungen können unter folgenden Bedingungen gewährt werden:

1. sie werden seitens des Schuldners angefragt;
2. ihnen geht eine vorherige, ausdrückliche und nicht bestreitbare Anerkennung der Gesamtschuld durch den Schuldner voran;
3. die Einrichtung erstellt einen Schuldentilgungsplan für den Schuldner.

Wenn die Gesamtschuld weniger als 10.000 EUR beträgt, wird keine Verzinsung berechnet. Bei Beträgen, die diesen Wert übersteigen, wird für die Anrechnung von Verzugszinsen der gesetzliche Zinssatz gemäß Artikel 1153 des Zivilgesetzbuches verwendet.

Kapitel 7 — *Abänderungs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

Art. 33 - Die Artikel 3, 5 bis 11, 12, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 14. September 2006, und 13 bis 15 des Erlasses der Regierung vom 10. Juli 2003 über die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" sind aufgehoben.

Art. 34 - Die Artikel 3 und 5 bis 14 des Erlasses der Regierung vom 20. November 2003 über die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" sind aufgehoben.

Art. 35 - In Artikel 24 des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen wird die Wortfolge "gemäß der koordinierten Gesetze über die Staatsbuchhaltung" ersetzt durch die Wortfolge "gemäß dem Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Art. 36 - Der Königliche Erlass vom 29. Dezember 1984 über die Dienste mit getrennter Geschäftsführung im Gemeinschaftsunterrichtswesen, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 17. Juni 1992, 6. März 1993, 21. Juni 2001, 20. Dezember 2001, 10. Juli 2003 und 16. November 2005, ist aufgehoben.

Art. 37 - Der Erlass der Regierung vom 20. November 2003 zur Organisation der Haushaltskontrolle ist aufgehoben.

Art. 38 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 tritt Artikel 9 für jede einzelne Einrichtung an einem Zeitpunkt, der vom Haushaltsminister festgelegt wird, und spätestens am 1. Januar 2012 in Kraft.

Art. 39 - Der für den Haushalt und die Finanzen zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Anlage 1 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009
über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Einnahmenhaushalt [Jahr]
Aufgeführt nach Einnahmeartikel

Typ	EWK	FUNK	Bezeichnung	Einnahmen

Legende:

- Typ: entweder ALLG (allgemeine Einnahmen) oder ZWECK (zweckgebundene Einnahmen)
- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- FUNK: Nummer gemäß funktioneller Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Entstehungsgrundes der Einnahme
- Einnahmen: Höhe der Einnahme in Tausendern

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Anlage 2 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009
über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Allgemeiner Ausgabenhaushalt [Jahr]
Aufgeführt nach Organisationsbereichen, Programmen und Zuweisungen

OB	PR	Bezeichnung	VE [Jahr]	AE [Jahr]

Legende:

- OB: Nummer des Organisationsbereich
- PR: Nummer des Programms
- Bezeichnung: Bezeichnung des Verwaltungs- oder Tätigkeitsprogramms, in dessen Rahmen die Ausgabe getätigt wird
- VE [Jahr]: Höhe der Verpflichtungsermächtigung in Tausendern
- AE [Jahr]: Höhe der Ausgabeermächtigung in Tausendern

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Anlage 3 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009
über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Administrativer Ausgabenhaushalt [Jahr]
Aufgeführt nach Organisationsbereichen, Programmen und Zuweisungen

OB	PR	EWK	FUNK	Bezeichnung	VE [Jahr]	AE [Jahr]	Fonds

Legende:

- OB: Nummer des Organisationsbereich
- PR: Nummer des Programms
- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- FUNK: Nummer gemäß funktioneller Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Verwaltungs- oder Tätigkeitsprogramms, in dessen Rahmen die Ausgabe getätigt wird
- VE [Jahr]: Höhe der Verpflichtungsermächtigung in Tausendern
- AE [Jahr]: Höhe der Ausgabeermächtigung in Tausendern
- Fonds: Hinweis auf die variablen Kredite

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Anlage 4 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Einnahmenhaushalt [Jahr]
Aufgeführt nach Einnahmeartikel

EWK	FUNK	Bezeichnung	Einnahmen

Legende:

- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- FUNK: Nummer gemäß funktioneller Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Entstehungsgrundes der Einnahme
- Einnahmen: Höhe der Einnahme in Tausendern

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Anlage 5 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Ausgabenhaushalt [Jahr]
Aufgeführt nach Organisationsbereichen, Programmen und Zuweisungen

OB	PR	EWK	FUNK	Bezeichnung	VE [Jahr]	AE [Jahr]

Legende:

- OB: Nummer des Organisationsbereich
- PR: Nummer des Programms
- EWK: Nummer gemäß europäischer wirtschaftlicher Klassifizierung
- FUNK: Nummer gemäß funktioneller Klassifizierung
- Bezeichnung: Bezeichnung des Verwaltungs- oder Tätigkeitsprogramms, in dessen Rahmen die Ausgabe getätigt wird
- VE [Jahr]: Höhe der Verpflichtungsermächtigung in Tausendern
- AE [Jahr]: Höhe der Ausgabeermächtigung in Tausendern

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Anlage 6 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

EINRICHTUNGEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT:

Einheitlicher Kontenplan	
Bilanzklasse — Bezeichnung	
Bilanzunterklasse — Bezeichnung	
<i>Rubrik</i>	<i>Bezeichnung</i>
Klasse 1 - Eigenmittel, Rückstellungen und langfristige Verbindlichkeiten	
10 - Nettoaktiva, Nettopassiva	
101	<i>Nettoaktiva</i>
108	<i>Nettopassiva (-)</i>
15 - Kapitalsubventionen	
150	<i>Kapitalsubventionen</i>
16 - Rückstellungen	
163	<i>Rückstellungen für Risiken und Kosten</i>
17 - Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	
176	<i>Leasing und Darlehen > 1 Jahr</i>
Klasse 2 - Anlagevermögen und langfristige Forderungen	
21 - Immaterielle Anlagewerte	
212	<i>Konzessionen, Patente, Lizenzen, Software, Datenbanken</i>
22 - Grundstücke und Bauten	
220	<i>Grundstücke für Verwaltungs- und Schulgebäude</i>
222	<i>Nicht bebaute Grundstücke</i>
223	<i>Verwaltungs- und Schulgebäude</i>
224	<i>Grundstücke und Gebäude untrennbar</i>
23 - Installationen, Maschinen und Werkzeuge	
230	<i>Installationen</i>
231	<i>Maschinen</i>
232	<i>Werkzeug</i>
24 - Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Fahrzeuge	
240	<i>Fahrzeuge</i>
243	<i>Informatikmaterial</i>
244	<i>Büromaterial und Mobiliar</i>
245	<i>Material/Mobiliar aller Art</i>
246	<i>Bibliothek</i>
247	<i>Kunstgegenstände</i>
248	<i>Tiere</i>
25 - Leasings	
250	<i>Gelände und Gebäude geleast</i>
251	<i>Installationen, Maschinen und Werkzeuge geleast</i>
252	<i>Material, Mobiliar, Fahrzeuge geleast</i>
27 - Anlagen im Bau und geleistete Anzahlungen	
270	<i>Anlagen im Bau und Anzahlungen</i>
28 - Finanzanlagen	
280	<i>Beteiligungen in verbundenen Unternehmen</i>
281	<i>Forderungen an verbundenen Unternehmen</i>
288	<i>Kautionen</i>
29 - Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	
290	<i>Forderungen auf Lieferungen und Leistungen >1Jahr</i>
291	<i>Sonstige Forderungen > 1Jahr</i>

Klasse 3 - Lagerbestand und Vorräte	
30 - Vorräte	
300	<i>Vorräte</i>
360	<i>Geleistete Anzahlungen auf Vorräte</i>
Klasse 4 - Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten	
40 - Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	
400	<i>Kundenforderungen</i>
404	<i>Zu erstellende Rechnungen</i>
406	<i>Geleistete Anzahlungen</i>
41 - Sonstige Forderungen	
411	<i>Forderungen gegenüber der MWST Verwaltung</i>
412	<i>Forderungen auf andere Einrichtungen</i>
416	<i>Sonstige Forderungen</i>
418	<i>Gezahlte Kauttionen</i>
42 - Innerhalb eines Jahres fällig werdende Verbindlichkeiten	
422	<i>Kapitaltilgung auf Leasing < 1 Jahr</i>
423	<i>Kapitaltilgung auf Anleihen < 1 Jahr</i>
43 - Finanzverbindlichkeiten	
430	<i>Darlehen auf Terminkonten</i>
44 - Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
440	<i>Lieferanten Inland</i>
444	<i>Zu erhaltende Rechnungen</i>
45 - Verbind. aus Steuern, Arbeitsentgelten und Soziallasten	
451	<i>Verbindlichkeiten gegenüber der MWST Verwaltung</i>
452	<i>Zu zahlende Steuern und Abgaben</i>
453	<i>Berufssteuervorabzug</i>
454	<i>Sozialversicherungsbeiträge LSS</i>
455	<i>Arbeitsentgelte/Gehälter</i>
456	<i>Urlaubsgeld</i>
459	<i>Sonstige Sozialabgaben</i>
48 - Sonstige Verbindlichkeiten	
482	<i>Verbindlichkeiten gegenüber anderen Einrichtungen</i>
483	<i>Rückzahlung an Drittpersonen</i>
489	<i>Andere sonstige Verbindlichkeiten</i>
49 - Rechnungsabgrenzungsposten	
490	<i>Vorzutragende Aufwendungen</i>
491	<i>Erzielte Erträge</i>
492	<i>Anzurechnende Aufwendungen</i>
493	<i>Vorzutragende Erträge</i>
Klasse 5 - Geldanlagen und flüssige Mittel	
51 - Aktien und Anteile	
510	<i>Aktien und Anteile</i>
52 - Festverzinsliche Wertpapiere	
520	<i>Festverzinsliche Wertpapiere</i>
53 - Festgelder und Sparkonten	
530	<i>Festgelder und Sparkonten</i>
55 - Flüssige Mittel	
550 - 553	<i>Laufende Bankkonten</i>
556	<i>Kassenbücher</i>
558	<i>Fondsbewegungen und Transfers</i>

58 - Interne Geldtransferkonten	
580	<i>Interne Transferkonten</i>
Klasse 6 - Aufwendungen	
60 - Rohstoffe, Handelswaren, Unterlieferanten	
600	<i>Ankauf Rohstoffe</i>
601	<i>Ankauf Betriebsstoffe zwecks Produktion</i>
602	<i>Ankauf Dienstleistungen</i>
604	<i>Ankauf Handelswaren</i>
608	<i>Abzüge</i>
609	<i>Bestandsveränderungen</i>
61 - Sonstige Lieferungen und Leistungen	
610	<i>Mieten und Mietnebenkosten</i>
611	<i>Unterhalts- und Reparaturkosten</i>
612	<i>Laufende Unkosten (Energie, Nebenkosten, Büromaterial)</i>
613	<i>Telefon- und Portokosten</i>
614	<i>Versicherungen</i>
615	<i>Repräsentationskosten und Beiträge</i>
616	<i>Transport- und Reisekosten</i>
617	<i>Interimpersonal</i>
618	<i>Sitzungsgelder</i>
619	<i>Honorare und diverse Gebühren</i>
62 - Lohnkosten	
620	<i>Arbeitsentgelte, Urlaubsgeld und Jahresendprämie</i>
621	<i>Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber)</i>
622	<i>Arbeitgeberbeiträge (diverse)</i>
623	<i>Sonstige Personalunkosten</i>
629	<i>Gehaltskosten des Unterrichtswesens</i>
63 - Abschreibungen und Wertminderungen	
631	<i>Abschreibung - Immaterielles Anlagevermögen</i>
634	<i>Abschreibung - Installationen, Maschinen und Werkzeuge</i>
635	<i>Abschreibung - Mobiliar, Material, Fahrzeuge</i>
64 - Sonstige Aufwendungen	
640	<i>Steuern und Abgaben</i>
643	<i>Subsidien</i>
65 - Finanzaufwendungen	
650	<i>Zinsen</i>
658	<i>Bankkosten</i>
66 - Außerordentliche Aufwendungen	
663	<i>Abgang von Anlagevermögen (Minderwerte)</i>
668	<i>Studienbeihilfen</i>
668	<i>Gebuchte Verbindlichkeiten aus Vorjahren</i>
69 - Wertminderungen	
694	<i>Wertminderung auf Grundstücke und Gebäude</i>
696	<i>Wertminderung auf Finanzanlagen</i>
697	<i>Wertminderung auf Forderungen</i>

Klasse 7 - Erträge	
70 - Umsatz	
700	<i>Mahlzeiten</i>
701	<i>Automaten -, Getränke - und Eisverkauf</i>
703	<i>Arbeiten auf Anfrage</i>
705	<i>Verkauf von Abfällen</i>
707	<i>Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (Kurzzeitvermietung)</i>
708	<i>Sonstige Umsätze</i>
72 - Aktivierte Eigenleistung	
720	<i>Aktivierte Eigenleistung</i>
74 - Sonstige Erträge	
740	<i>Subsidien</i>
745	<i>Gebühren</i>
746	<i>Mieteinnahmen - Immobilien (Langzeitvermietung)</i>
747	<i>Mieteinnahmen - Mobilien (Langzeitvermietung)</i>
748	<i>Prämien & Kostenerstattung Dritte</i>
749	<i>Kostenerstattung Personal und Sonstige Erträge</i>
75 - Finanzerträge	
750	<i>Zinsen</i>
756	<i>Erhaltenes Skonto</i>
758	<i>Zinsen auf Prämien</i>
76 - Außerordentliche Erträge	
763	<i>Abgang von Anlagevermögen (Mehrwerte)</i>
768	<i>Sonstige außerordentliche Erträge</i>
769	<i>Sponsoring/Spenden</i>
77 - Steuern	
771	<i>Steuerrückzahlungen</i>
79 - Mehrwerte	
794	<i>Mehrwert auf Grundstücke und Gebäude</i>
796	<i>Mehrwert auf Finanzanlagen</i>

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

Anlage 7 zum Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

**Gliederungs- und Bewertungsvorschriften
zum Jahresabschluss aller Einrichtungen
der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

1. Immaterielle Anlagewerte (Bilanzklasse 21)

1.1 Begriff

Im Einzelnen sind hier folgende Rechte auszuweisen:

Konzessionen, Patente, Lizenzen (für Software, Datenbanken,...), Marken-, Urheber- und Verlagsrechte, ...

1.1. Bewertung

Die immateriellen Anlagewerte werden zu ihren Anschaffungs- bzw. Herstellkosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen und ggf. Sonderabschreibungen bewertet.

Die Anschaffungskosten enthalten die nicht abzugsfähige MWSt.

1.2. Abschreibungen

Bei immateriellen Anlagewerten mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer ist die Wertminderung durch planmäßige Abschreibungen von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu berücksichtigen. Es gilt hierfür eine angenommene Nutzungsdauer von 4 Jahren (d.h. jährlicher Abschreibungssatz von 25%), es sei denn eine abweichende vertragliche Dauer vorliegt.

2. Sachanlagevermögen

2.1. Begriff Sachanlagevermögen

Als Sachanlagevermögen sind nur die körperlichen Gegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, dauernd zu dienen (d.h. mehr als ein Jahr).

2.2. Gliederung des Sachanlagevermögens

2.2.1. Grundstücke und Gebäude (Bilanzklasse 22)

Hier sind alle bebauten und unbebauten Grundstücke getrennt auszuweisen. Grundstücke gelten auch dann als bebaut, wenn nur eine teilweise Bebauung vorliegt. Grundstücke, auf denen Neubauten entstehen, sind bereits zu diesem Zeitpunkt als bebaut zu bilanzieren. Ein Grundstück gilt als unbebaut, wenn es als solches selbständig verwertbar ist.

Gebäude sind Bauwerke auf eigenem oder fremden Grund und Boden, die

- Menschen oder Sachen durch räumliche Umschließung Schutz gegen äußere Einflüsse gewähren,
- den Aufenthalt von Menschen gestatten,
- fest mit dem Grund und Boden verbunden sind,
- von einiger Beständigkeit und
- standfest sind.

Zu den Gebäuden gehören die Anlagen der Grundinstallation, wie

- Beleuchtungsanlagen,
- Sammelheizungs- und Warmwasseranlagen,
- Be- und Entlüftungsanlagen, d. h. Anlagen, die dazu dienen, den Aufenthalt von Menschen in Räumen zu ermöglichen bzw. angenehmer zu gestalten,
- Be- und Entwässerungsanlagen, d. h. Anlagen, die zur sanitären Einrichtung zählen sowie
- Personenaufzüge
- ...

Außenanlagen gelten als bebaute Grundstücke. Zu ihnen gehören Straßen, Brücken, Wege, Pflasterungen, ausgebaute Plätze einschließlich Parkplätze, massive Umzäunungen, Begrenzungsmauern, Stützmauern, Sportanlagen, Massivfundamente, Kanalbauten, Unterführungen, unterirdische Verbindungsgänge usw.

Einbauten in Mietobjekten: Anschaffungs- oder Herstellungskosten von baulichen Veränderungen im Zusammenhang mit Mietobjekten sind hier zu aktivieren.

Anschaffungskosten oder Herstellkosten von sonstigen Investitionen in Mietobjekten wie z. B. Versorgungsanlagen, Fernsprechanlagen, technische Installationen sind bei der Position "Betriebs- und Geschäftsausstattung" auszuweisen.

2.2.2. Maschinen, maschinelle Anlagen und Werkzeuge (Bilanzklasse 23)

Die hier auszuweisenden Vermögensgegenstände dienen grundsätzlich den Aktivitäten der Einrichtungen. Dazu gehören:

- Arbeitsmaschinen,
- Krafterzeugungs- und Kraftverteilungsanlagen,
- Lagerbehälter sowie alle Fundamente, Stützen usw.,
- Werkzeuge
- Ersatzteile und Zubehör einer Maschine, soweit sie zur Erstanschaffung gehören, sind zusammen mit der Maschine zu aktivieren.

2.2.3. Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Fahrzeuge (Bilanzklasse 24)

Hier werden ausgewiesen:

- Fuhrpark,
- Datenverarbeitungsanlagen,
- Kommunikationsanlagen,
- Büroeinrichtungen,
- Bücher in öffentlichen Bibliotheken,
- ...

2.2.4. Leasing

Die Zurechnung des Leasing-Gegenstandes ist von der von den Parteien gewählten Vertragsgestaltung und ihrer tatsächlicher Durchführung abhängig. Unter Würdigung der gesamten Umstände ist im Einzelfall zu entscheiden, wem der Leasing-Gegenstand zuzurechnen ist:

a) Bilanzierung des Leasing-Gegenstandes bei Zurechnung zum

Leasing-Nehmer (= Finanzleasing) (Bilanzklasse 25):

Der Leasing-Nehmer hat den Leasing-Gegenstand mit seinen Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren. Als Anschaffungs- oder Herstellungskosten gelten die Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Leasing-Gebers.

In Höhe der aktivierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Leasing-Geber innerhalb der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu passivieren.

Die Leasing-Raten sind in einen Zins- und Kostenanteil sowie einen Tilgungsanteil aufzuteilen.

b) Bilanzierung des Leasing-Gegenstandes bei Zurechnung zum Leasing-Geber, d.h. Leasinggesellschaft (= operationelles Leasing/Renting):

Für den Leasing-Nehmer sind die Leasing-Raten Betriebsausgaben und werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

2.2.5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (Bilanzklasse 27)

Die Anlagen im Bau betreffen alle zu aktivierenden Aufwendungen für noch nicht fertig gestellte oder in Betrieb genommene Investitionen, die bis zum Bilanzstichtag angefallen sind.

Investitionen in Grundstücke oder Gebäude (auch in Leasing) bleiben in dieser Position bilanziert solange diese nicht in der Neubewertung des Finanzministeriums berücksichtigt werden.

Anzahlungen auf Anlagen: Hier sind die Anzahlungen auf Anlagen an Fremde für Aufträge, für die eine Lieferung und Leistung noch nicht erfolgt bzw. noch nicht berechnet ist auszuweisen.

Umbuchung der Anlagen im Bau: Die Umbuchung hat grundsätzlich zum Zeitpunkt der Fertigstellung zu erfolgen (lt. Fertigmeldung/Anlagebewegungsmeldung).

Grundstücke oder Gebäude (sowohl Neuinvestitionen als auch Herstellungsaufwand an bestehenden Gebäuden) werden ab Zeitpunkt des Vorliegens einer Bewertung durch das Finanzministerium auf die Bilanzklassen 22 umbucht.

2.3. Zeitpunkt der Aktivierung

Für den Zeitpunkt der Aktivierung sind beim unbeweglichen Anlagevermögen wirtschaftliche und nicht formaljuristische (Eigentumsübergang) Gesichtspunkte maßgeblich. Entscheidend ist in erster Linie, ob das Grundstück/Gebäude wirtschaftlich noch dem Vermögen des Verkäufers oder schon dem Vermögen des Käufers zuzurechnen ist.

Eine Zugehörigkeit zum Vermögen des Käufers ist ab dem Zeitpunkt anzunehmen, von dem ab der Käufer nach dem Willen der Vertragspartner wirtschaftlich über das Grundstück verfügen kann, sofern einer Beurkundung/Registrierung beim Hypothekenamt keine Hindernisse mehr entgegen stehen.

Für den Zeitpunkt der Aktivierung von beweglichen Sachanlagevermögen ist der Eingangstag maßgebend.

Teillieferungen und Teilleistungen, für die keine Anzahlungen geleistet worden sind, sind dem Konto "im Bau befindliche Anlagen" zu belasten.

Bei Eigenherstellung ist für die Aktivierung der Zeitpunkt des Aufwands maßgeblich.

2.4. Bewertung

2.4.1. Begriff

Das Sachanlagevermögen wird wie folgt bewertet:

a) Bilanzklasse 22 (Grundstücke und Bauten)

Anschaffungs- bzw. Herstellkosten sowie anschließender jährlicher Neubewertung anhand der durch das Finanzministerium mitgeteilten Werte;

b) Bilanzklasse 23 (Maschinen, maschinelle Anlagen und Werkzeuge) - Bilanzklasse 24 (Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Fahrzeuge) - Bilanzklasse 25 (Finanzleasing)

Anschaffungs- bzw. Herstellkosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen und ggf. Sonderabschreibungen

c) Bilanzklasse 27 (Geleistete Anlagen und Anlagen im Bau)

Anschaffungs- bzw. Herstellkosten.

2.4.2. Anschaffungskosten

2.4.2.1. Begriff Anschaffungskosten

Zu den Anschaffungskosten gehören die gesamten Aufwendungen für den Erwerb (= Kaufpreis) eines Sachanlagegutes einschließlich aller Nebenkosten, die bis zur Betriebsbereitschaft des Anlagegutes anfallen abzüglich Preisnachlässe.

2.4.2.2. Anschaffungsnebenkosten

Zu den Anschaffungsnebenkosten gehören u. a.:

- Nicht abzugsfähige MWSt.,
- Frachten, Transportkosten, Verpackung,
- Versicherung, Zölle,
- Kommissionskosten, Maklergebühren, Provisionen,
- Kaufvertragskosten,
- Notariatskosten,
- Abfindungen für die Ablösung von Mietverträgen oder Grunddienstbarkeiten bei erworbenen Grundstücken,
- Kosten der Aufstellung,
- Projektierungskosten für Sachanlagen,
- Erschließungsaufwendungen
- ...

2.4.2.3. Anschaffungskostenminderungen

Skonti, Rabatte, Boni oder andere Preisnachlässe vermindern die Anschaffungskosten. Grundsätzlich sind die Anschaffungskosten um die vom Lieferanten eingeräumten Skonto- oder Bonusbeträge zu kürzen.

2.4.3. Abgrenzung von Herstellungs- und Erhaltungsaufwand

2.4.3.1. Herstellungsaufwand

a) Grundsatz

Aktivierungspflichtiger Herstellungsaufwand liegt dann vor, wenn das Anlagegut in seiner Substanz vermehrt, in seiner Wesensart verändert wird oder über seinen Zustand hinaus erheblich verbessert wird. Die alleinige Verlängerung der Nutzungsdauer lässt noch nicht auf Herstellungsaufwand schließen. Modernisierungsaufwand ist kein Herstellungsaufwand.

b) Beispiele für Herstellungsaufwand

Als Herstellungsaufwand sind insbesondere Aufwendungen für Gebäudeanbauten und -umbauten zu verstehen.

c) Wertgrenzen

Bis zu einem Betrag von 5.000 EUR ist eine Abgrenzung zwischen Herstellungs- und Erhaltungsaufwand nicht vorzunehmen. Diese Aufwendungen sind immer als Erhaltungsaufwendungen anzusehen.

2.4.3.2. Erhaltungsaufwand**a) Grundsatz**

Erhaltungsaufwand liegt regelmäßig dann vor, wenn Aufwendungen dazu dienen, einen Anlagegegenstand in ordnungsgemäßem Zustand zu erhalten, sofern es sich um Ausbesserungen handelt, durch die die Substanz nicht vermehrt, die Wesensart nicht verändert und das Wirtschaftsgut nicht über seinen ursprünglichen Zustand hinaus verbessert wird. Auch eine technische oder modische Verbesserung gilt als Erhaltungsaufwand.

b) Beispiele für Erhaltungsaufwand

- Aufwendungen für Umbauten und Ausbauten, soweit sie nicht neubauähnlich sind, z. B. für das Versetzen von Trennwänden, das Auswechseln von Fenstern und Türen,
- Aufwendungen für Änderungen aufgrund von Fehlmaßnahmen,
- Aufwendungen für gärtnerische Anpflanzungen (Wiederanpflanzungen),
- Aufstellungskosten umgesetzter Maschinen (nicht die Kosten der Erstaufstellung),
- Aufwendungen für Reparaturen,
- Erneuerungsaufwendungen für Grundinstallationen wie die Umstellung einer Zentralheizung auf eine andere Feuerungsart, auch wenn die ersetzte Feuerungsanlage technisch noch funktionsfähig war. Auswechseln von Be- und Entlüftungsanlagen. Auswechseln, Überholen und Modernisieren von Personenaufzügen.

2.4.4. Geringwertige Wirtschaftsgüter

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind Gegenstände des Anlagevermögens, die nachstehende Voraussetzungen gleichzeitig erfüllen. Sie müssen:

- abnutzbar,
- beweglich,
- einer selbständigen Nutzung fähig sein.

Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten dürfen 500 EUR nicht übersteigen. Bei der Wertgrenze ist von dem Bruttowert (d.h. inklusive nicht abzugsfähige Mehrwertsteuer, jedoch nach Abzug von Rabatten oder Skonto) auszugehen. Wirtschaftsgüter, die o.g. Voraussetzungen erfüllen, können im Jahr der Anschaffung oder Herstellung aus Vereinfachungsgründen in voller Höhe direkt als Aufwand verbucht werden. Bücher in öffentlichen Bibliotheken sind hiervon nicht betroffen und müssen aktiviert werden.

2.4.5. Jährliche Neubewertung der Grundstücke und Bauten

Grundstücke und Bauten werden einer jährlichen Neubewertung unterzogen. Diese ist anhand der durch das Finanzministerium mitgeteilten Werte vorzunehmen.

Die ermittelten Mehrwerte/Wertminderungen sind

- in der Bilanz grundsätzlich nicht den Anlagekonten selbst, sondern den Wertberichtigungskonten (Mehrwert/Wertminderung) gutzuschreiben, die entsprechend den Anlagekonten zu gliedern sind;
- in der Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Mehrwert (Bilanzklasse 79) oder Wertminderung (Bilanzklasse 69) auszuweisen.

2.4.6. Abschreibungen**2.4.6.1. Begriff Abschreibungen**

Als Abschreibungen werden die Beträge bezeichnet, die zur Erfassung des Wertverzehr am Anlagevermögen in der Gewinn- und Verlustrechnung (Bilanzklasse 63) als Aufwand eingesetzt werden.

Abschreibungen sind grundsätzlich nicht den Anlagekonten selbst, sondern den Wertberichtigungskonten gutzuschreiben, die entsprechend den Anlagekonten zu gliedern sind.

2.4.6.2. Normale Abschreibungen

Bei Wirtschaftsgütern mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer ist die Wertminderung durch planmäßige Abschreibungen von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu berücksichtigen. Es gelten nachfolgend genannte Nutzungsdauern:

Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge 10 Jahre

Betriebs- und Geschäftsausstattung 5 Jahre

Fahrzeuge 5 Jahre

2.4.6.3. Sonderfragen der Abschreibungen**a) Sonderabschreibungen**

Folgende Gründe können zu einer solchen Abschreibung führen:

- das außerordentliche technische Veraltern eines Gutes,
- Schäden, die bei einem Wirtschaftsgut eintreten;
- die Außerbetriebnahme / Nichtnutzung eines Gutes.

b) Lineare Abschreibung

Abschreibungen sind linear vorzunehmen

c) Abschreibungen im Abgangsjahr

Im Jahr des Abgangs sind keine Abschreibungen vorzunehmen.

d) Abschreibungen auf nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten

Die nachträglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten sind linear auf die Restnutzungsdauer des Hauptobjektes abzuschreiben.

e) Abschreibungen für gebraucht erworbene Wirtschaftsgüter

Beim Erwerb gebrauchter Sachanlagegüter von Fremden richtet sich die Abschreibung nach der noch zu erwartenden mutmaßlichen Nutzungsdauer. Diese ist jeweils im Einzelfall festzulegen.

f) Beginn der Abschreibungen bei im Bau befindlichen Anlagen

Bei Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme ist eine Umbuchung auf das entsprechende Anlagekonto erforderlich. Der Abschreibungsbeginn ist auf den Zeitpunkt der Fertigstellung oder Inbetriebnahme abzustellen.

3. Finanzanlagen (Bilanzklasse 28)

3.1. Gliederung

3.1.1. Übersicht

Zu den Finanzanlagen gehören Beteiligungen und langfristige Forderungen mit Finanzcharakter.

3.1.2. Gliederung

3.1.2.1. Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen.

3.1.2.2. Forderungen aus Darlehen an Unternehmen bzw. Einrichtungen

Darlehen sind Finanz- bzw. Kapitalforderungen (im Gegensatz zu Waren- und Leistungsforderungen). Darlehen entstehen also regelmäßig durch Kapitalhingabe für eine bestimmte Zeit mit der Verpflichtung des Empfängers, den Betrag nach vereinbarten Bedingungen zurückzuzahlen und in der Regel auch zu verzinsen.

Je nach Zweck der Finanzanlage ist zu entscheiden, ob diese als Daueranlage unter Darlehen oder als kurzfristige Finanzforderung unter sonstigen Vermögensgegenständen auszuweisen ist.

3.2. Zeitpunkt der Aktivierung

Beteiligungen, die nicht voll eingezahlt werden, sind nur in Höhe der tatsächlichen Einzahlung zu aktivieren. Soweit für die ausstehenden Einlagen eine Einzahlung beschlossen und terminiert ist, ist sie im Beteiligungszugang zu aktivieren und als Gegenposten in die Verbindlichkeiten zu passivieren.

3.3. Bewertung

3.3.1. Beteiligungen

3.3.1.1. Anschaffungskosten

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten zu bewerten. Die Anschaffungskosten umfassen neben dem Kaufpreis die Anschaffungsnebenkosten.

3.3.1.2. Wertminderung

Die Buchung einer Wertminderung ist vorzunehmen bei nachhaltiger Wertminderung. Dies kann z.B. begründet sein durch anhaltende Verluste, die zu einem Verzehr des Eigenkapitals führen.

3.3.2. Darlehen

3.3.2.1. Anschaffungskosten

Darlehen sind zu ihren Anschaffungskosten anzusetzen.

Als Anschaffungskosten gelten die für die Darlehen jeweils aufgewendeten Beträge. In der Regel ist dies die an den Darlehensnehmer hingegebene Summe.

3.3.2.2. Wertminderung

Die Buchung einer Wertminderung ist vorzunehmen bei nachhaltiger Wertminderung. Punkt 6.5 hiernach ist entsprechend anzuwenden.

4. Vorräte

4.1. Gliederung

4.1.1. Überblick

Zu den Vorräten gehören alle Gegenstände, die im Rahmen der Aktivitäten verarbeitet, bearbeitet und/oder verkauft zu werden bestimmt sind. Lediglich die Zweckbestimmung eines Gegenstandes und nicht die Art ist für die Verbuchung und die Einordnung als Vorratsvermögen entscheidend.

Zu den Vorräten gehören die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen, fertige Erzeugnisse und Waren sowie auf Gegenstände des Vorratsvermögens geleistete Anzahlungen.

4.1.2. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Bilanzklasse 30)

Hierzu gehören die von fremden Lieferanten und verbundenen Unternehmen gekauften Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Teile und Erzeugnisse für den fabrikatorischen Einsatz und sonstigen Verbrauch.

Rohstoffe sind danach alle Stoffe, die unmittelbar in das Fertigerzeugnis eingehen und dessen Hauptbestandteil bilden.

Hilfsstoffe gehen ebenfalls in das Fertigerzeugnis ein, bilden jedoch einen untergeordneten Bestandteil. Es gehört dazu auch solches Verpackungsmaterial, das für die Verkaufsfähigkeit des fertigen Erzeugnisses wesentlich und im Verkaufspreis enthalten ist.

Betriebsstoffe sind Materialien, die bei der Herstellung von Erzeugnissen nur eine mittelbare Verwendung finden. Die Betriebsstoffe dienen nicht dem einzelnen Erzeugnis, sondern dem Fertigungsprozess, der Unterhaltung der Produktionseinrichtung, der Krafterzeugung usw. Zu ihnen rechnet man Energie-, Treib- und Brennstoffe, Kleinwerkzeuge, Beleuchtungsmaterial, Kühl-, Reinigungs- und Schmiermaterial, Reparaturmaterial und Ersatzteile für Betriebsmittel.

Zu den Betriebsstoffen gehört auch das gesamte Büro- und Werbematerial, z. B. Briefbogen, Prospekte, Gebrauchsanweisungen, Vordrucke, Geschäftsbücher, Schreibmittel sowie allgemeines Verpackungs- und Versandmaterial aller Art.

4.1.3. Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen (Bilanzklasse 32)

Unfertige Erzeugnisse sind solche in Produktion befindliche Materialien, auf denen nach Be- oder Verarbeitung bereits Löhne und Gemeinkosten ruhen, ohne dass der Produktionsprozess abgeschlossen ist. Es handelt sich um Gegenstände, die nicht mehr Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind, jedoch noch nicht Fertigfabrikate.

Unfertige Leistungen sind in Arbeit befindliche Aufträge oder nicht abgerechnete Leistungen. Rein rechtlich sind diese Leistungen aufgrund eines Werklieferungs- oder Werkleistungsvertrages als Forderungen anzusehen. Der Ausweis neben den unfertigen Erzeugnissen berücksichtigt aber die besondere Struktur von Dienstleistungsbetrieben.

Die Aktivierung unfertiger Erzeugnisse/Leistungen unterliegt dem Wesentlichkeitsprinzip, d.h. Erzeugnisse sowie Leistungen mit einem Anschaffungs- bzw. Herstellungswert unter 5.000 EUR sollten nicht bilanziert werden.

4.1.4. Fertige Erzeugnisse und Waren (Bilanzklassen 33 und 34)

Fertig sind selbsterstellte Erzeugnisse erst dann, wenn sie versandfertig sind und keine weiteren Be- oder Verarbeitungskosten mehr anfallen. Fertigerzeugnisse müssen also zwei Voraussetzungen erfüllen:

- sie müssen aus der eigenen Produktion stammen und
- der Produktionsvorgang muss für den in der Bilanz zu erfassenden Gegenstand abgeschlossen sein.

Das Anbringen der sog. Außenverpackung fällt nicht mehr unter den Herstellungsvorgang, sondern ist Teil des Vertriebsbereiches.

Fertigerzeugnisse können - bei langfristiger Fertigung - auch vorliegen, wenn selbständig abgrenzbare und abrechenbare Teillieferungen erbracht sind.

Bestellte und am Bilanzstichtag zur Auslieferung bereitgestellte Fertigerzeugnisse rechnen noch zu den Vorräten. Die Abgrenzung zu dem Ausweis unter den Forderungen geschieht durch den Zeitpunkt des Gefahrübergangs auf den Kunden.

Waren sind Fertigerzeugnisse, die nicht selbst hergestellt, be- oder verarbeitet worden sind. Es sind Handelsartikel fremder Herkunft, die zur Weiterveräußerung bestimmt sind.

4.1.5. Geleistete Anzahlungen (Bilanzklasse 36)

Unter den geleisteten Anzahlungen sind nur solche auszuweisen, die im Rahmen von Bestellungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Waren geleistet worden sind. Wenn von dem Lieferanten mit der Anzahlung bereits Mehrwertsteuer angefordert und in Rechnung gestellt wird und diese abzugsfähig ist, wird der Nettobetrag der Anzahlung hier ausgewiesen. Ist eine mit der Anzahlung entrichtete Mehrwertsteuer nicht abzugsfähig, so zählt auch die Steuer zu den zu aktivierenden Anschaffungskosten der Anzahlung.

4.2. Zeitpunkt der Bilanzierung

Für den Zeitpunkt der Bilanzierung der von Fremden gekauften Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe oder Handelswaren ist der Eingangstermin oder der Zeitpunkt, zu dem über die Ware verfügt werden kann, maßgebend.

4.3. Bewertung

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Ist der Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag niedriger, so ist dieser anzusetzen. Ist ein Börsen- oder Marktpreis nicht festzustellen, tritt an dessen Stelle der voraussichtliche Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert. Dieses Niederstwertprinzip führt dazu, dass am Stichtag erkennbare, aber noch nicht realisierte Verluste berücksichtigt werden.

5. Forderungen

5.1. Begriff und Gliederung

5.1.1. Begriff.

Als Forderungen sind die Ansprüche auszuweisen, bei denen im Rahmen von gegenseitigen Verträgen Leistungen bereits erbracht wurden, die Gegenleistung des Schuldners (d.h. die Zahlung) jedoch noch aussteht.

5.1.1.1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Bilanzklasse 40)

Zu den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gehören alle Forderungen aus Lieferungs-, Werk-, Dienstleistungs- und ähnlichen Verträgen an Fremde.

Wurden vor dem Bilanzstichtag Lieferungen und Leistungen erbracht für welche zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch keine Rechnung erstellt wurde, muss eine Forderung in Form einer "Zu erstellenden Rechnung" abgebildet werden.

Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gesondert auszuweisen (Bilanzklasse 29).

5.1.1.2. Sonstige Forderungen (Bilanzklasse 41)

Zu den sonstigen Forderungen zählen sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, soweit sie nicht an anderer Stelle auszuweisen sind.

Hierzu zählen u. a.:

- Kurzfristige Darlehen,
- Geleistete Anzahlungen, die nicht Sachanlagen und Vorräte betreffen,
- Lohn- und Gehaltsvorschüsse,
- Vorschüsse für Reisekosten, Spesen und ähnliches,
- Versicherungsersatzansprüche,
- Schadensersatzansprüche,
- Zinsansprüche,
- Steuererstattungsansprüche,
- Ansprüche auf Subventionen oder Dotationen
-

5.2. Zeitpunkt der Bilanzierung

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zu bilanzieren, wenn die Lieferungen und Leistungen erbracht und verrechnet sind.

Sonstige Forderungen aufgrund von Entschädigungen, Versicherungserstattungen, Steuer- und Beitragserstattungen sind zu bilanzieren, sobald der Sachverhalt verwirklicht ist, an den Gesetze oder Verträge die Leistungspflicht knüpfen.

Sonstige Forderungen aufgrund von Ansprüchen auf Zuschüsse, Dotationen (beim Empfänger):

a) Zu erhaltende Subventionen (Kapitalsubventionen, Aufwandszuschüsse,...)

Der Anspruch auf Subventionen ist als Forderung zu aktivieren, wenn am Bilanzstichtag die sachlichen Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung erfüllt sind und die Zuwendung spätestens zum 28. Februar des Folgejahres ohne Auszahlungsvorbehalt bewilligt ist, d.h. dem Empfänger liegt eine schriftliche definitive Zusage des Gebers (Europäische Union, Staat, Region, Gemeinschaft,...) vor.

b) Zu erhaltende Dotationen:

Die Buchung der Forderung/des Ertrags erfolgt auf der Basis von gleichen monatlichen Teilsummen des für das laufende Geschäftsjahr festgestellten Rechts. Als festgestelltes Recht gelten die vom Dotationsgeber für das laufende Geschäftsjahr schriftlich mitgeteilten Summen, gegebenenfalls inklusive der Korrekturen der Vorjahresdotationen, die aufgrund der nachträglichen Entwicklung der Berechnungsgrundlagen vom Dotationsgeber vorgenommen wurden.

Bei der Erstellung einer unterjährigen Bilanz ist ggf. eine Abgrenzung der bereits erfolgten Einnahmen (Aufwandszuschüsse, Dotationen) vorzunehmen, die einen Ertrag für den Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen (Rechnungsabgrenzungsposten - passiv).

Forderungen gegenüber Einrichtungen, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Gliederungs- und Bewertungsvorschriften fallen, dürfen nur nach gemeinsamer Abstimmung gebucht werden.

Bei Forderungen gegenüber Einrichtungen, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Gliederungs- und Bewertungsvorschriften fallen, sind jeweils zum 31.12. für sämtliche Posten Saldenbestätigungen anzufordern. Die Salden sind abzustimmen.

Eine Forderung ist wegen Uneinbringlichkeit auszubuchen (d.h. zu stornieren), wenn aller Wahrscheinlichkeit nach die Forderung nicht mehr eingetrieben werden kann. Eine Gesamt- bzw. Teilausbuchung darf jedoch (je nach Einrichtung) nur nach vorheriger Zustimmung des Verwaltungsrats, des Ministers oder der Regierung erfolgen (siehe Artikel 51 des Dekretes vom 25. Mai 2009).

Wird bei der jährlichen Inventur eine Forderung ermittelt, die ein Vorjahr betrifft und bisher nicht bilanziert wurde, so ist diese - je nach Art - als Forderung aus Lieferungen und Leistungen oder als Sonstige Forderung zu aktivieren mit als Gegenbuchung einen "außerordentlichen Ertrag" (Bilanzklasse 76).

5.3. Bewertung**5.3.1. Grundsatz**

Forderungen sind mit den Anschaffungskosten (Nennwert) einschließlich Mehrwertsteuer anzusetzen.

5.3.2. Aktivierung von Zinsansprüchen

Zinsansprüche sind zeitanteilig zu aktivieren, soweit zum Bilanzstichtag ein Rechtsanspruch entstanden ist. Hierzu gehören auch Verzugszinsen, wenn sie vertraglich vereinbart wurden. Die Aktivierung der Ansprüche geschieht unabhängig vom Zeitpunkt der Fälligkeit und erfolgt in der Bilanzklasse 491 - Erzielte Erträge.

5.4. Saldierung von Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen dürfen nicht mit Verbindlichkeiten saldiert ausgewiesen werden (Bruttoprinzip).

5.5. Wertberichtigungen**5.5.1. Begriff**

Die Wertberichtigungen sind rein buchhalterische Korrekturposten zu Forderungen. In den Bilanzen werden diese Wertberichtigungen aktivisch von der zugehörigen Forderung abgesetzt (Konto "Gebuchte Wertminderung").

5.5.2. Einzelwertberichtigungen

Individuelle Wertberichtigungen sind zu bilden in Höhe des strittigen Betrages bzw. in Höhe des Betrages, für den die Realisierung zweifelhaft erscheint. Wertberichtigungen sind auf die im Risiko stehenden Beträge zu bilden. Zur Berechnung der Wertberichtigung ist die im Bruttobetrag enthaltene Mehrwertsteuer aus dem Forderungsbetrag herauszurechnen, insofern diese abzugsfähig ist.

Für die nachstehend aufgeführten Risiken gelten die in der Tabelle angeführten Korrektursätze für Nettoforderungen (ohne abzugsfähige Mehrwertsteuer), soweit nicht die Verhältnisse des Einzelfalls einen abweichenden Ansatz erfordern, bei:

- Konkursverfahren 100 %
- Gerichtlichen Mahnverfahren 50 %
- Zahlungsverzug, Stundungen, schlechten finanziellen Verhältnissen 25 %

Zahlungsverzug tritt ein, wenn nach Fälligkeit und wiederholter Mahnung nicht gezahlt wird.

Es dürfen keine pauschalen Wertberichtigungen vorgenommen werden.

6. Geldanlagen und flüssige Mittel (Bilanzklasse 55)**6.1. Begriff und Gliederung**

Hier werden ausgewiesen: Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten.

Unter den Bankguthaben sind z. B. auch Festgeldanlagen zu erfassen.

Schecks

Auszuweisen sind alle hereingenommenen, aber noch nicht an eine Bank oder an einen Dritten zur Gutschrift weitergegebenen Schecks. Dazu rechnen auch solche Schecks, die zwar bereits weitergegeben sind, von der Bank aber noch nicht gutgeschrieben wurden.

Kassenbestand

Zum Kassenbestand gehören die Bestände an Geld und an Wertmarken. Zum Geldbestand gehören dabei auch ausländische Geldsorten. Wertmarken sind Briefmarken, Gebührenmarken, nicht verbrauchte Wertmarken für Frankotypmaschinen usw.

Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben müssen als Forderung gegen inländische oder ausländische Banken regelmäßig aus laufendem Geschäftsverkehr bestehen. Auszuweisen sind hier Kontokorrentguthaben, es sind auch zu erfassen die sog. Festgelder.

Die Aufrechnung von Guthaben und Verbindlichkeiten bei verschiedenen Kreditinstituten ist unzulässig.

6.2. Bewertung

Schecks sind wie Forderungen zu bewerten. Kassenbestände und Bankguthaben sind zum Nennwert zu bewerten.

Flüssige Mittel in ausländischer Währung sind mit dem am 31.12. geltenden niedrigeren Stichtagskurs anzusetzen.

7. Eigenvermögen**7.1. Übersicht**

Zum Eigenvermögen zählen die übertragenen Ergebnisse (Gewinne oder Verluste) sowie die Kapitalsubventionen.

7.2. Gliederung

7.2.1. Übertragenes Ergebnis (Bilanzklasse 10)

Es handelt sich hierbei um die kumulierten Gewinne oder Verluste der Einrichtung zum Bilanzstichtag (31/12/xx).

7.2.2. Kapitalsubventionen (beim Empfänger) (Bilanzklasse 15)

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sind in den Fällen zu bilden, in denen bei der Anschaffung von Sachanlagevermögen von dritter Seite (z. B. Staat, Region, Gemeinschaft, ...) nicht rückzahlbare Zuwendungen und Zuschüsse gewährt werden.

Der passive Ausweis dieser Zuschüsse dient der besseren Darstellung der tatsächlichen Vermögensverhältnisse der Gesellschaft.

Dieser Posten ist entsprechend der Restnutzungsdauer der bezuschussten Wirtschaftsgüter aufzulösen insofern diese abgeschrieben werden. Die Auflösung erfolgt dann in der Gewinn- und Verlustrechnung über die Position "Sonstige Finanzerträge". Betreffen Investitionszuschüsse Grundstücke/Gebäude, die nicht abgeschrieben werden, bleiben diese Zuschüsse unverändert als Kapitalsubventionen im Eigenvermögen dargestellt.

Bei bedingt rückzahlbaren Subventionen ist zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der (Nicht-)Erfüllung der auferlegten Bedingungen eine wirtschaftliche Last besteht. Soweit damit gerechnet werden muss, dass die Rückzahlungspflicht wirksam wird, ist die Rückzahlungspflicht als Verbindlichkeit darzustellen.

N.B. Vereinnahmte Aufwandszuschüsse sind direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen Erträgen auszuweisen. Eine Verrechnung mit den Aufwendungen, zu deren Deckung diese Zuschüsse gewährt wurden, ist grundsätzlich nicht zulässig (Saldierungsverbot).

8. Rückstellungen (Bilanzklasse 16)

8.1. Begriff und Gliederung

8.1.1. Begriff

Rückstellungen dienen der Erfassung zukünftiger Aufwendungen, die in der laufenden oder in einer früheren Periode veranlasst wurden, aber am Bilanzstichtag eine Verbindlichkeit noch nicht begründet haben. Die Aufwendungen müssen ihrer Art nach genau umschreibbar sein und ihr Eintritt muss am Bilanzstichtag wahrscheinlich oder sicher sein. Die Höhe der Aufwendung ist zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch ungewiss.

8.1.2. Gliederung

8.1.2.1. Rückstellungen für soziale Verpflichtungen

Die Rückstellungsverpflichtung ergibt sich aus der allgemeinen Rückstellungsverpflichtung für ungewisse Verbindlichkeiten.

Kündigungsrückstellungen sind hier auszuweisen.

Gemäß Artikel 14 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 10. November 2009 brauchen keine Rückstellungen für Pensionen gebildet zu werden.

8.1.2.2. Steuerrückstellungen, inklusive latente Steuern

Es sind die Beträge zurückzustellen, die bis zum Ablauf des Geschäftsjahres steuerrechtlich entstanden sind. Rechtskräftig veranlagte Steuern sind als Verbindlichkeiten auszuweisen.

8.1.2.3. Sonstige Rückstellungen

Es sind die Beträge zurückzustellen, für

- umfangreiche Reparaturarbeiten/Wartungsarbeiten
- laufende Verfahren
- Gewährleistungen

Gewährleistungsansprüche entstehen im Allgemeinen aus Kauf- oder Werkverträgen. Die Ansprüche begründen sich aus:

- gesetzlichen Gewährleistungspflichten,
- vertraglichen Gewährleistungspflichten,
- ...

8.2. Bewertung

Rückstellungen sind in Höhe des Betrages anzusetzen, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist. Die Höhe der Rückstellung soll dem Betrag entsprechen, der zur Abdeckung des Risikos benötigt wird oder der voraussichtlich zu leisten ist.

9. Verbindlichkeiten

9.1. Begriff und Gliederung

9.1.1. Begriff

Als Verbindlichkeiten sind am Bilanzstichtag der Höhe und Fälligkeit nach feststehende Verpflichtungen der Einrichtung auszuweisen. Es muss sich um eine Vermögensbelastung der Einrichtung und damit um eine bilanzrechtliche Schuld handeln.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind in einem gesondert ausgewiesenen Posten (Bilanzklasse 17) anzuführen.

9.1.2. Gliederung

9.1.2.1. Innerhalb eines Jahres fällig werdende Verbindlichkeiten mit einer ursprünglichen Laufzeit von mehr als einem Jahr (Bilanzklasse 42)

Es handelt sich hierbei um den kurzfristigen Teil von langfristigen Darlehen an die Einrichtung.

9.1.2.2. Finanzverbindlichkeiten (Bilanzklasse 43)

Hierunter sind alle Bankverbindlichkeiten sowie Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten auszuweisen.

9.1.2.3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Bilanzklasse 44)

Als Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind die Ansprüche auszuweisen, bei denen im Rahmen von gegenseitigen Verträgen Lieferungen/Leistungen bereits erbracht wurden, aber noch keine Zahlung erfolgt ist. Zu den Verbindlichkeiten gehören Verbindlichkeiten aus Werk-, Lieferungs-, Dienstleistungs- und ähnlichen Verträgen mit Dritten.

Wurden vor dem Bilanzstichtag Lieferungen und Leistungen erhalten für welche zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch keine Rechnung erhalten wurde, muss eine Verbindlichkeit in Form einer "Zu erhaltenen Rechnung" abgebildet werden.

9.1.2.4. Verbindlichkeiten aufgrund von Steuern, Arbeitsentgelten und Soziallasten (Bilanzklasse 45)

Als Steuern gelten nicht nur solche, die in der Gewinn- und Verlustrechnung als Steuern auszuweisen sind, sondern auch diejenigen, die die Einrichtung für Dritte abführt, oder die bei ihr durchlaufende Posten darstellen (z. B. Mehrwertsteuer / Berufssteuervorabzug/ Immobiliensteuervorabzug).

Die Verbindlichkeiten im Rahmen von Arbeitsentgelten und Soziallasten beinhalten u.a.:

- Noch zu zahlende Löhne und Gehälter;
- Sozialabgaben, Sozialversicherungsbeiträge;
- Rückstellung für Urlaubsgeld, Prämien, 13er Monat, sonstige;
- ...

9.1.2.5. Sonstige Verbindlichkeiten (Bilanzklasse 48)

Zu den sonstigen Verbindlichkeiten zählen solche soweit sie nicht an anderer Stelle auszuweisen sind.

Hierzu zählen u. a.:

- Erhaltene Anzahlungen;
- Verbindlichkeiten aus Subventionen oder Dotationen
- ...

9.2. Zeitpunkt der Bilanzierung

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind zu bilanzieren, wenn die Lieferungen und Leistungen erbracht und verrechnet sind.

Sonstige Verbindlichkeiten aufgrund von Zusagen von Zuschüssen, Dotationen,... (beim Geber):

a) Zu zahlende Subventionen (Kapitalsubventionen, Aufwandszuschüsse, ...)

Die Verbindlichkeit aus der Zusage von Subventionen ist zu buchen, wenn am Bilanzstichtag die sachlichen Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung erfüllt sind und die Zuwendung spätestens zum 28. Februar des Folgejahres ohne Auszahlungsvorbehalt bewilligt ist, d.h. der Geber hat eine schriftliche definitive Zusage erteilt.

b) Zu zahlende Dotationen:

Die Buchung der Verbindlichkeit/des Aufwands erfolgt auf der Basis von gleichen monatlichen Teilsummen der für das laufende Geschäftsjahr festgestellten Verbindlichkeit. Als festgestellte Verbindlichkeit gelten die vom Dotationsgeber für das laufende Geschäftsjahr an den Empfänger schriftlich mitgeteilten Summen, gegebenenfalls inklusive der Korrekturen der Vorjahresdotationen, die aufgrund der nachträglichen Entwicklung der Berechnungsgrundlagen vom Dotationsgeber vorgenommen wurden.

Bei der Erstellung einer unterjährigen Bilanz ist ggf. eine Abgrenzung der bereits erfolgten Ausgaben (Aufwandszuschüsse, Dotationen) vorzunehmen, die einen Aufwand für den Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen (Rechnungsabgrenzungsposten - aktiv).

Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungen, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Gliederungs- und Bewertungsvorschriften fallen, dürfen nur nach gemeinsamer Abstimmung gebucht werden.

Bei Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungen, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Gliederungs- und Bewertungsvorschriften fallen, sind jeweils zum 31.12. für sämtliche Posten Saldenbestätigungen anzufordern. Die Salden sind abzustimmen.

Wird bei der jährlichen Inventur eine Verbindlichkeit ermittelt, die ein Vorjahr betrifft und bisher nicht bilanziert wurde, so ist diese - je nach Art - als Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen oder als Sonstige Verbindlichkeit zu passivieren mit als Gegenbuchung einen "außerordentlichen Aufwand" (Bilanzklasse 66).

9.3. Bewertung

9.3.1. Grundsatz

Die Bewertung der Verbindlichkeiten hat zu ihrem Rückzahlungsbetrag zu erfolgen. Der Rückzahlungsbetrag ist in der Regel identisch mit dem Betrag, zu dem die Verbindlichkeit eingegangen wurde.

9.3.2. Verbindlichkeiten in ausländischer Währung

In der Regel ist der am Bilanzstichtag geltende Stichtagskurs zugrunde zu legen.

9.3.3. Saldierung von Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten dürfen grundsätzlich nicht mit Forderungen saldiert werden.

10. Rechnungsabgrenzungsposten

10.1. Begriff

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden Posten ausgewiesen,

- die Ausgaben und Einnahmen vor dem Bilanzstichtag enthalten, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Tag darstellen.
- Erträge und Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres, die erst später zu Einnahmen oder Ausgaben führen.

Rechnungsabgrenzungsposten gegenüber Einrichtungen, die in den Anwendungsbereich der vorliegenden Gliederungs- und Bewertungsvorschriften fallen, sind jeweils zum 31.12. bei den Saldenbestätigungen der Forderungen/Verbindlichkeiten mit zu berücksichtigen.

10.2. Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv) (Bilanzklassen 490 und 491)

Hier sind u.a. folgende Posten auszuweisen:

a) Über den Bilanzstichtag hinausbezahlte Aufwendungen (= Vorzutragende Aufwendungen)

- Zinsen (beim Darlehensnehmer),
- Mieten und Pachten (bei dem Mieter),
- Versicherungsprämien,
- Aufwandszuschüsse
- Dotationen
- ...

Der Ausweis einmaliger größerer Ausgaben zur Verteilung von z. B. Werbeaufwand ist nicht zulässig, da derartige Aufwendungen nicht für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag anfallen.

- b) Erträge des abgelaufenen Geschäftsjahres, die erst im Folgejahr zu einer Einnahme führen (= Erzielte Erträge)
- Zinsen (beim Darlehensgeber)
 - Mieten und Pachten (bei dem Vermieter)

10.3. Rechnungsabgrenzungsposten (passiv) (Bilanzklassen 492 und 493)

Hier sind u.a. folgende Posten auszuweisen:

- a) ber den Bilanzstichtag hinaus vereinnahmte Erträge (= Vorzutragende Erträge)
- Erhaltene Zinsen (beim Darlehensgeber),
 - Mieten und Pachten (bei dem Vermieter),
 - Aufwandszuschüsse
 - Dotationen,
 -
- b) Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres, die erst im Folgejahr zu einer Ausgabe führen (= Anzurechnende Aufwendungen)
- Zinsen (beim Darlehensnehmer)
 - Erhaltene Mieten und Pachten (bei Mieter)
 - Versicherungsprämien
 - ...

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Juni 2011 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt zu werden.

Eupen, den 15. Juni 2011

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

K.-H. LAMBERTZ

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2011 — 1900

[2011/203624]

15 JUIN 2011. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, article 7;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les articles 12, 13, 23 à 26, 32, 44, 49, 59, 69, 71, 78, 82, 93 et 97;

Vu l'arrêté royal du 29 décembre 1984 relatif à la gestion financière et matérielle des services à gestion séparée de l'enseignement communautaire;

Vu l'arrêté du 10 juillet 2003 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du service à gestion autonome « centres communautaires »;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 2003 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du « Centre des médias de la Communauté germanophone », service à gestion autonome;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 2003 portant organisation du contrôle budgétaire;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 4 novembre 2010;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 49.028/1 émis le 20 janvier 2011 en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Cet arrêté est applicable aux institutions mentionnées à l'article 2, 2°, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par:

- 1° règlement budgétaire: le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;
- 2° arrêté royal portant exécution de la loi contenant des dispositions générales: l'arrêté royal du 10 novembre 2009 fixant le plan comptable applicable à l'État fédéral, aux communautés, aux régions et à la Commission communautaire commune;
- 3° services de l'Administration générale: les services de l'Administration générale au sens de l'article 2, 2°, a), du règlement budgétaire;
- 4° services à gestion séparée: les services à gestion séparée au sens de l'article 2, 2°, b), et de l'article 74 du règlement budgétaire;
- 5° les organismes d'intérêt public: les organismes d'intérêt public au sens de l'article 2, 2°, c), et de l'article 87 du règlement budgétaire.

Chapitre 2. — *Dispositions relatives à la comptabilité budgétaire**Section 1^{re}. — Budget*

Art. 3. § 1^{er} - Les services de l'Administration générale utilisent la grille figurant à l'annexe 1re du présent arrêté pour établir leur projet de budget des recettes.

Les services de l'Administration générale utilisent la grille figurant à l'annexe 2 du présent arrêté pour établir leur projet de budget général des dépenses et celle figurant à l'annexe 3 pour établir leur projet de budget administratif des dépenses.

§ 2 - Les services à gestion séparée et les organismes d'intérêt public utilisent la grille figurant à l'annexe 4 du présent arrêté pour établir leur projet de budget des recettes.

Les services à gestion séparée et les organismes d'intérêt public utilisent la grille figurant à l'annexe 5 du présent arrêté pour établir leur projet de budget des dépenses.

Art. 4. Les montants indiqués dans les budgets sont exprimés en milliers.

Section 2. — Règles budgétaires

Art. 5. Conformément à l'article 20 de l'arrêté royal portant exécution de la loi contenant des dispositions générales, l'obligation de paiement existe lorsque et au moment où, en vertu des dispositions légales ou réglementaires applicables, une dette existe à charge de l'entité comptable ou une créance existe en sa faveur, indépendamment de la date d'échéance de cette dette ou de cette créance.

Sans préjudice des dispositions légales et réglementaires applicables et de l'article 32, § 3, du règlement budgétaire, une obligation de paiement est censée exister à partir des moments suivants :

- 1° pour les traitements, pensions, primes occasionnelles et autres allocations particulières : au moment de la prestation; et pour les arriérés y afférents : au moment de la prestation, quelle que soit l'année à laquelle ils se rapportent;
- 2° pour les travaux, fournitures et services, à l'exception des loyers et abonnements : au moment où le marché concernant des travaux, des fournitures et des services a été exécuté et réceptionné;
- 3° pour l'acquisition et la vente de biens immobiliers : au moment où la vente est parfaite entre parties;
- 4° pour les subventions dont l'octroi est réglé par des dispositions organiques : au moment où elles sont dues selon ces dispositions organiques;
- 5° pour les subventions dont l'octroi n'est pas réglé par des dispositions organiques : à la date à laquelle l'arrêté ou l'acte d'allocation entre en vigueur;
- 6° pour les contributions versées à des organismes internationaux en exécution de traités : à la date où elles sont dues en vertu de l'obligation contractuelle;
- 7° pour les contributions volontaires à des organismes internationaux : à la date à laquelle l'arrêté ou l'acte d'allocation entre en vigueur;
- 8° pour les octrois de crédit et participations : à la date à laquelle l'arrêté ou l'acte d'allocation entre en vigueur;
- 9° pour les jugements et arrêts ou autres actes qui mettent fin à des litiges : à la date où ces jugements ou actes acquièrent force exécutoire;
- 10° pour les recettes fiscales : à la date de détermination du droit à recouvrer, conformément aux lois, décrets et dispositions réglementaires en vigueur; cependant, lorsque le versement précède la détermination du droit à recouvrer, la date à prendre en considération est la date de la réception des fonds;
- 11° pour les dégrèvements et remboursements fiscaux : à la date de détermination du montant.

Chapitre 3. — *Dispositions relatives à la comptabilité financière**Section 1^{re}. — Plan comptable*

Art. 6. § 1^{er} - Les institutions utilisent le plan comptable uniforme figurant à l'annexe 6 du présent arrêté pour tenir leur comptabilité financière.

Pour la consolidation des comptes au niveau de l'ensemble de l'État, c'est le plan comptable uniforme figurant à l'annexe 1re de l'arrêté royal portant exécution de la loi contenant des dispositions générales qui est utilisé.

§ 2 - Le cas échéant, le Ministre compétent en matière de Budget et de Finances détermine le numéro et l'intitulé des comptes à plus de trois chiffres dans le plan comptable.

Section 2. — Règles comptables

Art. 7. Conformément à l'article 5 de l'arrêté royal portant exécution de la loi contenant des dispositions générales, les institutions utilisent les principes de classification et d'évaluation figurant à l'annexe 7 du présent arrêté.

Art. 8. Les livres et justificatifs visés à l'article 32, § 4, alinéa 2, du règlement budgétaire sont conservés pendant dix ans.

Art. 9. Les services à gestion séparée et les organismes d'intérêt public utilisent, pour tenir leur comptabilité, le même système de traitement des données que les services de l'Administration générale.

Chapitre 4. — *Acteurs financiers**Section 1^{re}. — Ordonnateur*

Art. 10. En application des articles 23, § 2, 69, alinéa 2, 82 et 97 du règlement budgétaire, les ordonnateurs délégués :

- 1° des services de l'Administration générale sont désignés par le Gouvernement;
- 2° des services à gestion séparée sont désignés par le ministre compétent;
- 3° des organismes d'intérêt public sont désignés par leur règlement d'intérieur ou par une décision du Conseil d'administration approuvée par le Gouvernement.

Lors de toute désignation d'ordonnateurs délégués, les éléments suivants sont au moins consignés par écrit :

- 1° le nom ou la fonction des personnes auxquelles la compétence d'ordonnancement est déléguée;
- 2° l'objet de la compétence d'ordonnancement déléguée;
- 3° le plafond des dépenses pouvant être réalisées dans le cadre de la compétence d'ordonnancement déléguée.

Art. 11. Les ordonnateurs délégués des organismes d'intérêt public sont désignés lors de chaque renouvellement complet du Conseil d'administration prévu par le décret organique y afférent. Le cas échéant, les règlements d'ordre intérieur seront adaptés.

Art. 12. Les ordonnateurs subdélégués sont désignés par l'ordonnateur de l'institution, aux mêmes conditions que les ordonnateurs délégués.

Art. 13. Le montant visé à l'article 24, § 6, 2°, du règlement budgétaire s'élève à 5.500 EUR.

Section 2. — Comptable

Art. 14. En application de l'article 25, § 1^{er}, du règlement budgétaire, les comptables :

- 1° des services de l'Administration générale sont désignés par le Gouvernement;
- 2° des services à gestion séparée sont désignés par le ministre compétent;
- 3° des organismes d'intérêt public sont désignés par le Conseil d'administration.

Une copie de la décision portant désignation est transmise pour information à la Cour des Comptes.

Art. 15. Lorsque le comptable, conformément à l'article 25, § 5, du règlement budgétaire, délègue certaines missions à des agents placés sous sa responsabilité hiérarchique, cette délégation s'opère par écrit et est approuvée par l'organe qui a désigné le comptable.

Lors de toute délégation de missions, les éléments suivants sont au moins consignés par écrit :

- 1° le nom des personnes auxquelles certaines missions sont déléguées;
- 2° l'objet des missions déléguées;
- 3° le plafond des dépenses pouvant être réalisées dans le cadre des missions déléguées.

Une copie de la décision portant délégation est transmise pour information à la Cour des Comptes.

Section 3. — Gestionnaire de caisse

Art. 16. La création d'une caisse par le comptable conformément à l'article 26 du règlement budgétaire s'opère par écrit et est approuvée par l'organe qui a désigné le comptable.

Lors de toute création de caisse, les éléments suivants sont au moins consignés par écrit :

- 1° le nom de la personne responsable de la caisse;
- 2° le plafond des paiements qui peuvent être effectués par la caisse et des recettes autres que les ressources propres qui peuvent être acceptées.

Une copie de la décision portant création d'une caisse est transmise pour information à la Cour des Comptes.

Art. 17. Les plafonds mentionnés à l'article 16, alinéa 2, 2°, ne peuvent dépasser 1.000 EUR pour les paiements et 5.000 EUR pour les recettes acceptées.

Les liquidités ne peuvent dépasser le montant de 5.000 EUR après un versement.

Chapitre 5. — Contrôle interne

Section 1^{re}. — Contrôle interne dans toutes les institutions

Art. 18. Les institutions utilisent les lignes directrices de l'INTOSAI sur les normes de contrôle interne dans le secteur public (INTOSAI GOV 9100) pour mettre en place leur contrôle interne.

Art. 19. Le délai mentionné à l'article 44, § 4, du règlement budgétaire et dont dispose l'ordonnateur délégué pour intervenir avant que l'ordonnateur ne soit informé est de trente jours.

Le délai mentionné dans le même paragraphe et dont dispose l'ordonnateur pour intervenir avant que la Cour des Comptes ne soit informée est de quarante-cinq jours.

Section 2. — Contrôle interne dans les services de l'Administration générale

Sous-section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 20. Le contrôle budgétaire relève du Gouvernement et du Ministre du Budget. Ils sont assistés par l'Inspection des Finances.

Le contrôle budgétaire porte sur les projets de décision du Gouvernement et de ses ministres ainsi que sur les services de l'Administration générale.

Art. 21. Le Ministre du Budget informe régulièrement le Gouvernement sur la situation financière et budgétaire ainsi que sur les perspectives concernant l'exécution du budget.

Le Gouvernement détermine son attitude à l'égard des propositions de décret et de leurs amendements dont l'adoption serait de nature à avoir une incidence, soit sur les recettes, soit sur les dépenses.

Art. 22. Lorsque plusieurs Inspecteurs des Finances sont accrédités auprès du Gouvernement, celui-ci peut, après concertation avec le chef du Corps de l'Inspection des Finances, attribuer certains domaines aux différents Inspecteurs.

Art. 23. Le préambule d'un arrêté mentionne, avec l'indication de la date, l'avis de l'Inspecteur des Finances et l'accord du Ministre du Budget.

En cas d'application de l'article 25, alinéa 2, l'accord du Ministre du Budget n'est pas mentionné dans le préambule.

Sous-section 2. — Ministre du Budget

Art. 24. En collaboration avec les ministres fonctionnellement compétents, le Ministre du Budget élabore les avant-projets des décrets contenant le budget et ses ajustements, les propositions d'amendements à ces projets de décret et les projets d'arrêté portant nouvelle répartition des allocations de base.

Art. 25. L'accord du Ministre du Budget est requis pour :

- 1° tout projet de décret ou d'arrêté réglementaire devant être proposé au Gouvernement pour décision et de nature à avoir une incidence, soit sur les recettes, soit sur les dépenses. Le ministre compétent demande l'accord du Ministre du Budget et lui présente, à cette fin, l'avis émis par l'Inspecteur des Finances;
- 2° toute acquisition ou cession d'un immobilier ainsi que pour l'octroi de cautions.

Lorsque le Ministre du Budget soumet lui-même un texte au Gouvernement en tant que ministre fonctionnellement compétent, son accord est de droit censé être donné.

Par dérogation au premier alinéa, l'accord du Ministre du Budget n'est pas requis lorsque l'Inspecteur des Finances constate dans son avis qu'il n'y a aucune influence sur les recettes ou les dépenses.

Sous-section 3. — Inspecteur des Finances

Art. 26. § 1^{er} - L'Inspecteur des Finances assume la fonction de conseiller budgétaire et financier du Gouvernement et des ministres. En cette qualité, il peut adresser toute suggestion au Gouvernement et aux ministres, d'initiative ou sur demande.

Il peut être chargé par le Gouvernement et les ministres d'émettre des avis sur des questions budgétaires et financières. Ces missions peuvent également consister à investiguer sur des agissements de personnes juridiques dépendant de la Communauté germanophone ou sur des bénéficiaires de subsides.

§ 2 - L'Inspecteur des Finances contrôle l'exécution du budget au nom du Ministre du Budget. Ce contrôle a lieu a priori dans les cas fixés aux articles 28 et 29. Il a lieu a posteriori dans les domaines qui sont fixés annuellement par le Ministre du Budget.

§ 3 - Les avis de l'Inspecteur des Finances se basent exclusivement sur les critères suivants : légalité, utilité, efficacité, efficience, compatibilité budgétaire. Il examine en outre la conformité aux décisions, directives et programmes du Gouvernement.

L'Inspecteur des Finances a un droit de regard illimité dans le cadre de ses missions. Tous les intéressés sont tenus de le renseigner.

L'Inspecteur des Finances remplit ses missions en toute indépendance et ne prend pas part à la politique gouvernementale ni à la conduite de l'administration.

Art. 27. L'Inspecteur des Finances est impliqué dans la confection du budget et des ajustements. À la demande du Ministre du Budget, il rend des avis sur les avant-projets des décrets contenant le budget et ses ajustements, les propositions d'amendements à ces projets de décret et les projets d'arrêtés portant nouvelle répartition des allocations de base.

Art. 28. L'avis préalable de l'Inspecteur des Finances est requis :

- 1° lorsque l'accord du Ministre du Budget est requis conformément à l'article 25;
- 2° pour tout autre projet d'arrêté, de circulaire ou de décision de nature à avoir une incidence, soit sur les recettes, soit sur les dépenses.

À la demande du ministre compétent, le Ministre du Budget peut, dans des cas urgents, exiger que l'avis soit donné dans le délai qu'il détermine.

Art. 29. Par dérogation à l'article 28, 2°, l'avis de l'Inspecteur des Finances n'est pas requis pour :

- 1° toute décision en matière de personnel prise en application du statut administratif et pécuniaire, exception faite des nouveaux engagements et nouvelles nominations lorsqu'il ne s'agit pas de contrats de remplacement d'une durée inférieure à un an;
- 2° des missions en Belgique et à l'étranger;
- 3° des marchés publics de travaux jusqu'à 20.000 EUR hors T.V.A.;
- 4° des marchés publics de fournitures et de services jusqu'à 10.000 EUR hors T.V.A.;
- 5° des subventions ou dotations :
 - a) dont le montant et les bénéficiaires font l'objet d'une inscription nominative au budget;
 - b) qui sont octroyées en vertu d'un décret ou d'un règlement par des décisions conditionnelles sans marge de manoeuvre;
- 6° d'autres subsides et dépenses jusqu'à 5.500 EUR hors T.V.A.;

Le Ministre du Budget peut fixer les modalités d'application du prescrit du premier alinéa et modifier les plafonds qui y sont mentionnés.

Par dérogation au premier alinéa, 3° et 4°, l'avis est en tout cas requis lorsque, pour un marché public, le montant estimé hors T.V.A est dépassé de plus de 20 pour cent.

Art. 30. Les engagements comptables sont transmis mensuellement à l'Inspecteur des Finances. Les remarques de la Cour des comptes sont notifiées à l'Inspecteur des Finances pour information.

La liste des marchés publics pour lesquels, en application de l'article 29, premier alinéa, 3° et 4°, l'avis de l'Inspecteur des Finances n'est pas requis, est communiquée tous les trois mois à l'Inspecteur des Finances.

Art. 31. Si l'Inspecteur des Finances rend un avis défavorable quant à une matière mentionnée à l'article 28, 2°, la dépense ne peut être effectuée, à moins que le Gouvernement ne décide, à la demande du ministre concerné, de marquer son accord.

Chapitre 6. — *Dispositions diverses*

Art. 32. Les facilités de paiement visées à l'article 49 du règlement budgétaire peuvent être accordées aux conditions suivantes :

- 1° elles sont demandées par le débiteur;
- 2° elles sont précédées d'une reconnaissance expresse et inattaquable de la dette totale par le débiteur;
- 3° l'institution établit un plan d'apurement pour le débiteur.

Lorsque la dette totale s'élève à moins de 10.000 EUR, aucun intérêt de retard n'est calculé. En ce qui concerne les montants supérieurs, le taux légal est appliqué pour calculer les intérêts de retard, conformément à l'article 1153 du Code civil.

Chapitre 7. — *Dispositions modificatives, abrogatoires et finales*

Art. 33. Les articles 3, 5 à 11, 12, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 14 septembre 2006, et 13 à 15 de l'arrêté du 10 juillet 2003 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du service à gestion autonome « centres communautaires » sont abrogés.

Art. 34. Les articles 3 et 5 à 14 de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 2003 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du « Centre des médias de la Communauté germanophone », service à gestion autonome sont abrogés.

Art. 35. Dans l'article 24 de l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises, les mots "conformément aux lois coordonnées sur la comptabilité de l'État" sont remplacés par les mots "conformément au décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone".

Art. 36. L'arrêté royal du 29 décembre 1984 relatif à la gestion financière et matérielle des services à gestion séparée de l'enseignement communautaire, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 17 juin 1992, 6 mars 1993, 21 juin 2001, 20 décembre 2001, 10 juillet 2003 et 16 novembre 2005, est abrogé.

Art. 37. L'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 2003 portant organisation du contrôle budgétaire est abrogé.

Art. 38. Cet arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2010.

Par dérogation au premier alinéa, l'article 9 entre en vigueur, pour chacune des institutions, au moment fixé par le Ministre du Budget et au plus tard le 1^{er} janvier 2012.

Art. 39. Le Ministre compétent en matière de Budget et de Finances est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone:

K.-H. LAMBERTZ,
Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 1^{re} à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009
relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Budget des recettes [année]
d'après les articles de recettes

Type	CEE	CF	Libellé	Recettes

Légende :

- Type : soit GEN (recettes générales) ou AFF (recettes affectées)
- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- CF : numéro conformément à la classification fonctionnelle
- Libellé : motif de la recette
- Recettes : montant de la recette exprimé en milliers

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone
Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,
Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 2 à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009
relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Budget général des dépenses [année]
d'après les divisions organiques, programmes et allocations de base

DO	PR	Libellé	C.E. [année]	C.O. [année]

Légende :

- DO : numéro de la division organique
- PR : numéro du programme
- Libellé : programme administratif ou d'activité dans le cadre duquel la dépense est effectuée
- C.E. [année] : montant du crédit d'engagement exprimé en milliers
- C.O. [année] : montant du crédit d'ordonnancement exprimé en milliers

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 3 à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009
relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Budget administratif des dépenses [année]
d'après les divisions organiques, programmes et allocations de base

DO	PR	CEE	CF	Libellé	C.E. [année]	C.O. [année]	Fonds

Légende :

- DO : numéro de la division organique
- PR : numéro du programme
- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- CF : numéro conformément à la classification fonctionnelle
- Libellé : programme administratif ou d'activité dans le cadre duquel la dépense est effectuée
- C.E. [année] : montant du crédit d'engagement exprimé en milliers
- C.O. [année] : montant du crédit d'ordonnancement exprimé en milliers
- Fonds : Renvoi aux crédits variables

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 4 à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009
relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Budget des recettes [année]
d'après les articles de recettes

CEE	CF	Libellé	Recettes

Légende :

- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- CF : numéro conformément à la classification fonctionnelle
- Libellé : motif de la recette
- Recettes : montant de la recette exprimé en milliers

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 5 à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Budget des dépenses [année]

d'après les divisions organiques, programmes et allocations de base

DO	PR	CEE	CF	Libellé	C.E. [année]	C.O. [année]

Légende :

- DO : numéro de la division organique
- PR : numéro du programme
- CEE : numéro conformément à la classification économique européenne
- CF : numéro conformément à la classification fonctionnelle
- Libellé : programme administratif ou d'activité dans le cadre duquel la dépense est effectuée
- C.E. [année] : montant du crédit d'engagement exprimé en milliers
- C.O. [année] : montant du crédit d'ordonnancement exprimé en milliers

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 6 à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

INSTITUTIONS DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE :

Plan comptable uniforme	
Classe du bilan Libellé	
Sous-classe du bilan/libellé	
Rubrique	Libellé
Classe 1 - Ressources propres, provisions et dettes à long terme	
10 - Actif net, passif net	
101	<i>actif net</i>
108	<i>passif net (-)</i>
15 - Subventions en capital	
150	<i>Subventions en capital</i>
16 - Provisions	
163	<i>provisions pour risques et charges</i>
17 - Dettes à plus d'un an	
176	<i>leasing et emprunt > 1 an</i>
Classe 2 - Immobilisations et créances à long terme	
21 - Immobilisations incorporelles	
212	<i>concessions, brevets, licences, logiciels, banques de données</i>
22 - Terrains et bâtiments	
220	<i>terrains pour bâtiments administratifs et scolaires</i>
222	<i>terrains non-bâti</i>
223	<i>bâtiments administratifs et scolaires</i>
224	<i>terrains et bâtiments non dissociables</i>

23 - Installations, machines et outillage	
230	<i>installations</i>
231	<i>machines</i>
232	<i>outillage</i>
24 - Mobilier et matériel, matériel roulant	
240	<i>matériel roulant</i>
243	<i>matériel informatique</i>
244	<i>matériel de bureau et mobilier</i>
245	<i>matériel/mobilier de nature généralement quelconque</i>
246	<i>bibliothèque</i>
247	<i>oeuvres d'art</i>
248	<i>animaux</i>
25 - Leasings	
250	<i>terrains et bâtiments détenus en location-financement</i>
251	<i>installations, machines et outillage détenus en location-financement</i>
252	<i>matériel, mobilier et matériel roulant détenus en location-financement</i>
27 - Immobilisations corporelles en cours et acomptes versés	
270	<i>immobilisations corporelles en cours et acomptes</i>
28 - Immobilisations financières	
280	<i>participations dans des entreprises liées</i>
281	<i>créances sur des entreprises liées</i>
288	<i>cautions</i>
29 - Créances à plus d'un an	
290	<i>créances pour livraisons de marchandises et prestations de services > 1 an</i>
291	<i>créances diverses > 1 an</i>
Classe 3 - En-cours et stocks	
300	<i>stocks</i>
360	<i>acomptes versés sur stocks</i>
Classe 4 - Créances et dettes à court terme	
40 - Créances pour livraisons de marchandises et prestations de services	
400	<i>créances clients</i>
404	<i>factures à établir</i>
406	<i>avances versées</i>
41 - Autres créances	
411	<i>créances envers l'administration de la TVA</i>
412	<i>créances envers d'autres institutions</i>
416	<i>créances diverses</i>
418	<i>cautions payées</i>
42 - Dettes échéant dans l'année	
422	<i>amortissement en capital sur location-financement < 1 an</i>
423	<i>amortissement en capital sur emprunts < 1 an</i>
43 - Dettes financières	
430	<i>emprunts à terme</i>
44 - Dettes pour livraisons de marchandises et prestations de services	
440	<i>fournisseurs belges</i>
444	<i>factures à recevoir</i>

45 - Dettes fiscales, salariales et sociales	
451	<i>dettes envers l'administration de la TVA</i>
452	<i>impôts et taxes à payer</i>
453	<i>précompte professionnel</i>
454	<i>cotisations de sécurité sociale ONSS</i>
455	<i>rémunérations/traitements</i>
456	<i>congés payés</i>
459	<i>charges sociales diverses</i>
48 - Autres dettes	
482	<i>dettes envers d'autres institutions</i>
483	<i>remboursement à des tiers</i>
489	<i>autres dettes diverses</i>
49 - Compte de régularisation	
490	<i>charges à reporter</i>
491	<i>produits acquis</i>
492	<i>charges à imputer</i>
493	<i>produits à reporter</i>
Classe 5 - Placements de trésorerie et valeurs disponibles	
51 - Actions et parts	
510	<i>actions et parts</i>
52 - Titres à revenus fixes	
520	<i>titres à revenus fixes</i>
53 - Dépôts à terme et comptes d'épargne	
530	<i>dépôts à terme et comptes d'épargne</i>
55 - Valeurs disponibles	
550 - 553	<i>comptes bancaires courants</i>
556	<i>livres de caisse</i>
558	<i>mouvements de fonds et transferts</i>
58 - Virements internes	
580	<i>comptes de transferts internes</i>
Classe 6 - Charges	
60 - Matières premières, marchandises achetées, sous-traitants	
600	<i>achat de matières premières</i>
601	<i>achat de fournitures consommables en vue de la production</i>
602	<i>achat de prestations de services</i>
604	<i>achat de marchandises</i>
608	<i>prélèvements</i>
609	<i>variations des stocks</i>
61 - Autres livraisons de marchandises et prestations de services	
610	<i>frais locatifs et charges locatives</i>
611	<i>frais d'entretien et de réparation</i>
612	<i>frais généraux (énergie, frais accessoires, matériel de bureau)</i>
613	<i>frais de téléphone et de port</i>
614	<i>Assurances</i>
615	<i>frais de représentation et cotisations</i>
616	<i>frais de transport et de déplacement</i>
617	<i>personnel intérimaire</i>
618	<i>jetons de présence</i>
619	<i>honoraires et droits divers</i>

62 - Frais de personnel	
620	<i>rémunérations, pécules de vacances et primes de fin d'année</i>
621	<i>cotisations de sécurité sociale (employeurs)</i>
622	<i>cotisations patronales (diverses)</i>
623	<i>autres frais de personnel</i>
629	<i>traitements dans l'enseignement</i>
63 - Amortissements et réductions de valeur	
631	<i>amortissement - immobilisations incorporelles</i>
634	<i>amortissement - installations, machines et outillage</i>
635	<i>amortissement - matériel, mobilier et matériel roulant</i>
64 - Autres charges	
640	<i>impôts et taxes</i>
643	<i>subsidés</i>
65 - Charges financières	
650	<i>intérêts</i>
658	<i>frais bancaires</i>
66 - Charges exceptionnelles	
663	<i>réalisation d'actifs immobilisés (moins-values)</i>
668	<i>allocations d'études</i>
668	<i>dettes actées des exercices antérieurs</i>
69 - Moins-values	
694	<i>moins-values sur terrains et bâtiments</i>
696	<i>moins-values sur immobilisations financières</i>
697	<i>moins-values sur créances</i>
Classe 7 - Produits	
70 - Chiffre d'affaires	
700	<i>repas</i>
701	<i>ventes via distributeurs, ventes de boissons et de glaces</i>
703	<i>travaux sur demande</i>
705	<i>vente de déchets</i>
707	<i>recettes et charges locatives (location à court terme)</i>
708	<i>autres</i>
72 - Production immobilisée	
720	<i>production immobilisée</i>
74 - Produits d'exploitation divers	
740	<i>subsidés</i>
745	<i>redevances</i>
746	<i>recettes locatives - immeubles (locations à long terme)</i>
747	<i>recettes locatives - biens meubles (locations à long terme)</i>
748	<i>primes et remboursement de frais par des tiers</i>
749	<i>remboursement de frais par le personnel et autres produits</i>
75 - Produits financiers	
750	<i>intérêts</i>
756	<i>escompte obtenu</i>
758	<i>intérêts sur primes</i>
76 - Produits exceptionnels	
763	<i>réalisation d'actifs immobilisés (plus-values)</i>
768	<i>autres produits exceptionnels</i>
769	<i>sponsoring/dons</i>

77 - Impôts

771	<i>remboursements d'impôts</i>
79 - Plus-values	
794	<i>plus-values sur terrains et bâtiments</i>
796	<i>plus-values sur immobilisations financières</i>

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

Annexe 7 à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Principes de classification et d'évaluation

**président à l'établissement des comptes annuels
de toutes les institutions
de la Communauté germanophone**

1. Immobilisations incorporelles (classe de bilan 21)

1.1 Notion

Doivent être inscrits ici les droits suivants :

Concessions, brevets, licences (pour logiciels, banques de données,...), droits de marque, d'auteur et d'édition,...

1.1. Evaluation

Les immobilisations incorporelles sont évaluées à leur prix d'acquisition ou de production, diminué des amortissements périodiques et exceptionnels, le cas échéant.

Le prix d'acquisition comprend la T.V.A. non déductible.

1.2. Amortissements

Les immobilisations incorporelles dont la durée d'utilisation économique est limitée dans le temps font l'objet d'amortissements périodiques du prix d'acquisition ou de production afin de tenir compte de leur dépréciation. La durée d'utilisation retenue est de 4 ans (c.-à-d. un taux annuel d'amortissement de 25 %), à moins qu'une autre durée ne soit fixée contractuellement.

2. Immobilisations corporelles

2.1. Notion "immobilisations corporelles"

Seuls sont inscrits comme immobilisations corporelles les biens physiques qui ont vocation à durer (plus d'un an).

2.2. Classification des immobilisations corporelles

2.2.1. Terrains et bâtiments (classe de bilan 22)

Tous les terrains bâtis et non bâtis doivent être comptabilisés séparément. Les terrains sont considérés comme bâtis, même lorsque la construction est partielle. Les terrains avec immeubles en construction doivent déjà être comptabilisés à ce moment comme "bâtis". Un terrain est considéré comme non bâti lorsqu'il peut être valorisé seul, tel quel.

Les bâtiments sont des constructions sur terrain propre ou appartenant à autrui qui

- par une enceinte physique, protègent les personnes ou les biens contre des influences extérieures;
- permettent le séjour de personnes;
- sont intimement ancrées dans le sol;
- montrent une certaine résistance et
- sont fixes.

Font partie des "bâtiments" les installations de base telles que

- l'éclairage;
- les installations collectives de chauffage et production d'eau chaude;
- les systèmes d'aération, à savoir les installations servant à rendre possible, voire plus agréable, le séjour de personnes dans des pièces;
- les systèmes d'irrigation et de drainage, à savoir les installations faisant partie de l'équipement sanitaire ainsi que
- les ascenseurs
- ...

Les aménagements extérieurs sont considérés comme des terrains bâtis. En font partie les routes, ponts, voiries, pavages, places aménagées, y compris les parkings, les clôtures massives, les murs d'enceinte, les murs de soubassement, les installations sportives, les fondations massives, les canalisations, les couloirs sous voie, les coursives souterraines etc.

Aménagements de biens loués : Doit être enregistré ici à l'actif le prix d'acquisition ou de production de modifications physiques en relation avec les biens donnés en location.

Le prix d'acquisition ou de production d'investissements divers dans des biens donnés en location, tels les installations d'alimentation, les interphones, les installations techniques, doivent être inscrits sous le poste "mobilier et matériel".

2.2.2. Installations, machines et outillage (classe de bilan 23)

Les éléments patrimoniaux à inscrire ici servent en principe aux activités des institutions. En font partie :

- les engins de travaux;
- les installations de production et de distribution d'énergie;
- les cuves de stockage ainsi que l'ensemble des fondations, supports...;
- les outils;
-

Les pièces de rechange et les accessoires d'une machine doivent être enregistrés à l'actif avec la machine, dans la mesure où ils font partie de l'acquisition initiale.

2.2.3. Mobilier et matériel, matériel roulant (classe de bilan 24)

Sont inscrits ici :

- le parc de véhicules;
- les installations de traitement de l'information;
- les installations de communication;
- les équipements de bureau;
- les livres dans les bibliothèques publiques;
- ...

2.2.4. Leasing (location-financement)

L'imputation du bien détenu en location-financement dépend du type de contrat choisi par les parties et de son exécution réelle. Compte tenu de l'ensemble des circonstances, il faut décider au cas par cas à qui sera imputé le bien détenu en location-financement :

- a) Enregistrement au bilan du bien détenu en location-financement lors d'une imputation au preneur (= leasing financier) (classe de bilan 25) :

Le preneur doit inscrire le bien détenu en location-financement à l'actif à son prix d'acquisition ou de production. Le prix d'acquisition ou de production retenu est celui du bailleur.

Il faut inscrire au passif, à concurrence du prix d'acquisition ou de production enregistré à l'actif, une dette envers le bailleur, et ce dans les "dettes pour livraisons de marchandises et prestations de services".

Les tranches seront réparties en "intérêts et frais" d'une part et "amortissements" d'autre part.

- b) Enregistrement au bilan du bien détenu en location-financement lors d'une imputation au bailleur (= leasing opérationnel/renting) :

Pour le preneur, les tranches sont des charges d'exploitation et sont inscrites au compte de résultats.

2.2.5. Acomptes versés et immobilisations corporelles en cours (classe de bilan 27)

Les immobilisations corporelles en cours concernent toutes les charges échues à la date d'établissement du bilan mais restant à enregistrer à l'actif pour des investissements qui ne sont pas encore terminés ou mis en service.

Les investissements en terrains et bâtiments (aussi en leasing) restent comptabilisés sous ce poste tant qu'ils ne sont pas pris en considération dans la réévaluation du Ministère des Finances.

Acomptes sur immobilisations : Seront inscrits ici les acomptes sur immobilisations versés à des tiers pour des commandes lorsque la livraison ou la prestation de service n'est pas encore intervenue ou facturée.

Transfert d'écritures des immobilisations corporelles en cours : En principe, le transfert interviendra au moment de l'achèvement des travaux (déclaration d'achèvement des travaux, de mutation des immobilisations).

Les terrains ou bâtiments (tant les nouveaux investissements que les travaux d'aménagement de bâtiments existants) sont transférés aux classes de bilan 22 au moment où le Ministère des Finances a procédé à une évaluation.

2.3. Moment de l'enregistrement à l'actif

Le point de vue économique en non le point de vue juridique formel est pris en considération pour déterminer la date d'enregistrement à l'actif des actifs immobilisés immeubles. Il convient en premier lieu de vérifier si le terrain/le bâtiment est encore économiquement inscrit au patrimoine du vendeur ou déjà inscrit à celui de l'acheteur.

L'appartenance au patrimoine de l'acheteur est supposée dès l'instant où celui-ci, selon la volonté des parties, peut disposer économiquement de l'actif immobilisé, dans la mesure où plus rien ne s'oppose à la passation de l'acte/l'enregistrement auprès du bureau des hypothèques.

En ce qui concerne les actifs immobilisés meubles corporels, c'est la date d'entrée qui détermine le moment de l'enregistrement à l'actif du bilan.

Les livraisons et prestations de services partielles, pour lesquelles aucun acompte n'a été versé, seront imputées au compte "immobilisations corporelles en cours".

En cas de production immobilisée en régie propre, c'est le moment de la charge qui détermine l'enregistrement à l'actif.

2.4. Évaluation**2.4.1. Notion**

Les immobilisations corporelles sont évaluées comme suit :

- a) classe de bilan 22 (terrains et bâtiments)

le prix d'acquisition ou de production ainsi que les réévaluations annuelles subséquentes à l'aide des valeurs communiquées par le Ministère des Finances;

- b) classe de bilan 23 (installations, machines et outillage), classe de bilan 24 (mobilier, matériel et matériel roulant), classe de bilan 25 (leasing financier) :

le prix d'acquisition ou de production, diminué des amortissements périodiques et exceptionnels, le cas échéant;

- c) classe de bilan 27 (acomptes versés et immobilisations corporelles en cours) :

le prix d'acquisition ou de production.

2. 4.2. Prix d'acquisition

2.4.2.1. Notion "prix d'acquisition"

Font partie du prix d'acquisition toutes les charges engagées pour l'acquisition (prix d'achat) d'un bien corporel, y compris les frais accessoires à payer jusqu'à ce que l'immobilisation puisse être mise en œuvre, déduction faite des remises.

2.4.2.2. Frais accessoires d'acquisition

Font entre autres partie des frais accessoires d'acquisition :

- la T.V.A. non déductible;
- le fret, le transport, l'emballage;
- les assurances, les frais de dédouanement;
- les commissions, frais de courtage et d'intermédiaires;
- les frais du contrat de vente;
- les frais de notaire;
- les indemnités pour la résiliation de contrats de bail ou l'extinction de servitudes grevant des terrains acquis;
- les frais de montage;
- les frais de projet pour les immobilisations corporelles;
- les frais de mise en exploitation;
- ...

2.4.2.3. Diminutions du prix d'acquisition

Escomptes, rabais, boni et autres remises diminuent le prix d'acquisition. En principe, le prix d'acquisition sera diminué des montants accordés à titre d'escompte ou de bonus par les fournisseurs.

2.4.3. Distinction entre dépenses d'investissement et d'entretien

2.4.3.1. Dépenses d'investissement

a) Principe

Une dépense d'investissement doit être enregistrée à l'actif lorsque la substance de l'immobilisation augmente, que sa nature est modifiée ou que sa qualité s'améliore sensiblement. La seule prolongation de la durée d'utilisation ne permet pas de conclure à une dépense d'investissement. Une dépense de modernisation n'est pas une dépense d'investissement.

b) Exemples de dépenses d'investissement

Par dépense d'investissement, l'on entend notamment les charges pour des travaux d'agrandissement et de transformation de bâtiments.

c) Valeurs plafonds

Jusqu'à un montant de 5.000 EUR, il ne faut pas opérer de distinction entre dépense d'investissement et d'entretien. Ces charges sont toujours considérées comme des dépenses d'entretien.

2.4.3.2. Dépenses d'entretien

a) Principe

Une dépense d'entretien survient généralement lorsque les charges servent à conserver une immobilisation dans un état raisonnable, dans la mesure où les améliorations n'impliquent pas que la substance du bien de consommation augmente, que sa nature est modifiée ou que sa qualité s'améliore au-delà de son état initial. Une amélioration technique ou de modernisation est considérée comme une dépense d'entretien.

b) Exemples de dépenses d'entretien

- dépenses pour transformation et agrandissement tant que ces travaux ne ressemblent pas à une nouvelle construction, comme par exemple pour la pose de cloisons, le remplacement de portes et fenêtres;
- dépenses pour des modifications dues à des mesures inadéquates;
- dépenses pour l'aménagement (le réaménagement) de jardins;
- frais de montage pour des machines transformées (pas les frais de première installation);
- frais de réparation;
- charges de renouvellement pour des installations de base, comme pour passer du chauffage central à un autre mode de chauffage, même si l'installation remplacée était encore en ordre de marche. Remplacement de systèmes d'aération. Remplacement, sécurisation et modernisation d'ascenseurs.

2.4.4. Biens économiques de peu de valeur

Les biens économiques de peu de valeur sont des éléments des immobilisations remplissant concomitamment les conditions suivantes :

Ils doivent :

- être sujets à l'usure;
- être meubles;
- pouvoir être utilisés seuls.

Le prix d'acquisition ou de production ne doit pas dépasser 500 EUR. Pour la valeur plafond, l'on prend la valeur brute (T.V.A. non déductible comprise, après déduction toutefois des remises et escomptes). Pour des raisons de simplification, les biens économiques remplissant les conditions susmentionnées peuvent, l'année de leur acquisition ou de leur production, être comptabilisés directement, à 100 %, comme charge. Les livres des bibliothèques publiques ne sont pas concernés; ils doivent être enregistrés à l'actif.

2.4.5. Réévaluation annuelle des terrains et bâtiments

Les terrains et bâtiments sont réévalués chaque année. Cette réévaluation sera opérée sur la base des valeurs communiquées par le Ministère des Finances.

Les plus-values et les moins-values calculées

- ne sont, en principe, pas portées au bilan dans les immobilisations elles-mêmes mais bien dans les comptes de correction de valeur (plus-value/moins-value), lesquels seront ventilés conformément aux comptes d'immobilisation;
- sont inscrites au compte de résultats soit comme plus-value (classe de bilan 79) ou comme moins-value (classe de bilan 69).

2.4.6. Amortissements

2.4.6.1. Notion "amortissements"

Par "amortissements", l'on entend les montants qui sont inscrits en charges dans le compte de résultats (classe de bilan 63) pour prendre en compte la dépréciation des immobilisations.

En principe, les amortissements ne sont pas enregistrés dans les immobilisations elles-mêmes mais bien dans les comptes de correction de valeur (plus-value/moins-value), lesquels seront ventilés conformément aux comptes d'immobilisation.

2.4.6.2. Amortissements normaux

Pour les biens économiques dont la durée d'utilisation est limitée, la dépréciation fait l'objet d'amortissements périodiques du prix d'acquisition ou de production. Les durées d'utilisation suivantes s'appliquent :

Installations, machines et outillage 10 ans

Mobilier et matériel 5 ans

Matériel roulant 5 ans

2.4.6.3. Questions spécifiques quant aux amortissements

a) Amortissements exceptionnels

De tels amortissements peuvent résulter :

- de l'usure technique anormale d'un bien;
- de dommages affectant un bien économique;
- de la mise hors d'usage/de la non-utilisation d'un bien.

b) Amortissement linéaire

Les amortissements sont calculés de façon linéaire.

c) Amortissement dans l'année de sortie

Aucun amortissement ne sera enregistré l'année de sortie.

d) Amortissement des frais encourus postérieurement à l'acquisition et la production

Les frais encourus postérieurement à l'acquisition et la production font l'objet d'un amortissement linéaire sur la durée d'utilisation restante de l'objet principal.

e) Amortissements pour des biens acquis d'occasion

Lorsque des biens sont acquis d'occasion à des tiers, l'amortissement tient compte de la durée probable d'utilisation restant à courir. Celle-ci sera fixée au cas par cas.

f) Début des amortissements pour immobilisations corporelles en cours

Lors de l'achèvement ou de la mise en service, il est nécessaire d'opérer un transfert sur le compte d'immobilisations correspondant. L'amortissement débute au moment de l'achèvement ou de la mise en service.

3. Immobilisations financières (classe de bilan 28)

3.1. Classification

3.1.1. Aperçu

Font partie des immobilisations financières les participations et créances à long terme de caractère financier.

3.1.2. Classification

3.1.2.1. Participations

Les participations sont des parts de capital d'une entreprise et visent à favoriser l'activité de l'institution par la création d'un lien durable et spécifique avec l'entreprise concernée.

3.1.2.2. Créances nées de prêts consentis à des entreprises ou à des institutions

Les prêts sont des créances financières ou en capital (contrairement aux créances pour livraisons de marchandises et prestations). Il y a généralement prêt lorsqu'il y a apport de capital pour un certain temps avec obligation pour le bénéficiaire de rembourser le montant aux conditions convenues et, en règle générale, avec intérêt.

Suivant la destination de l'immobilisation financière, il faudra décider d'inscrire le montant comme un placement à long terme sous "prêts" ou comme créance financière à court terme sous "autres éléments patrimoniaux".

3.2. Moment de l'enregistrement à l'actif

Les participations qui ne sont pas entièrement libérées ne sont portées à l'actif qu'à concurrence du montant effectivement libéré. Dans la mesure où, pour les apports en cours, une libération a été décidée et fixée dans le temps, elle doit être comptabilisée à l'actif sous "acquisition de participations" et, en contrepartie, au passif sous "dettes".

3.3. Évaluation

3.3.1. Participations

3.3.1.1. Prix d'acquisition

Les participations sont évaluées à leur prix d'acquisition. Le prix d'acquisition comprend, outre le prix d'achat, les frais accessoires d'acquisition.

3.3.1.2. Moins-value

Il faut procéder à l'enregistrement d'une moins-value lorsqu'elle est durable. Celle-ci peut être motivée, par exemple, par des pertes croissantes entraînant une dépréciation du capital propre.

3.3.2. Prêts

3.3.2.1. Prix d'acquisition

Les prêts sont comptabilisés à leur prix d'acquisition.

Sont considérés comme prix d'acquisition les montants engagés pour les prêts en question. En règle générale, il s'agit de la somme remise à l'emprunteur.

3.3.2.2. Moins-value

Il faut procéder à l'enregistrement d'une moins-value lorsqu'elle est durable. Le point 6.5. est appliqué mutatis mutandis.

4. Stocks

4.1. Classification

4.1.1. Aperçu

Font partie des stocks tous les biens destinés à être transformés, façonnés et/ou vendus dans le cadre des activités. Seule la destination d'un bien et non sa nature est déterminante pour la comptabilisation et la classification comme élément de stock.

Font partie des stocks les matières premières et les consommables, les encours de fabrication et services en cours de prestation, les produits finis et marchandises ainsi que les acomptes versés sur des éléments de stock.

4.1.2. Matières premières et consommables (classe de bilan 30)

En font partie les matières premières et les consommables, les pièces et les produits destinés à la fabrication ou à un autre usage et achetés auprès de fournisseurs tiers ou d'entreprises liées.

Les matières premières sont toutes les matières utilisées directement dans le produit fini et en constituant l'élément essentiel.

Les matières consommables se retrouvent également dans le produit fini, mais n'en constituent qu'un élément secondaire. En fait également partie l'emballage qui est essentiel pour la commerciabilité du produit fini et est compris dans le pris de vente.

Les fournitures consommables sont des matériaux qui ne jouent qu'un rôle indirect dans la fabrication des produits. Les fournitures consommables ne servent pas pour le produit proprement dit mais pour le processus de fabrication, l'entretien de l'installation de production, la production d'énergie etc. En font partie l'énergie et les carburants, le petit outillage, le matériel d'éclairage, de refroidissement, de nettoyage et de graissage, le matériel de réparation et les pièces de rechange pour les équipements d'exploitation.

Font également partie des fournitures consommables l'ensemble du matériel de bureau et de publicité, comme le papier à lettre, les prospectus, les modes d'emploi, les imprimés, les livres de comptes, la papeterie ainsi que le matériel de toute nature pour l'emballage et l'expédition.

4.1.3. Encours de fabrication et services en cours de prestation (classe de bilan 32)

Les encours de fabrication sont les matériaux qui se trouvent au stade de la production, auxquels s'appliquent déjà des salaires et coût généraux après le façonnage ou la transformation, sans que le processus de production ne soit achevé. Il s'agit d'éléments qui ne sont plus ni des matières premières ni des consommables mais qui ne constituent pas encore des produits finis.

Les services en cours de prestation sont des marchés en cours ou des services non encore facturés. D'un point de vue purement juridique, ces services nés d'un marché de fournitures ou de services sont considérés comme des créances. La comptabilisation tient compte, en dehors encours de fabrication, de la structure particulière des entreprises de services.

L'enregistrement à l'actif d'encours de fabrication et de services en cours de prestation est soumis au principe de matérialité, c.-à-d. que les produits et services ayant un prix d'acquisition ou de production inférieur à 5.000 EUR ne doivent pas être comptabilisés.

4.1.4. Produits finis et marchandises (classes de bilan 33 et 34)

Des produits d'exploitation ne sont finis que lorsqu'ils sont prêts à être expédiés et n'engendrent plus d'autres frais de façonnage ou de traitement. Les produits finis doivent donc remplir deux conditions :

- ils doivent provenir de la propre production et
- le processus de production doit être achevé pour le bien à enregistrer.

L'ajout d'un suremballage ne relève pas du processus de fabrication mais de la commercialisation.

Lorsqu'il s'agit d'une fabrication de longue durée, l'on peut aussi parler de produits finis lorsque les éléments font l'objet de livraisons distinctes, facturées séparément.

Les produits finis commandés et qui, à la date d'établissement du bilan, sont prêts à être livrés font encore partie des stocks. La distinction avec la comptabilisation sous les créances s'opère en se basant sur le moment du transfert des risques au client.

Les marchandises sont des produits finis qui n'ont pas été fabriqués, façonnés ou traités en interne. Il s'agit de biens commerciaux achetés à des tiers dans le but de les revendre.

4.1.5. Acomptes versés (classe de bilan 36)

Seront enregistrés sous "acomptes versés" les acomptes versés dans le cadre de commandes de matières premières, de consommables et de marchandises. Si le fournisseur exige et facture déjà la T.V.A. lors de l'acompte et que celle-ci est déductible, c'est le montant net de l'acompte qui sera comptabilisé ici. Si la T.V.A. payée avec l'acompte n'est pas déductible, elle fera partie du prix d'acquisition à enregistrer à l'actif pour l'acompte.

4.2. Moment de la comptabilisation

La date d'entrée ou le moment où la marchandise est disponible détermine le moment où les matières premières, les consommables et les marchandises achetées à des tiers sont comptabilisées.

4.3. Evaluation

Les stocks sont évalués au prix d'acquisition ou de production. Si, le jour de clôture, le prix coté en bourse ou le prix du marché est inférieur, c'est lui qui doit être passé en compte. Si le prix coté en bourse ou prix du marché ne peut être déterminé, c'est la valeur supposée du remplacement ou de la reproduction qui sera retenue à sa place. Ce principe de l'évaluation la plus basse implique que les pertes décelables mais non encore réalisées au jour de référence seront prises en compte.

5. Créances

5.1. Notion et classification

5.1.1. Notion

Sont inscrits comme créances les droits pour lesquels des prestations sont déjà intervenues dans le cadre de contrats bilatéraux mais pour lesquels aucune contrepartie n'a encore été versée par le débiteur (paiement).

5.1.1.1. Créances pour livraisons de marchandises et prestations de services (classe de bilan 40)

En font partie les créances découlant de marchés de travaux, de fournitures ou de services et de contrats similaires conclus avec des tiers.

Si des livraisons ou des prestations sont effectuées avant la date d'établissement du bilan mais n'ont pas encore été facturées au moment de l'établissement des comptes annuels, une créance doit apparaître sous la forme d'une "facture à établir".

Les créances à plus d'un an seront comptabilisées séparément (classe de bilan 29).

5.1.1.2. Créances diverses (classe de bilan 41)

Font partie des créances diverses toutes les créances et autres éléments patrimoniaux ne devant pas être comptabilisés ailleurs.

En font notamment partie :

- les emprunts à court terme;
- les acomptes versés ne concernant pas des immobilisations ou des stocks;
- les avances sur salaires ou traitements;
- les avances sur frais de déplacement, de séjour et autres;
- les indemnités à recevoir des assurances;
- les dommages et intérêts;
- les intérêts à recevoir;
- les impôts à récupérer;
- les subventions ou dotations à recevoir;
- ...

5.2. Moment de la comptabilisation

Les créances pour livraisons de marchandises et prestations de services sont comptabilisées lorsque les livraisons et prestations de services sont effectuées et facturées.

Les créances diverses nées d'indemnités, d'indemnités par les assurances, de récupérations d'impôts ou de cotisations sont comptabilisées dès qu'interviennent les faits pour lesquels les lois ou les contrats prévoient l'obligation de (fournir la) prestation.

Les créances diverses nées de subventions ou dotations à recevoir (chez le bénéficiaire) :

a) les subventions à recevoir (subventions en capital, subventions de fonctionnement..)

Le droit aux subventions est inscrit à l'actif lorsque les conditions matérielles d'octroi sont remplies à la date d'établissement du bilan et que l'allocation est accordée pour le 28 février de l'année suivante au plus tard, et ce sans réserve de liquidation, c.-à-d. que le bénéficiaire a reçu une promesse ferme écrite du donneur (Union européenne, État, région, communauté,...).

b) les dotations à recevoir :

L'enregistrement de la créance/du produit s'opère sur la base de tranches mensuelles égales du droit constaté pour l'exercice en cours. Sont considérées comme droits constatés les sommes communiquées par écrit par le donneur pour l'exercice en cours ainsi que, le cas échéant, les corrections apportées par le donneur aux dotations d'années antérieures en raison d'une modification des bases de calcul.

Lors de l'établissement d'un bilan intermédiaire, il faut - le cas échéant - distinguer les recettes déjà intervenues (subventions de fonctionnement, dotations) qui représentent un produit pour la période postérieure à la date d'établissement du bilan (compte de régularisation - passif)

Les créances envers des institutions qui tombent sous le coup de ces principes de classification et d'évaluation ne peuvent être comptabilisées qu'après rapprochement commun.

En ce qui concerne les créances envers des institutions qui tombent sous le coup de ces principes de classification et d'évaluation, il faut toujours exiger des confirmations de solde au 31 décembre, et ce pour l'ensemble des postes. Les soldes doivent être rapprochés.

Une créance doit être annulée (extournée) pour irrécouvrabilité lorsque, selon toute vraisemblance, elle ne pourra plus être recouvrée. Une annulation totale ou partielle ne pourra toutefois intervenir (selon l'institution) qu'après accord préalable du Conseil d'administration, du Ministre ou du Gouvernement (voir article 51 du décret du 25 mai 2009).

Si une créance concernant une année antérieure et non encore comptabilisée est établie lors de l'inventaire annuel, elle sera - selon sa nature - enregistrée comme "créance pour livraisons de marchandises et prestations de services" ou comme "créance diverse", avec en contrepartie un "produit exceptionnel" (classe de bilan 76).

5.3. Evaluation

5.3.1. Principe

Les créances sont comptabilisées à leur prix d'acquisition (valeur nominale), T.V.A. comprise.

5.3.2. Enregistrement à l'actif d'intérêts à recevoir

Dans la mesure où un droit est constaté à la date d'établissement du bilan, les intérêts à recevoir sont enregistrés à l'actif pro rata temporis. En font également partie les intérêts de retard fixés contractuellement. L'enregistrement à l'actif des droits est indépendant du moment de l'exigibilité et est réalisé dans la classe de bilan 491 - "produits acquis".

5.4. Compensation entre les créances et les dettes

Les créances ne peuvent être compensées par des dettes (principe de non-compensation).

5.5. Réductions de valeur

5.5.1. Notion

Les réductions de valeur sont des corrections purement comptables relatives aux créances. Dans les bilans, ces réductions de valeur sont déduites à l'actif du bilan de la créance concernée (compte "réductions de valeur actées").

5.5.2. Réductions de valeur particulières

Les réductions de valeur particulières doivent correspondre au montant contesté ou au montant dont la réalisation semble douteuse. Les réductions de valeur doivent correspondre aux montants à risque. Pour calculer la réduction de valeur, la TVA comprise dans le montant brut est déduite du montant de la créance, dans la mesure où elle est déductible.

Dans la mesure où les conditions particulières ne requièrent pas une approche différenciée, les taux de correction repris dans le tableau s'appliquent aux créances nettes (abstraction faite de la T.V.A. déductible) en ce qui concerne les risques suivants :

- concordat 100 %
- mise en demeure judiciaire 50 %
- retard de paiement, sursis de paiement, mauvaises conditions financières 25 %

Il y a retard de paiement lorsque rien n'a été payé après l'échéance et que des rappels répétés ont été effectués.

On ne peut procéder à des corrections forfaitaires.

6. Placements de trésorerie et valeurs disponibles (classe de bilan 55)

6.1. Notion et classification

Sont inscrits ici : les chèques, la caisse et les avoirs auprès d'établissements de crédit.

Les placements à terme seront également enregistrés sous "avoirs auprès d'établissements de crédit".

Chèques Seront comptabilisés tous les chèques reçus mais qui n'ont pas encore été présentés à une banque ou à un tiers pour encaissement. En font également partie les chèques qui ont certes été présentés à la banque mais n'ont pas encore été portés en compte par celle-ci.

Caisse Font partie de la caisse l'argent en espèces et les timbres. Les devises font également partie des espèces. Les timbres sont les timbres postaux, les timbres fiscaux, les empreintes pour machine d'affranchissement non encore utilisées etc.

Avoirs auprès d'établissements de crédit

Les avoirs doivent, en tant que créances sur des banques résidentes ou non, provenir de relations commerciales courantes et régulières. Sont comptabilisés ici les avoirs sur comptes à vue ainsi que les dépôts à terme.

La compensation d'avoirs et de dettes auprès de différents établissements de crédits est interdite.

6.2. Évaluation

Les chèques sont évalués comme des créances. Les avoirs en caisses et auprès d'établissements de crédit sont évalués à leur valeur nominale.

Les valeurs disponibles en devises sont comptabilisées au cours le plus bas à la date d'établissement du bilan (31/12/xx).

7. Patrimoine propre

7.1. Aperçu

Font partie du patrimoine propre les résultats reportés (gains ou pertes) ainsi que les subventions en capital.

7.2. Classification

7.2.1. Résultat reporté (classe de bilan 10)

Il s'agit des gains ou pertes cumulés de l'institution à la date d'établissement du bilan (31/12/xx).

7.2.2. Subventions en capital (auprès du bénéficiaire) (classe de bilan 15)

Les subventions d'investissement relatives aux immobilisations sont à inscrire dans les cas où des allocations et subsides non remboursables sont octroyés par des tiers (p.ex. État, Région, Communauté,...) lors de l'acquisition d'immobilisations corporelles.

L'inscription de ces subsides au passif sert à clarifier la situation patrimoniale réelle de l'institution.

Ce poste est débité en fonction de la durée d'utilisation restante des biens économiques subsidiés si ceux-ci font l'objet d'amortissements. L'annulation s'opère alors dans le compte de résultats sous le poste "Produits financiers divers". Si les subventions d'investissement concernent des terrains/bâtiments ne faisant pas l'objet d'amortissements, ces subventions restent comptabilisées, inchangées, comme subventions en capital dans le patrimoine propre.

Lors de subventions qui doivent être remboursées à certaines conditions, il faut vérifier si une charge économique existe en tenant compte du fait que les conditions imposées sont ou non remplies. S'il faut s'attendre à ce que l'obligation de remboursement devienne effective, celle-ci doit être enregistrée comme dette.

N.B. Les subventions de fonctionnement portées en recettes doivent être directement inscrites sous "produits divers" au compte de résultats. Il est en principe interdit de compenser ces subventions avec les charges qu'elles doivent couvrir (interdiction de compensation).

8. Provisions (classe de bilan 16)

8.1. Notion et classification

8.1.1. Notion

Les provisions servent à enregistrer des charges futures qui sont occasionnées dans la période courante ou l'ont été dans une période antérieure mais n'ont pas encore motivé de dette à la date d'établissement du bilan. Les charges doivent être circonscrites quant à leur nature, et probables ou certaines à la date d'établissement du bilan. Le montant de la charge est encore incertain au moment de l'enregistrement au bilan.

8.1.2. Classification

8.1.2.1. Provisions sociales

L'obligation de constituer une provision découle de l'obligation générale de constituer une provision pour les dettes incertaines.

Les provisions pour licenciement doivent être inscrites ici.

Conformément à l'article 14, alinéa 2, de l'arrêté royal du 10 novembre 2009, aucune provision ne doit être constituée pour les pensions.

8.1.2.2. Provisions pour charges fiscales, y compris impôts différés

Sont à provisionner les montants résultant de la base imposable jusqu'au terme de l'exercice. Les impôts dont l'assiette a été établie et le rôle rendu exécutoire sont enregistrés comme dettes.

8.1.2.3. Provisions diverses

Il faut prévoir des provisions pour

- les réparations importantes/la maintenance
- les procédures en cours
- les garanties

Les garanties données naissent en général de contrats de vente ou d'entreprise. Les garanties reposent sur :

- des obligations légales;
- des obligations contractuelles;
- ...

8.2. Évaluation

Les provisions sont comptabilisées à concurrence du montant raisonnablement nécessaire. La provision correspond au montant nécessaire pour couvrir le risque ou éteindre l'obligation.

9. Dettes

9.1. Notion et classification

9.1.1. Notion

Sont comptabilisées comme dettes les dettes de l'institution constatées à la date d'établissement du bilan, en fonction de leur montant et de leur date d'échéance. Il doit s'agir d'une charge grevant le patrimoine de l'institution et donc d'une dette au bilan.

Les dettes à plus d'un an seront comptabilisées séparément (classe de bilan 17).

9.1.2. Classification

9.1.2.1. Dettes à plus d'un an échéant dans l'année (classe de bilan 42)

Il s'agit ici de la partie à court terme de prêts à long terme consentis à l'institution.

9.1.2.2. Dettes financières (classe de bilan 43)

Doivent être inscrites ici toutes les dettes bancaires ainsi que les dettes financières envers des tiers.

9.1.2.3. Créances pour livraisons de marchandises et prestations de services (classe de bilan 44)

Sont inscrits comme dettes pour livraisons de marchandises et prestations de services les droits pour lesquels des prestations ont déjà été réalisées dans le cadre de contrats bilatéraux mais pour lesquels aucune somme n'a encore été versée. En font partie les dettes découlant de marchés de travaux, de fournitures ou de services et de contrats similaires conclus avec des tiers.

Si des livraisons ou des prestations sont effectuées avant la date d'établissement du bilan mais qu'une facture n'a pas encore été reçue au moment de l'établissement des comptes annuels, une dette doit apparaître sous la forme d'une "facture à recevoir".

9.1.2.4. Dettes fiscales, salariales et sociales (classe de bilan 45)

Sont considérés comme impôts non seulement ceux qui sont inscrits comme tels au compte de résultats mais aussi ceux que l'institution acquitte pour des tiers ou qui constituent pour lui des comptes d'attente (p.ex. TVA, précompte professionnel, précompte immobilier).

Les dettes dans le cadre de rémunérations et charges sociales comprennent entre autres :

- les salaires et traitements encore à liquider;
- les charges et cotisations sociales;
- les provisions pour congés payés, primes, 13e mois, et autres;
- ...

9.1.2.5. Dettes diverses (classe de bilan 48)

Font partie des dettes diverses toutes les dettes ne devant pas être comptabilisées ailleurs.

En font notamment partie :

- les acomptes reçus;
- les dettes nées de subventions ou dotations;
- ...

9.2. Moment de la comptabilisation

Les dettes pour livraisons de marchandises et prestations de services sont comptabilisées lorsque les livraisons et prestations de services ont été effectuées et facturées.

Dettes diverses nées de promesses de subventions ou dotations (chez le pouvoir subsidiant) :

a) subventions à payer (subventions en capital, de fonctionnement...)

La dette née d'une promesse de subvention est comptabilisée lorsque les conditions matérielles d'octroi sont remplies à la date d'établissement du bilan et que l'allocation est accordée pour le 28 février de l'année suivante au plus tard, et ce sans réserve de liquidation, c.-à-d. que le pouvoir subsidiant a fait parvenir une promesse ferme écrite.

b) dotations à payer :

L'enregistrement de la dette/de la dépense s'opère sur la base de tranches mensuelles égales de la dette constatée pour l'exercice en cours. Sont considérées comme dettes constatées les sommes communiquées par écrit au bénéficiaire pour l'exercice en cours ainsi que, le cas échéant, les corrections apportées par le pouvoir subsidiant aux dotations des années antérieures en raison d'une modification ultérieure des bases de calcul.

Lors de l'établissement d'un bilan intermédiaire, il faut - le cas échéant - distinguer les dépenses déjà engagées (subventions de fonctionnement, dotations) qui représentent une charge pour la période postérieure à la date d'établissement du bilan (compte de régularisation - actif)

Les dettes envers des institutions qui tombent sous le coup de ces principes de classification et d'évaluation ne peuvent être comptabilisées qu'après rapprochement commun.

En ce qui concerne les dettes envers des institutions qui tombent sous le coup de ces principes de classification et d'évaluation, il faut toujours exiger des confirmations de solde au 31 décembre, et ce pour l'ensemble des postes. Les soldes doivent être rapprochés.

Si une dette concernant une année antérieure et non encore comptabilisée est établie lors de l'inventaire annuel, elle sera - selon sa nature - inscrite au passif comme "dette pour livraisons de marchandises et prestations de services" ou comme "dette diverse", avec en contrepartie une "dépense exceptionnelle" (classe de bilan 66).

9.3. Evaluation

9.3.1. Principe

Les dettes sont évaluées à leur valeur de remboursement. En règle générale, la valeur de remboursement est égale au montant pour lequel la dette a été contractée.

9.3.2. Dettes en devises

En règle générale, c'est le cours de clôture à la date d'établissement du bilan qui sert de base.

9.3.3. Compensation de dettes

En principe, les dettes ne peuvent être compensées par des créances.

10. Comptes de régularisation

10.1. Notion

Sont inscrits comme comptes de régularisation

- les postes qui contiennent des dépenses et recettes antérieures à la date d'établissement du bilan, dans la mesure où elles représentent une charge, respectivement un produit, relatif/relative à une période postérieure à cette date.
- les produits et charges de l'exercice écoulé qui ne conduisent qu'ultérieurement à des recettes ou dépenses.

Les comptes de régularisation envers des institutions qui tombent sous le coup de ces principes de classification et d'évaluation seront pris en considération dans les confirmations de soldes des créances/dettes au 31 décembre.

10.2. Comptes de régularisation - actif (classes de bilan 490 et 491)

Sont notamment à inscrire :

a) les charges liquidées après la date d'établissement du bilan (= charges à reporter)

- les intérêts (auprès de l'emprunteur);
- les loyers et fermages (auprès du bailleur);
- les primes d'assurances;
- les subventions de fonctionnement;
- les dotations;
- ...

L'inscription de charges uniques plus élevées, en vue de répartir des coûts publicitaires par exemple, n'est pas autorisée étant donné que de telles charges ne concernent pas une période bien déterminée suivant la date d'établissement du bilan.

b) les produits de l'exercice écoulé qui ne mènent à des recettes que l'année suivante (produits acquis)

- les intérêts (auprès du prêteur);
- les loyers et fermages (auprès du bailleur).

10.3. Comptes de régularisation - passif (classes de bilan 492 et 493)

Sont notamment à inscrire :

a) les produits perçus après la date d'établissement du bilan (= produits à reporter)

- les intérêts reçus (auprès du prêteur);
- les loyers et fermages (auprès du bailleur);
- les subventions de fonctionnement;
- les dotations;
- ...

b) les charges de l'exercice écoulé qui ne mènent à des dépenses que l'année suivante (= charges à imputer)

- les intérêts (auprès de l'emprunteur);
- les loyers et fermages reçus (auprès des locataires);
- les primes d'assurances;
- ...

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 juin 2011 portant exécution du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone

Eupen, le 15 juin 2011.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2011 — 1900

[2011/203624]

15 JUNI 2011. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, de artikelen 12, 13, 23 tot 26, 32, 44, 59, 69, 71, 78, 82, 93 en 97;

Gelet op het koninklijk besluit van 29 december 1984 betreffende de diensten met afzonderlijk beheer in het gemeenschapsonderwijs;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 juli 2003 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van de dienst met autonoom beheer "gemeenschapscentra";

Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 2003 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van het "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap", dienst met autonoom beheer;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 2003 tot regeling van de begrotingscontrole;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 4 november 2010;

Gelet op advies 49.028/1 van de Raad van State, gegeven op 20 januari 2011, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

Hoofdstuk 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Dit besluit is van toepassing op de instellingen vermeld in artikel 2, 2^o, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

- 1^o financieel reglement : het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2^o het koninklijk besluit tot uitvoering van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen : het koninklijk besluit van 10 november 2009 tot vaststelling van het boekhoudplan van toepassing op de federale Staat en op de gemeenschappen, de gewesten en de gemeenschappelijke gemeenschapscommissie;
- 3^o de diensten van het hoofdbestuur : de diensten van het hoofdbestuur overeenkomstig artikel 2, 2^o, a), van het financieel reglement;
- 4^o de diensten met afzonderlijk beheer : de diensten met afzonderlijk beheer overeenkomstig artikel 2, 2^o, b), en artikel 74 van het financieel reglement;
- 5^o de instellingen van openbaar nut : de instellingen van openbaar nut overeenkomstig artikel 2, 2^o, c), en artikel 87 van het financieel reglement.

Hoofdstuk 2. — Bepalingen inzake begrotingsboekhouding

Afdeling 1. — Begroting

Art. 3. § 1 - De diensten van het hoofdbestuur gebruiken het rooster vermeld in bijlage 1 van dit besluit om hun ontvangstenbegroting op te maken.

De diensten van het hoofdbestuur gebruiken het rooster vermeld in bijlage 2 van dit besluit om hun algemene uitgavenbegroting op te maken en gebruiken het rooster vermeld in bijlage 3 om hun administratieve uitgavenbegroting op te maken.

§ 2 - De diensten met afzonderlijk beheer en de instellingen van openbaar nut gebruiken het rooster vermeld in bijlage 4 van dit besluit om hun ontvangstenbegroting op te maken.

De diensten met afzonderlijk beheer en de instellingen van openbaar nut gebruiken het rooster vermeld in bijlage 5 van dit besluit om hun uitgavenbegroting op te maken.

Art. 4. De begrotingsbedragen worden uitgedrukt in duizendsten.

Afdeling 2. — Begrotingsregels

Art. 5. Overeenkomstig artikel 20 van het koninklijk besluit tot uitvoering van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen bestaat een betalingsverplichting wanneer en vanaf het moment dat krachtens wettelijke en reglementaire bepalingen een schuld bestaat ten laste van een boekhoudkundige entiteit of een schuldvordering ten hare voordele, onafhankelijk van de vervaldatum van die schuld of die schuldvordering.

Onverminderd de toepasselijke wettelijke en reglementaire bepalingen en artikel 32, § 3, van het financieel reglement wordt een betalingsverplichting inzonderheid geacht te bestaan vanaf het volgende tijdstip :

- 1° voor wedden, pensioenen, incidentele premies en andere bijzondere uitkeringen : vanaf het moment waarop de prestatie werd verricht; en voor de achterstallen hierop : vanaf het moment waarop de prestatie werd verricht, ongeacht het jaar waarop ze betrekking hebben;
- 2° voor werken, leveringen en diensten, met uitzondering van de huur- en abonnementsgelden : vanaf het moment waarop de opdracht betreffende de werken, leveringen en diensten uitgevoerd en aanvaard werd;
- 3° voor de aan- en verkoop van onroerende goederen : vanaf het moment waarop de verkoop tussen partijen verwezenlijkt is;
- 4° voor de toelagen waarvan de toekenning door organieke bepalingen wordt geregeld : vanaf het moment waarop ze volgens die organieke bepalingen zijn verschuldigd;
- 5° voor de toelagen waarvan de toekenning niet door organieke bepalingen wordt geregeld : vanaf de datum waarop het besluit of de akte van toekenning in werking treedt;
- 6° voor de bijdragen aan internationale instellingen ter uitvoering van verdragen : vanaf de datum van het verschuldigd zijn krachtens de contractuele verbintenis;
- 7° voor de vrijwillige bijdragen aan internationale instellingen : vanaf de datum waarop het besluit of de akte van toekenning in werking treedt;
- 8° voor de kredietverleningen en deelnemingen : vanaf de datum waarop het besluit of de akte van toekenning in werking treedt;
- 9° voor vonnissen en arresten of andere daden waardoor aan geschillen een einde wordt gemaakt : vanaf de datum van uitvoerbaarheid van die uitspraken of daden;
- 10° voor de fiscale ontvangsten : vanaf de datum van het bepalen van het invorderingsrecht overeenkomstig de geldende wetten, decreten en reglementaire beschikkingen; wanneer evenwel de storting de bepaling van het invorderingsrecht voorafgaat, wordt de datum van de ontvangst van de sommen in aanmerking genomen;
- 11° voor de fiscale ontlastingen en terugvorderingen : vanaf de datum van het bepalen van het bedrag.

Hoofdstuk 3. — *Bepalingen inzake financiële boekhouding*

Afdeling 1. — Boekhoudplan

Art. 6. § 1 - De instellingen gebruiken het eenvormig boekhoudplan vermeld in bijlage 6 van dit besluit om hun financiële boekhouding te voeren.

Met het oog op de consolidatie van de rekeningen van alle entiteiten van de Staat wordt gewerkt met het eenvormig boekhoudplan vermeld in bijlage 1 van het koninklijk besluit tot uitvoering van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen.

§ 2 - De Minister bevoegd voor Begroting en Financiën legt in voorkomend geval de nummers en de benamingen van de rekeningen na de derde punt vast in het boekhoudplan.

Afdeling 2. — Boekhoudkundige regels

Art. 7. Overeenkomstig artikel 5 van het koninklijk besluit tot uitvoering van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen gebruiken de instellingen de indelings- en waarderingsprincipes vervat in bijlage 7 van dit besluit.

Art. 8. De boeken en verantwoordingsstukken bedoeld in artikel 32, § 4, tweede lid, van het financieel reglement worden tien jaar bewaard.

Art. 9. De diensten met afzonderlijk beheer en de instellingen van openbaar nut gebruiken voor het voeren van hun boekhouding hetzelfde gegevensverwerkingssysteem als de diensten van het hoofdbestuur.

Hoofdstuk 4. — *Financiële actoren*

Afdeling 1. — Ordonnateur

Art. 10. Ter uitvoering van de artikelen 23, § 2, 69, tweede lid, 82 en 97 van het financieel reglement worden de gedelegeerde ordonnateurs :

- 1° van de diensten van het hoofdbestuur aangewezen door de Regering;
- 2° van de diensten met afzonderlijk beheer aangewezen door de bevoegde minister;
- 3° van de instellingen van openbaar nut aangewezen door hun huishoudelijk reglement of door een besluit van de raad van bestuur dat is goedgekeurd door de Regering.

Telkens als gedelegeerde ordonnateurs worden aangewezen, worden op zijn minst de volgende gegevens schriftelijk vastgelegd :

- 1° de naam en de functie van de personen aan wie de ordonnanceringsbevoegdheid wordt gedelegeerd;
- 2° het voorwerp van de gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid;
- 3° het plafond van de uitgaven die in het kader van de gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid gedaan mogen worden.

Art. 11. De gedelegeerde ordonnateurs van de instellingen van openbaar nut worden aangewezen telkens als de raad van bestuur overeenkomstig het desbetreffende organiek decreet volledig wordt vernieuwd. In voorkomend geval moet het huishoudelijk reglement dienovereenkomstig worden aangepast.

Art. 12. De gesubdelegeerde ordonnateurs worden aangewezen door de ordonnateur van de instelling, onder dezelfde voorwaarden als de gedelegeerde ordonnateur.

Art. 13. Het bedrag vermeld in artikel 24, § 6, 2°, van het financieel reglement beloopt 5.500 euro, btw niet inbegrepen.

Afdeling 2. — Rekenplichtige

Art. 14. Ter uitvoering van artikel 25, § 1, van het financieel reglement worden de rekenplichtigen :

- 1° van de diensten van het hoofdbestuur aangewezen door de Regering;
- 2° van de diensten met afzonderlijk beheer aangewezen door de bevoegde minister;
- 3° van de instellingen van openbaar nut aangewezen door de raad van bestuur.

Een afschrift van het aanwijzingsbesluit wordt ter informatie overgezonden aan het Rekenhof.

Art. 15. Indien de rekenplichtige overeenkomstig artikel 25, § 5, van het financieel reglement bepaalde taken delegeert aan onder zijn hiërarchische verantwoordelijkheid geplaatste personeelsleden, geschiedt dit schriftelijk en wordt die delegatie goedgekeurd door het orgaan door wie de rekenplichtige is aangewezen.

Telkens als taken gedelegeerd worden, worden op zijn minst de volgende gegevens schriftelijk vastgelegd :

- 1° de naam van de personen aan wie bepaalde taken gedelegeerd worden;
- 2° het voorwerp van de gedelegeerde taken;
- 3° het plafond van de uitgaven die in het kader van de gedelegeerde taken gedaan mogen worden.

Een afschrift van het delegatiebesluit wordt ter informatie overgezonden aan het Rekenhof.

Afdeling 3. — Beheerder van gelden ter goede rekening

Art. 16. Indien de rekenplichtige overeenkomstig artikel 26 van het financieel reglement een beheer van gelden ter goede rekening instelt, geschiedt dit schriftelijk en wordt dit goedgekeurd door het orgaan door wie de rekenplichtige is aangewezen.

Telkens als een beheer van gelden ter goede rekening wordt ingesteld, worden op zijn minst de volgende gegevens schriftelijk vastgelegd :

- 1° de naam van de persoon die voor het beheer van gelden ter goede rekening verantwoordelijk is;
- 2° het plafond van de betalingen die met de gelden ter goede rekening mogen worden gedaan, alsook het plafond van de ontvangsten andere dan eigen middelen die mogen worden aanvaard.

Een afschrift van het besluit waarbij een beheer van gelden ter goede rekening wordt ingesteld, wordt ter informatie overgezonden aan het Rekenhof.

Art. 17. De plafonds vermeld in artikel 16, tweede lid, 2°, mogen het bedrag van 1.000 euro voor betalingen en 5.000 euro voor aanvaarde ontvangsten niet overschrijden.

Na een storting mogen de liquiditeiten het bedrag van 5.000 euro niet overschrijden.

Hoofdstuk 5. — *Interne controle*

Afdeling 1. — Interne controle in alle instellingen

Art. 18. De instellingen gebruiken de INTOSAI-richtlijnen inzake interne controlenormen voor de overheidssector (INTOSAI GOV 9100) om hun interne controle te structureren.

Art. 19. De termijn vermeld in artikel 44, § 4, van het financieel reglement waarover de gedelegeerde ordonnateur beschikt om op te treden voordat de ordonnateur wordt ingelicht, bedraagt 30 dagen.

De in dezelfde paragraaf vermelde termijn waarover de ordonnateur beschikt om op te treden voordat het Rekenhof wordt ingelicht, bedraagt 45 dagen.

Afdeling 2. — Interne controle in de diensten van het hoofdbestuur

Onderafdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 20. De begrotingscontrole valt onder de bevoegdheid van de Regering en de Minister van Begroting. Zij worden bijgestaan door de Inspectie van Financiën.

De begrotingscontrole heeft betrekking op de ontwerpen van beslissing van de Regering en haar ministers en op de diensten van het hoofdbestuur.

Art. 21. De Minister van Begroting licht de Regering geregeld in over de geldelijke en budgettaire toestand en over de vooruitzichten inzake de uitvoering van de begroting.

De Regering bepaalt haar houding ten opzichte van de decreetsvoorstellen en amendementen waarvan de aanneming een weerslag zou kunnen hebben, hetzij op de ontvangsten, hetzij op de uitgaven.

Art. 22. Indien meerdere inspecteurs van Financiën bij de Regering geaccrediteerd zijn, kan de Regering na overleg met de korpschef van de Inspectie van Financiën bepaalde sectoren aan de verschillende inspecteurs toevertrouwen.

Art. 23. In de aanhef van een besluit wordt verwezen naar het advies van de inspecteur van Financiën en de akkoordbevinding van de minister van Begroting, met vermelding van de datum ervan.

Indien artikel 25, tweede lid, van toepassing is, wordt de akkoordbevinding van de Minister van Begroting niet in de aanhef vermeld.

Onderafdeling 2. — Minister van Begroting

Art. 24. In samenwerking met de functioneel bevoegde ministers maakt de Minister van Begroting de voorontwerpen van de decreten houdende de begroting en de aanpassingen ervan op, alsook de amendementsvoorstellen m.b.t. deze ontwerpen van decreet en de ontwerpen van besluiten houdende de nieuwe verdeling van de basisallocaties.

Art. 25. De akkoordbevinding van de Minister van Begroting is vereist voor :

1° elk ontwerp van decreet of reglementair besluit dat de Regering ter beslissing moet worden voorgelegd en waarvan de aanneming een weerslag zou kunnen hebben, hetzij op de ontvangsten, hetzij op de uitgaven. De bevoegde minister vraagt de Minister van Begroting om zijn akkoordbevinding en bezorgt hem daartoe het advies van de inspecteur van Financiën;

2° elke aanschaffing of overdracht van een onroerend goed of voor de toekenning van een borg.

Legt de Minister van Begroting als functioneel bevoegde minister zelf een ontwerp aan de Regering voor, geldt van rechtswege dat zijn akkoordbevinding voorhanden is.

In afwijking van het eerste lid is de akkoordbevinding van de Minister van Begroting niet vereist wanneer de inspecteur van Financiën in zijn advies geen weerslag op de ontvangsten of op de uitgaven vaststelt.

Onderafdeling 3. — Inspecteur van Financiën

Art. 26. § 1 - De inspecteur van Financiën vervult de functie van budgettaire en financiële raadgever van de Regering en van de ministers. In deze hoedanigheid kan hij, op eigen initiatief of op verzoek, de Regering en de ministers suggesties doen.

Hij kan door de Regering en de ministers ermee belast worden adviezen uit te brengen m.b.t. budgettaire en financiële vraagstukken. Daarbij kunnen informatieopdrachten ook betrekking hebben op handelingen van rechtspersonen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren of op ontvangers van subsidies.

§ 2 - De inspecteur van Financiën controleert de uitvoering van de begroting namens de Minister van Begroting. Die controle geschiedt a priori in de gevallen bepaald in artikel 28 en artikel 29. Ze geschiedt a posteriori in de jaarlijks door de Minister van Begroting bepaalde sectoren.

§ 3 - De adviezen van de inspecteur van Financiën zijn uitsluitend gebaseerd op de volgende criteria : wettelijkheid, nuttigheid, werkzaamheid, kostenefficiëntie, budgettaire compatibiliteit. Hij onderzoekt bovendien de overeenstemming met de beslissingen, richtlijnen en programma's van de Regering.

In het kader van zijn opdrachten heeft de inspecteur van Financiën een onbeperkt inzage-recht. Alle betrokkenen zijn ertoe verplicht hem inlichtingen te geven.

De inspecteur van Financiën voert zijn opdrachten in alle onafhankelijkheid uit en neemt geen deel aan het regeringsbeleid, noch aan de leiding van het bestuur.

Art. 27. De inspecteur van Financiën wordt betrokken bij het opmaken van de begroting en de aanpassingen ervan. Op verzoek van de Minister van Begroting brengt hij adviezen uit over de voorontwerpen van de decreten houdende de begroting en de aanpassingen ervan, de amendementsvoorstellen m.b.t. deze ontwerpen van decreet en de ontwerpen van besluit houdende de nieuwe verdeling van de basisallocaties.

Art. 28. Het voorafgaande advies van de inspecteur van Financiën is vereist :

1° als overeenkomstig artikel 25 de akkoordbevinding van de Minister van Begroting vereist is;

2° voor alle andere ontwerpen van besluit, omzendbrieven of beslissingen die een weerslag zouden kunnen hebben, hetzij op de ontvangsten, hetzij op de uitgaven.

Op verzoek van de bevoegde minister kan de Minister van Begroting in dringende gevallen eisen dat het advies binnen de door hem bepaalde termijn uitgebracht wordt.

Art. 29. In afwijking van artikel 28, 2°, is het advies van de inspecteur van Financiën niet vereist voor :

1° beslissingen i.v.m. het personeel die genomen worden met toepassing van het geldelijk en administratief statuut, met uitzondering van nieuwe aanwervingen en nieuwe benoemingen, voor zover het daarbij niet gaat om vervangingsovereenkomsten met een duur van minder dan één jaar;

2° dienststopdrachten in België en in het buitenland;

3° overheidsopdrachten voor aanneming van werken tot 20.000 euro, btw niet inbegrepen;

4° overheidsopdrachten voor aanneming van leveringen en diensten tot 10.000 euro, btw niet inbegrepen;

5° subsidies of dotaties :

a) waarvan het bedrag en de ontvanger nominatief in de begroting worden vermeld;

b) die krachtens een decreet of een verordening worden toegekend door gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte;

6° andere subsidies en uitgaven tot 5.500 euro, btw niet inbegrepen.

De Minister van Begroting kan de nadere regels voor de toepassing van de voorschriften van het eerste lid bepalen en de daarin vermelde maximumbedragen wijzigen.

In afwijking van het eerste lid, 3° en 4°, is het advies van de inspecteur van Financiën altijd vereist als bij een overheidsopdracht het geschatte bedrag zonder btw met meer dan 20 procent overschreden wordt.

Art. 30. De boekhoudkundige vastleggingen worden de inspecteur van Financiën maandelijks toegezonden. De opmerkingen van het Rekenhof worden ter kennisgeving overgezonden aan de inspecteur van Financiën.

De lijst met de overheidsopdrachten waarvoor het advies van de inspecteur van Financiën met toepassing van artikel 29, eerste lid, 3° en 4°, niet vereist is, wordt om de drie maanden aan de inspecteur van Financiën bezorgd.

Art. 31. Brengt de inspecteur van Financiën een ongunstig advies uit over een in artikel 28, 2°, vermelde aangelegenheid, dan kan de uitgave niet uitgevoerd worden, tenzij de Regering op verzoek van de bevoegde Minister beslist om toch haar toestemming te geven.

Hoofdstuk 6. — *Diverse bepalingen*

Art. 32. De betalingsfaciliteiten vermeld in artikel 49 van het financieel reglement kunnen worden toegekend onder de volgende voorwaarden :

1° ze worden door de debiteur aangevraagd;

2° ze worden voorafgegaan door een uitdrukkelijke en onbetwistbare erkenning van de totale schuld door de debiteur;

3° de instelling stelt een schuldaflossingsplan voor de debiteur op.

Als de totale schuld minder dan 10.000 euro bedraagt, worden geen interesten berekend. Bij hogere bedragen worden de nalatigheidsinteresten berekend op basis van de wettelijke interest, overeenkomstig artikel 1153 van het Burgerlijk Wetboek.

Hoofdstuk 7. — *Wijzigings-, opheffings- en slotbepalingen*

Art. 33. De artikelen 3, 5 tot 11, 12, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 14 september 2006, en de artikelen 13 tot 15 van het besluit van de Regering van 10 juli 2003 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van de dienst met autonoom beheer "gemeenschapscentra" worden opgeheven.

Art. 34. De artikelen 3 en 5 tot 14 van het besluit van de Regering van 20 november 2003 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van het "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap", dienst met autonoom beheer, worden opgeheven.

Art. 35. In artikel 24 van het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen worden de woorden "overeenkomstig de gecoördineerde wetten op de Rijkscomptabiliteit" vervangen door de woorden "overeenkomstig het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 36. Het koninklijk besluit van 29 december 1984 betreffende de diensten met afzonderlijk beheer in het gemeenschapsonderwijs, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 17 juni 1992, 6 maart 1993, 21 juni 2001, 20 december 2001, 10 juli 2003 en 16 november 2005, wordt opgeheven.

Art. 37. Het besluit van de Regering van 20 november 2003 tot regeling van de begrotingscontrole wordt opgeheven.

Art. 38. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2010.

In afwijking van het eerste lid treedt artikel 9 voor elk van de instellingen in werking op het tijdstip dat door de Minister van Begroting wordt bepaald en uiterlijk op 1 januari 2012.

Art. 39. De Minister bevoegd voor Begroting en Financiën is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 1 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Ontvangstenbegroting [jaar]
per ontvangstartikel

Soort	EEC	EFC	Omschrijving	Ontvangsten

Legende :

- Soort : ofwel ALG. (algemene ontvangsten) ofwel TOEGEW. (toegewezen ontvangsten)
- EEC : nummer volgens Europese economische classificatie
- EFC : nummer volgens Europese functionele classificatie
- Omschrijving : omschrijving van de oorsprong van de ontvangsten
- Ontvangsten : bedrag van de ontvangsten in duizendsten

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.
Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,
Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 2 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Algemene uitgavenbegroting [jaar]
per organisatieafdeling, programma en basisallocatie

OA	PR	Omschrijving	VK [jaar]	OK [jaar]

Legende :

- OA : nummer van de organisatieafdeling
- PR : nummer van het programma
- Omschrijving : omschrijving van het bestuurs- en activiteitsprogramma in het kader waarvan de uitgave wordt gedaan
- VK [jaar] : bedrag van het vastleggingskrediet in duizendsten
- OK [jaar] : bedrag van het ordonnanceringskrediet in duizendsten

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.
Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,
Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 3 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Administratieve uitgavenbegroting [jaar]
per organisatieafdeling, programma en basisallocatie

OA	PR	EEC	EFC	Omschrijving	VK [jaar]	OK [jaar]	Fondsen

Legende :

- OA : nummer van de organisatieafdeling
- PR : nummer van het programma
- EEC : nummer volgens Europese economische classificatie
- EFC : nummer volgens Europese functionele classificatie
- Omschrijving : omschrijving van het bestuurs- en activiteitsprogramma in het kader waarvan de uitgave wordt gedaan
- VK [jaar] : bedrag van het vastleggingskrediet in duizendsten
- OK [jaar] : bedrag van het ordonnanceringskrediet in duizendsten
- Fondsen : verwijzing naar de variabele kredieten

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.
Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,
Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 4 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Ontvangstenbegroting [jaar]
per ontvangstartikel

EEC	EFC	Omschrijving	Ontvangsten

Legende :

- EEC : nummer volgens Europese economische classificatie
- EFC : nummer volgens Europese functionele classificatie
- Omschrijving : omschrijving van de oorsprong van de ontvangsten
- Ontvangsten : bedrag van de ontvangsten in duizendsten

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.
Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,
Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 5 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Uitgavenbegroting [jaar]
per organisatieafdeling, programma en basisallocatie

OA	PR	EEC	EFC	Omschrijving	VK [jaar]	OK [jaar]

Legende :

- OA : nummer van de organisatieafdeling
- PR : nummer van het programma
- EEC : nummer volgens Europese economische classificatie
- EFC : nummer volgens Europese functionele classificatie
- Omschrijving : omschrijving van het bestuurs- en activiteitsprogramma in het kader waarvan de uitgave wordt gedaan
- VK [jaar] : bedrag van het vastleggingskrediet in duizendsten
- OK [jaar] : bedrag van het ordonnanceringskrediet in duizendsten

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.
Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,
Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 6 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

INSTELLINGEN VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP :

Eenvormig boekhoudplan	
Balansklasse - Omschrijving	
Subklasse - Omschrijving	
Rubriek	Omschrijving
Klasse 1 - Eigen middelen, voorzieningen en schulden op lange termijn	
10 - Nettoactiva, nettopassiva	
101	<i>nettoactiva</i>
108	<i>nettopassiva (-)</i>
15 - Kapitaalsubsidies	
150	<i>kapitaalsubsidies</i>
16 - Voorzieningen	
163	<i>voorzieningen voor risico's en kosten</i>

17 - Schulden op meer dan één jaar	
176	<i>leasing en leningen > 1 jaar</i>
Klasse 2 - Vaste activa en vorderingen op lange termijn	
21 - Immateriële vaste activa	
212	<i>concessies, octrooien, licenties, software, databanken</i>
22 - Terreinen en gebouwen	
220	<i>terreinen voor overheids- en schoolgebouwen</i>
222	<i>niet-bebouwde terreinen</i>
223	<i>overheids- en schoolgebouwen</i>
224	<i>onscheidbare terreinen en gebouwen</i>
23 - Installaties, machines en uitrusting	
230	<i>installaties</i>
231	<i>machines</i>
232	<i>uitrusting</i>
24 - Meubilair, materieel en rollend materieel	
240	<i>rollend materieel</i>
243	<i>computermateriaal</i>
244	<i>kantoorbenodigdheden en -meubilair</i>
245	<i>diverse benodigdheden/meubilair</i>
246	<i>bibliotheek</i>
247	<i>kunstwerken</i>
248	<i>dieren</i>
25 - Leasing	
250	<i>geleasede terreinen en gebouwen</i>
251	<i>geleasede installaties, machines en uitrusting</i>
252	<i>geleased materieel, meubilair en rollend materieel</i>
27 - Materiële vaste activa in aanbouw en vooruitbetalingen	
270	<i>materiële vaste activa in aanbouw en vooruitbetalingen</i>
28 - Financiële vaste activa	
280	<i>deelnemingen in verbonden ondernemingen</i>
281	<i>vorderingen op verbonden ondernemingen</i>
288	<i>borgtochten</i>
29 - Vorderingen op meer dan één jaar	
290	<i>vorderingen uit leveringen en diensten > 1 jaar</i>
291	<i>overige vorderingen > 1 jaar</i>
Klasse 3 - Inventaris en voorraden	
30 - Voorraden	
300	<i>voorraden</i>
360	<i>vooruitbetalingen op voorraden</i>
Klasse 4 - Vorderingen en schulden op korte termijn	
40 - Vorderingen uit leveringen en diensten	
400	<i>klantenvorderingen</i>
404	<i>op te maken facturen</i>
406	<i>vooruitbetalingen</i>

41 - Overige vorderingen	
411	<i>vorderingen ten aanzien van de btw-administratie</i>
412	<i>vorderingen op andere instellingen</i>
416	<i>overige vorderingen</i>
418	<i>betaalde borgtochten</i>
42 - Schulden die binnen het jaar vervallen	
422	<i>kapitaalaflossing op leasing < 1 jaar</i>
423	<i>kapitaalaflossing op leningen < 1 jaar</i>
43 - Financiële schulden	
430	<i>leningen op rekening met vaste termijn</i>
44 - Schulden uit leveringen en diensten	
440	<i>leveranciers binnenland</i>
444	<i>te ontvangen facturen</i>
45 - Schulden met betrekking tot belastingen, bezoldigingen en sociale lasten	
451	<i>schulden ten aanzien van de btw-administratie</i>
452	<i>te betalen belastingen en taksen</i>
453	<i>bedrijfsvoorheffing</i>
454	<i>rijksdienst voor sociale zekerheid</i>
455	<i>bezoldigingen/wedden</i>
456	<i>vakantiegeld</i>
459	<i>andere sociale schulden</i>
48 - Diverse schulden	
482	<i>schulden ten aanzien van andere instellingen</i>
483	<i>terugbetaling aan derden</i>
489	<i>andere diverse schulden</i>
49 - Overlopende rekeningen	
490	<i>over te dragen kosten</i>
491	<i>verkregen opbrengsten</i>
492	<i>toe te rekenen kosten</i>
493	<i>over te dragen opbrengsten</i>
Klasse 5 - Geldbeleggingen en liquide middelen	
51 - Aandelen en deelnemingen	
510	<i>aandelen en deelnemingen</i>
52 - Vastrentende effecten	
520	<i>vastrentende effecten</i>
53 - Termijndeposito's en spaarrekeningen	
530	<i>termijndeposito's en spaarrekeningen</i>
55 - Liquide middelen	
550 - 553	<i>lopende rekeningen</i>
556	<i>kasboeken</i>
558	<i>geldbewegingen en overboekingen</i>
58 - Interne overboekingen	
580	<i>interne overboekingen</i>
Klasse 6 - Kosten	
60 - Grondstoffen, handelsgoederen, onderleveranciers	
600	<i>aankoop van grondstoffen</i>
601	<i>aankoop van verbruiksgoederen voor de productie</i>
602	<i>aankoop van diensten</i>
604	<i>aankoop van handelsgoederen</i>
608	<i>af te trekken bedragen</i>
609	<i>voorraadwijzigingen</i>

61 - Diverse diensten en goederen	
610	<i>huurgelden en huurlasten</i>
611	<i>onderhouds- en herstelkosten</i>
612	<i>lopende kosten (energie, bijkomende kosten, kantoorbenodigdheden)</i>
613	<i>telefoon- en portokosten</i>
614	<i>verzekeringen</i>
615	<i>representatiekosten en bijdragen</i>
616	<i>reis- en vervoerkosten</i>
617	<i>uitzendkrachten</i>
618	<i>presentiegelden</i>
619	<i>erelonen en diverse kosten</i>
62 - Loonkosten	
620	<i>bezoldigingen, vakantiegeld en eindejaarspremie</i>
621	<i>bijdragen voor de sociale zekerheid (werkgever)</i>
622	<i>werkgeversbijdragen (diverse)</i>
623	<i>andere personeelskosten</i>
629	<i>wedden onderwijs</i>
63 - Afschrijvingen en waardeverminderingen	
631	<i>afschrijving - immateriële vaste activa</i>
634	<i>afschrijving - installaties, machines en uitrusting</i>
635	<i>afschrijving - materieel, meubilair en rollend materieel</i>
64 - Andere kosten	
640	<i>belastingen en taksen</i>
643	<i>subsidies</i>
65 - Financiële kosten	
650	<i>renten</i>
658	<i>bankkosten</i>
66 - Uitzonderlijke kosten	
663	<i>verlies op vaste activa (minderwaarden)</i>
668	<i>studietoelagen</i>
668	<i>geboekte schulden uit vorige jaren</i>
69 - Waardeverminderingen	
694	<i>waardevermindering op terreinen en gebouwen</i>
696	<i>waardevermindering op financiële vaste activa</i>
697	<i>waardevermindering op vorderingen</i>
Klasse 7 - Opbrengsten	
700	<i>maaltijden</i>
701	<i>verkoop via automaten, verkoop van drankjes en ijs</i>
703	<i>werken op aanvraag</i>
705	<i>verkoop van afval</i>
707	<i>huurinkomsten en huurlasten (verhuur op korte termijn)</i>
708	<i>andere omzet</i>
72 - Geactiveerde interne productie	
720	<i>geactiveerde interne productie</i>
74 - Andere opbrengsten	
740	<i>subsidies</i>
745	<i>rechten</i>
746	<i>huurinkomsten - immobiëlen (verhuur op lange termijn)</i>
747	<i>huurinkomsten - roerende goederen (verhuur op lange termijn)</i>
748	<i>premies en terugbetaling van kosten derden</i>
749	<i>terugbetaling van kosten personeel en andere opbrengsten</i>

75 - Financiële opbrengsten	
750	<i>renten</i>
756	<i>verkregen korting</i>
758	<i>rente op premies</i>
76 - Uitzonderlijke opbrengsten	
763	<i>meerwaarden op de realisatie van vaste activa</i>
768	<i>andere uitzonderlijke opbrengsten</i>
769	<i>sponsoring/giften</i>
77 - Belastingen	
771	<i>terugbetalingen van belastingen</i>
79 - Meerwaarden	
794	<i>meerwaarde op terreinen en gebouwen</i>
796	<i>meerwaarde op financiële vaste activa</i>

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.
Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
K.-H. LAMBERTZ,
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Bijlage 7 bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap

Indelings- en waarderingsprincipes voor de jaarrekeningen van alle instellingen van de Duitstalige Gemeenschap

1. Immateriële vaste activa (balansklasse 21)

1.1 Begrip

Hier moeten de volgende rechten gespecificeerd worden :

concessies, octrooien, licenties (voor software, databanken, enz.), merk-, auteur- en uitgeefrechten, enz.

1.1. Waardering

De immateriële vaste activa worden gewaardeerd tegen aanschaffingsprijs of vervaardigingsprijs, verminderd met de planmatige afschrijvingen en eventuele uitzonderlijke afschrijvingen.

De aanschaffingsprijs omvat de niet-afrekbare btw.

1.2. Afschrijvingen

Bij immateriële vaste activa met een beperkte levensduur moet rekening worden gehouden met de waardevermindering door planmatige afschrijvingen van de aanschaffings- of vervaardigingsprijs. Daarvoor geldt een veronderstelde levensduur van 4 jaar (d.i. een jaarlijks afschrijvingspercentage van 25 %), tenzij bij overeenkomst een andere levensduur is vastgelegd.

2. Materiële vaste activa

2.1. Begrip 'materiële vaste activa'

Materiële vaste activa omvatten alleen materiële goederen die bestemd zijn om duurzaam (d.i. meer dan een jaar) voor de bedrijfsuitoefening te worden gebruikt.

2.2. Indeling van de materiële vaste activa

2.2.1. Terreinen en gebouwen (balansklasse 22)

Alle bebouwde en niet-bebouwde terreinen moeten afzonderlijk worden geboekt. Terreinen worden ook als bebouwd beschouwd als ze slechts gedeeltelijk bebouwd zijn. Terreinen waarop nieuwe gebouwen ontstaan, moeten reeds in die fase als bebouwd worden beschouwd in de balans. Een terrein wordt als niet-bebouwd beschouwd als het op zich, als zodanig, kan worden gewaardeerd.

Gebouwen zijn bouwwerken op eigen terreinen of op terreinen van derden die :

- mensen of zaken door middel van ruimtelijke omsluiting bescherming tegen invloeden van buitenaf bieden;
- mensen een verblijf bieden;
- in de grond verankerd,
- duurzaam en
- vast zijn.

Onder de gebouwen valt alles wat tot de basisinstallatie behoort, zoals :

- verlichting;
- centrale verwarmingsinstallaties en warmwaterinstallaties;
- beluchtungs- en ontluuchtungsinstallaties, d.w.z. installaties die het verblijf van mensen in ruimten mogelijk maken of aangenamer maken;
- bewaterings- en ontwateringsinstallaties, d.w.z. installaties die tot de sanitaire inrichting behoren en
- personenliften;
- ...

Externe faciliteiten worden beschouwd als bebouwde terreinen. Daartoe behoren straten, bruggen, wegen, bestrating, aangelegde pleinen en parkeerterreinen, massieve omheiningen, scheidingsmuren, stutmuren, sportinstallaties, massieve funderingen, rioleringen, onderdoorgangen, ondergrondse verbindingsgangen, enz.

Ingebouwde gedeelten in huurobjecten : hier moet de aanschaffings- of vervaardigingsprijs van verbouwingen van huurobjecten geactiveerd worden.

De aanschaffings- of vervaardigingsprijs van andere investeringen in huurobjecten, zoals bijvoorbeeld distributievoorzieningen, telefooninstallaties, technische installaties, komen in de begrotingspost "meubilair en materieel".

2.2.2. Installaties, machines en uitrusting (balansklasse 23)

De hier onder te brengen vermogensbestanddelen dienen voornamelijk voor de activiteiten van de instellingen. Daartoe behoren :

- arbeidsmachines;
- installaties voor energieproductie en -distributie;
- voorraadvaten en alle fundamenteën, ondersteuning, enz.
- werktuigen;
-

Reserveonderdelen en toebehoren van een machine, voor zover die tot de initiële investering behoren, moeten samen met de machine geactiveerd worden.

2.2.3. Meubilair, materieel en rollend materieel (balansklasse 24)

Hieronder vallen :

- het voertuigenpark;
- de installaties voor gegevensverwerking;
- de communicatiesystemen;
- de kantoorinrichting;
- de boeken in openbare bibliotheken,
- ...

2.2.4. Leasing (huurfinanciering)

De toerekening van het lease-object is afhankelijk van het soort overeenkomst waarvoor de partijen hebben geopteerd en van de werkelijke uitvoering daarvan. Met inachtneming van alle omstandigheden moet van geval tot geval worden beslist aan wie het lease-object moet worden toegerekend :

a) Opneming van het lease-object in de balans bij toerekening aan de leasingnemer (= financiële leasing) (balansklasse 25) :

De leasingnemer moet het lease-object activeren tegen de aanschaffings- of vervaardigingsprijs. De aanschaffings- of vervaardigingsprijs is die van de leasinggever.

Ten belope van de geactiveerde aanschaffings- of vervaardigingsprijs wordt op de passiefzijde van de balans een schuld aan de leasinggever opgenomen onder de post "schulden uit leveringen en diensten".

De leasebedragen moeten worden opgesplitst in "interesten en kosten" en "aflossing".

b) Opneming van het lease-object in de balans bij toerekening aan de leasinggever, d.i. de leasingmaatschappij (= operationele leasing/renting) :

Voor de leasingnemer zijn de leasebedragen bedrijfsuitgaven en worden die bedragen opgenomen in de resultatenrekening.

2.2.5. Vooruitbetalingen en materiële vaste activa in aanbouw (balansklasse 27)

De materiële vaste activa in aanbouw hebben betrekking op alle te activeren uitgaven die tot op de balansdatum ontstaan zijn voor investeringen die nog niet rond zijn of nog niet in gebruik zijn genomen.

Investeringen in terreinen of gebouwen (ook geleast) worden op deze begrotingspost geboekt zolang er in de herwaardering van het ministerie van Financiën nog geen rekening mee is gehouden.

Vooruitbetalingen op vaste activa : hier worden de vooruitbetalingen op vaste activa geboekt die aan derden zijn gedaan voor bestellingen, wanneer de levering of dienstverlening nog niet plaatsgevonden heeft of nog niet in rekening gebracht is.

Omboeking van de materiële vaste activa in aanbouw : de omboeking geschiedt in principe op het tijdstip van de voltooiing (verklaring dat werkzaamheden voltooid zijn/verklaring dat de vaste activa verplaatst zijn).

Terreinen of gebouwen (zowel nieuwe investeringen als werkzaamheden aan bestaande gebouwen) worden omgeboekt naar de balansklasse 22 zodra het ministerie van Financiën ze gewaardeerd heeft.

2.3. Tijdstip van de activering

Voor het tijdstip van de activering is bij onroerende immateriële vaste activa het economische gezichtspunt en niet het formeel juridische (eigendomsovergang) gezichtspunt belangrijk. In de eerste plaats is doorslaggevend of het terrein/gebouw economisch gezien nog als vermogen van de verkoper of reeds als vermogen van de koper moet worden toegerekend.

Er wordt aangenomen dat het tot het vermogen van de koper behoort zodra de koper, volgens de wil van de partijen, economisch gezien over het terrein kan beschikken, voor zover niets meer eraan in de weg staat dat de akte bij het hypotheekkantoor wordt verleden of geregistreerd.

Voor het tijdstip van de activering van roerende immateriële vaste activa is de ontvangstdatum doorslaggevend.

Gedeeltelijke leveringen of dienstverleningen, waarvoor geen vooruitbetalingen zijn gedaan, moeten worden geboekt op de rekening "vaste activa in aanbouw".

Bij geactiveerde interne productie is het tijdstip van de uitgaven doorslaggevend voor de activering.

2.4. Waardering

2.4.1. Begrip

De materiële vaste activa worden als volgt gewaardeerd :

a) balansklasse 22 (terreinen en gebouwen)

aanschaffings- of vervaardigingsprijs en de daaropvolgende jaarlijkse herwaardering aan de hand van de waarden die het ministerie van Financiën heeft meegedeeld;

b) balansklasse 23 (installaties, machines en uitrusting) - balansklasse 24 (meubilair, materieel en rollend materieel) - balansklasse 25 (financiële leasing)

aanschaffings- of vervaardigingsprijs, verminderd met planmatige afschrijvingen en eventuele uitzonderlijke afschrijvingen;

c) balansklasse 27 (vooruitbetalingen en vaste activa in aanbouw)

aanschaffings- of vervaardigingsprijs.

2.4.2. Aanschaffingsprijs

2.4.2.1. Begrip 'aanschaffingsprijs'

De aanschaffingsprijs omvat alle uitgaven voor de aanschaffing (= aankoopprijs) van een goed, met inbegrip van alle bijkomende kosten die ontstaan tot het goed in gebruik kan worden genomen, verminderd met alle kortingen.

2.4.2.2. Bijkomende aanschaffingskosten

De bijkomende aanschaffingskosten omvatten onder meer :

- de niet-afrekbare btw;
- vracht, vervoer, verpakking;
- verzekering, inkleringskosten;
- commissielonen, makelaarskosten, vergoedingen voor tussenpersonen;
- kosten i.v.m. koopovereenkomsten;
- notariskosten;
- vergoedingen voor opzegging van huurovereenkomsten of erfdienstbaarheden bij aangekochte terreinen;
- montagekosten;
- planningskosten voor materiële vaste activa;
- infrastructuurkosten;
- ...

2.4.2.3. Verminderingen van de aanschaffingsprijs

Kortingen bij contante betaling, rabatten, boni of andere reducties verlagen de aanschaffingsprijs. In principe moeten de kortingen of boni die door leveranciers worden toegekend, van de aanschaffingsprijs worden afgetrokken.

2.4.3. Onderscheid tussen investeringsuitgaven en onderhoudsuitgaven

2.4.3.1. Investeringsuitgaven

a) Principe

Een investeringsuitgave moet geactiveerd worden wanneer de substantie van de vaste activa wordt vergroot, de aard ervan wordt gewijzigd of de kwaliteit ervan aanzienlijk beter wordt dan oorspronkelijk het geval was. De verlenging van de levensduur op zich is niet voldoende om te besluiten dat het om investeringsuitgaven gaat. Moderniseringsuitgaven zijn geen investeringsuitgaven.

b) Voorbeelden van investeringsuitgaven

Onder investeringsuitgaven worden inzonderheid uitgaven voor het vergroten of verbouwen van gebouwen verstaan.

c) Waardegrenzen

Tot een bedrag van 5.000 euro hoeft geen onderscheid te worden gemaakt tussen investeringsuitgaven en onderhoudsuitgaven. Die uitgaven worden altijd als onderhoudsuitgaven beschouwd.

2.4.3.2. Onderhoudsuitgaven

a) Principe

Er is gewoonlijk een onderhoudsuitgave wanneer de uitgaven dienen om vaste activa in redelijke staat te houden, voor zover het om verbeteringen gaat waardoor de substantie van het economisch goed niet wordt vergroot, de aard ervan niet wordt gewijzigd en de kwaliteit ervan niet beter wordt dan oorspronkelijk het geval was. Ook een technische verbetering of een modernisering wordt als een onderhoudsuitgave beschouwd.

b) Voorbeelden van onderhoudsuitgaven

- Uitgaven voor verbouwingen en uitbreidingen, voor zover die werkzaamheden niet op een nieuwbouw lijken, bijvoorbeeld werkzaamheden voor het verplaatsen van scheidingswanden, het vervangen van ramen en deuren;
- Uitgaven voor veranderingen die moeten worden aangebracht wegens verkeerde maatregelen;
- Uitgaven voor tuinaanplantingen (herbepantingen);
- Kosten voor de montage van verplaatste machines (niet de kosten voor de eerste installatie);
- Herstellingskosten;
- Uitgaven voor het vernieuwen van basisvoorzieningen, zoals het vervangen van een centrale verwarming door een andere verwarmingsbron, ook als de vervangen verwarmingsinstallatie technisch nog in orde was. het vervangen van be- en verluchtingssystemen; het vervangen, nazien en moderniseren van personenliften.

2.4.4. Economische goederen van geringe waarde

Economische goederen van geringe waarde zijn bestanddelen van de vaste activa die gelijktijdig aan de volgende voorwaarden voldoen : ze moeten :

- verslijtbaar zijn,
- roerend zijn,
- op zichzelf gebruikt kunnen worden.

De aanschaffings- of vervaardigingsprijs mag niet hoger zijn dan 500 euro. Voor de waardegrens moet worden uitgegaan van de brutowaarde (d.i. inclusief niet-afrekbare btw, maar na aftrek van rabatten of kortingen). Met het oog op vereenvoudiging kunnen economische goederen die aan de bovengenoemde voorwaarden voldoen, in het jaar van aanschaf of vervaardiging volledig en rechtstreeks als uitgave worden geboekt. Boeken van openbare bibliotheken vallen daar niet onder en moeten geactiveerd worden.

2.4.5. Jaarlijkse herwaardering van terreinen en gebouwen

Terreinen en gebouwen worden jaarlijks geherwaardeerd. Die herwaardering is gebaseerd op de waarden die door het ministerie van Financiën worden meegedeeld.

De berekende meerwaarden/waardeverminderingen worden

- in principe niet in de balans opgenomen onder de rekeningen voor de vaste activa zelf, maar onder de rekeningen voor de afwaarderingen (meerwaarde/waardevermindering) die worden opgesplitst overeenkomstig de rekeningen voor de vaste activa;
- in de resultatenrekening ofwel als meerwaarde (balansklasse 79), ofwel als waardevermindering (balansklasse 69) ingeschreven.

2.4.6. Afschrijvingen

2.4.6.1. Begrip 'afschrijvingen'

Onder "afschrijvingen" worden de bedragen verstaan die in de resultatenrekening (balansklasse 63) als uitgave worden ingeschreven om de waardevermindering van vaste activa te registreren.

Afschrijvingen worden in principe niet gecrediteerd onder de rekeningen voor de vaste activa zelf, maar onder de rekeningen voor de afwaarderingen die overeenkomstig de rekeningen voor de vaste activa worden opgesplitst.

2.4.6.2. Normale afschrijvingen

Voor economische goederen met beperkte levensduur moet rekening worden gehouden met de waardevermindering door planmatige afschrijvingen van de aanschaffings- of vervaardigingsprijs. De volgende levensduren zijn van toepassing :

- Installaties, machines en uitrusting 10 jaar
- Meubilair, materieel en rollend materieel 5 jaar
- Rollend materieel 5 jaar

2.4.6.3. Specifieke problematiek van de afschrijvingen

a) Uitzonderlijke afschrijvingen

Uitzonderlijke afschrijvingen zijn mogelijk om de volgende redenen :

- buitengewone technische slijtage van een goed;
- schade aan een economisch goed;
- het niet of niet langer gebruiken van een goed.

b) Lineaire afschrijving

Afschrijvingen worden lineair berekend.

c) Afschrijvingen in het slotjaar

In het slotjaar worden geen afschrijvingen geboekt.

d) Afschrijvingen van kosten die na de aanschaffing of vervaardiging gedaan zijn

De uitgaven die na de aanschaffing of vervaardiging ontstaan, moeten lineair worden afgeschreven over de resterende levensduur van het hoofdobject.

e) Afschrijvingen van tweedehandsgoederen

Wanneer tweedehandsgoederen van derden worden verworven, wordt de afschrijving over de vermoedelijke resterende levensduur gespreid. Die afschrijving moet telkens geval voor geval worden bepaald.

f) Aanvang van de afschrijvingen van vaste activa in aanbouw

Bij voltooiing of ingebruikneming is een omboeking op de desbetreffende rekening voor vaste activa noodzakelijk. De afschrijving begint op de datum van voltooiing of ingebruikneming.

3. Financiële vaste activa (balansklasse 28)

3.1. Indeling

3.1.1. Overzicht

Tot de financiële vaste activa behoren financiële deelnemingen en vorderingen op lange termijn.

3.1.2. Indeling

3.1.2.1. Deelnemingen

Deelnemingen zijn belangen in het kapitaal van ondernemingen die tot doel hebben de werking van de instelling te bevorderen door een duurzame band met die onderneming te scheppen.

3.1.2.2. Vorderingen uit leningen aan ondernemingen of instellingen

Leningen zijn financiële vorderingen of geldvorderingen (in tegenstelling tot vorderingen voor levering van goederen en diensten). Leningen ontstaan dus regelmatig door voor een bepaalde tijd kapitaal te verstrekken met de verplichting, voor de ontvanger, om het bedrag onder de overeengekomen voorwaarden terug te betalen, doorgaans met rente.

Afhankelijk van de bestemming van de financiële vaste activa moet worden bepaald of deze activa geboekt moeten worden als vaste activa op lange termijn onder "leningen", dan wel als financiële vordering op korte termijn onder "andere vermogensbestanddelen".

3.2. Tijdstip van de activering

Deelnemingen die niet volledig betaald zijn, worden slechts ten belope van het werkelijk betaalde bedrag geactiveerd. Voor zover voor het niet-gestorte kapitaal tot een storting besloten is en een stortingsdatum bepaald is, moet de storting op de actiefzijde geboekt worden onder 'verwerving van deelnemingen' en op de passiefzijde tegengeboekt worden onder 'schulden'.

3.3. Waardering

3.3.1. Deelnemingen

3.3.1.1. Aanschaffingsprijs

Deelnemingen worden gewaardeerd op basis van de aanschaffingsprijs. De aanschaffingsprijs omvat, naast de aankoopprijs, de bijkomende aanschaffingskosten.

3.3.1.2. Waardevermindering

Een waardevermindering moet geboekt worden wanneer het om een blijvende waardevermindering gaat. De reden voor zo'n waardevermindering kunnen bijvoorbeeld aanhoudende verliezen zijn die ertoe leiden dat het eigen kapitaal moet worden aangesproken.

3.3.2. Leningen

3.3.2.1. Aanschaffingsprijs

Leningen worden geboekt op basis van de aanschaffingsprijs.

Als aanschaffingsprijs gelden de bedragen die telkens voor de leningen zijn aangewend. In de regel gaat het om de geldsom die aan de kredietnemer is gegeven.

3.3.2.2. Waardevermindering

Een waardevermindering moet geboekt worden wanneer het om een blijvende waardevermindering gaat.

Punt 6.5 verderop is van overeenkomstige toepassing.

4. Voorraden

4.1. Indeling

4.1.1. Overzicht

De voorraden omvatten alle goederen die bestemd zijn om in het kader van de activiteiten verwerkt, bewerkt en/of verkocht te worden. Alleen de bestemming van een goed, en niet de aard ervan, is bepalend om het goed te boeken en in te delen in de rubriek 'voorraden'.

De voorraden omvatten de grondstoffen, hulpstoffen, verbruiksgoederen, goederen in bewerking en diensten in uitvoering, gereede producten en handelsgoederen, alsook vooruitbetalingen op goederen in voorraad.

4.1.2. Grondstoffen, hulpstoffen en verbruiksgoederen (balansklasse 30)

Hiertoe behoren de grondstoffen, hulpstoffen, verbruiksgoederen en de onderdelen en producten voor fabricage en ander verbruik die aangekocht zijn bij derde leveranciers en verbonden ondernemingen.

Grondstoffen zijn alle materialen die rechtstreeks voor het eindproduct worden gebruikt en het hoofdbestanddeel ervan vormen.

Hulpstoffen worden eveneens voor het eindproduct gebruikt, maar zijn een ondergeschikt bestanddeel ervan. Daartoe behoort ook het verpakkingsmateriaal dat van essentieel belang is om het eindproduct te kunnen verkopen en dat in de verkoopprijs inbegrepen is.

Verbruiksgoederen zijn materialen die slechts een indirecte rol bij de productie spelen. Verbruiksgoederen worden niet gebruikt voor het product zelf, maar voor het productieproces, het onderhoud van de productie-inrichting, de energieproductie, enz. Daaronder vallen energie, brandstof, kleingereedschap, verlichtingsmateriaal, koel-, reinigings- en smeermateriaal, herstellingsmateriaal en vervangingsonderdelen voor de bedrijfsuitrusting.

Tot de verbruiksgoederen behoort ook al het kantoor- en publiciteitsmateriaal, zoals briefpapier, prospecten, handleidingen, voorgedrukte formulieren, handelsboeken, schrijfbenodigdheden en alle soorten verpakkings- en verzendingsmateriaal.

4.1.3. Goederen in bewerking en diensten in uitvoering (balansklasse 32)

Goederen in bewerking zijn producten in het productiestadium waarop na be- of verwerking reeds lonen en algemene kosten van toepassing zijn, zonder dat het productieproces afgesloten is. Het gaat om voorwerpen die geen grondstof, hulpstof of verbruiksgoed meer zijn, maar nog geen eindproduct zijn.

Diensten in uitvoering zijn bestellingen in uitvoering of nog niet gefactureerde prestaties. Vanuit een louter juridisch oogpunt moeten deze diensten op basis van een overeenkomst van opdracht voor leveringen of diensten beschouwd worden als vorderingen. Bij de opname in de balans naast de goederen in bewerking wordt echter rekening gehouden met de bijzondere structuur van dienstverleningsondernemingen.

De activering van goederen in bewerking/diensten in uitvoering valt onder het materialiteitsbeginsel, met andere woorden : producten en diensten met een aanschaffings- of vervaardigingswaarde van minder dan 5.000 euro worden niet op de balans genoteerd.

4.1.4. Gereed product en handelsgoederen (balansklassen 33 en 34)

Gereed zijn zelf vervaardigde producten eerst wanneer ze klaar zijn voor verzending en wanneer er geen be- of verwerkingskosten meer bijkomen. Een gereed product moet dus aan twee voorwaarden voldoen :

- het moet uit eigen productie komen en
- het productieproces moet afgesloten zijn voor het goed dat in de balans wordt opgenomen.

Het aanbrengen van de zogenaamde buitenverpakking valt niet meer onder het productieproces, maar onder de commercialisering.

Bij een langdurig productieproces kan er ook sprake zijn van gerede producten, wanneer gedeelten afzonderlijk geleverd en gefactureerd worden.

Bestelde gerede producten die op de balansdatum klaar zijn om geleverd te worden, maken nog deel uit van de voorraden. Zodra de risico's op de cliënt zijn overgedragen, worden ze onder de vorderingen geboekt.

Handelsgoederen zijn gerede producten die men niet zelf geproduceerd, bewerkt of verwerkt heeft. Het zijn ingekochte handelsartikelen die bestemd zijn om te worden doorverkocht.

4.1.5. Vooruitbetalingen (balansklasse 36)

Onder 'vooruitbetalingen' worden alleen voorschotten geboekt die betaald zijn in het kader van bestellingen van grondstoffen, hulpstoffen, verbruiksgoederen en handelsgoederen. Als de leverancier reeds bij de vooruitbetaling btw verlangt en factureert en die btw aftrekbaar is, wordt hier het nettobedrag van de vooruitbetaling geboekt. Als de btw die bij de vooruitbetaling betaald is niet aftrekbaar is, maakt ook die btw deel uit van de aanschaffingsprijs die voor de vooruitbetaling geactiveerd moet worden.

4.2. Tijdstip van de opnemingsdatum in de balans

De ontvangstdatum of het tijdstip waarop over de goederen kan worden beschikt, is bepalend voor het tijdstip waarop van derden gekochte grondstoffen, hulpstoffen, verbruiksgoederen of handelsgoederen in de balans worden opgenomen.

4.3. Waardering

De voorraden worden gewaardeerd tegen aanschaffings- of vervaardigingsprijs. Als de beurs- of marktprijs op de afsluitingsdag lager is, wordt die prijs in de balans opgenomen. Als de beurs- of marktprijs niet kan worden bepaald, wordt met de waarschijnlijke vervangings- of reproductiewaarde gewerkt. Door dit principe, waarbij de laagste waarde in aanmerking wordt genomen, wordt rekening gehouden met verliezen die op de referentiedatum herkenbaar, maar nog niet gerealiseerd zijn.

5. Vorderingen

5.1. Begrip en indeling

5.1.1. Begrip

Onder 'vorderingen' worden de rechten geboekt voor diensten die in het kader van wederzijdse overeenkomsten reeds zijn geleverd, maar waar nog geen tegenprestatie (d.i. betaling) van de debiteur tegenover staat.

5.1.1.1. Vorderingen uit leveringen en diensten (balansklasse 40)

Tot de vorderingen uit leveringen en diensten behoren alle vorderingen die voortvloeien uit opdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten en uit soortgelijke overeenkomsten met derden.

Indien vóór de balansdatum leveringen en diensten hebben plaatsgehad die nog niet gefactureerd zijn op het ogenblik dat de jaarrekening wordt opgemaakt, moet een vordering in de vorm van 'op te maken factuur' in de balans verschijnen.

Vorderingen op meer dan één jaar moeten afzonderlijk worden geboekt (balansklasse 29).

5.1.1.2. Overige vorderingen (balansklasse 41)

Onder 'overige vorderingen' vallen alle vorderingen en overige vermogensbestanddelen, voor zover ze nergens anders kunnen worden geboekt.

Hiertoe behoren onder meer :

- kortlopende leningen;
- gestorte vooruitbetalingen die geen betrekking hebben op vaste activa of voorraden;
- voorschotten op lonen en wedden;
- voorschotten op reis- en verblijfskosten en dergelijke;
- te innen vergoedingen die door de verzekering moeten worden betaald;
- te innen schadevergoedingen;
- te innen rente;
- terug te vorderen belastingen;
- te innen subsidies of dotaties;
-

5.2. Tijdstip van de opnemingsdatum in de balans

Vorderingen uit leveringen en diensten moeten worden geboekt wanneer de leveringen en diensten hebben plaatsgehad en gefactureerd zijn.

Overige vorderingen uit schadevergoedingen, verzekeringsvergoedingen, terug te betalen belastingen en bijdragen moeten worden geboekt zodra de situatie is ingetreden waarin de dienst krachtens een wet of een overeenkomst moet worden verleend.

Overige vorderingen wegens te innen subsidies en dotaties (bij de ontvanger) :

a) Te innen subsidies (kapitaalsubsidies, werkingssubsidies,...)

De te innen subsidies worden aan de actiefzijde van de balans als vordering geboekt, wanneer de materiële voorwaarden voor de toekenning op de balansdatum vervuld zijn en de subsidie uiterlijk op 28 februari van het volgende jaar zonder betalingsvoorbehoud toegekend is, wat betekent dat de ontvanger een schriftelijke definitieve toezegging van de gever (Europese Unie, staat, gewest, gemeenschap,...) heeft ontvangen.

b) Te innen dotaties :

De boeking van de vordering/opbrengst geschiedt op basis van gelijke maandelijke schijven van het recht dat voor het lopende boekjaar is vastgesteld. Als vastgestelde rechten gelden de bedragen die de dotatiegever voor het lopende boekjaar schriftelijk heeft meegedeeld, in voorkomend geval met inbegrip van de rechtzettingen die de dotatiegever wegens een wijziging van de berekeningsbasis in de dotaties van de vorige jaren heeft aangebracht.

Bij het opstellen van een balans over minder dan één jaar moeten - in voorkomend geval - de reeds ontvangen bedragen (werkingssubsidies, dotaties) onderscheiden worden die voor de periode na de balansdatum als opbrengst in de balans verschijnen (overlopende rekeningen - passief).

Vorderingen ten aanzien van instellingen die onder de werkingssfeer van de voorliggende indelings- en waarderingsprincipes vallen, mogen alleen worden geboekt na onderlinge afstemming.

Bij vorderingen ten aanzien van instellingen die onder de werkingssfeer van de voorliggende indelings- en waarderingsprincipes vallen, moeten telkens tegen 31 december voor alle posten saldobevestigingen worden opgevraagd. De saldi moeten op elkaar worden afgestemd.

Een vordering moet wegens oninbaarheid uit de boeken geschrap(d.w.z. gestorneerd) worden wanneer de vordering naar alle waarschijnlijkheid niet meer geïnd kan worden. Geheel of gedeeltelijk uit de boeken schrappen is echter (afhankelijk van de instelling) alleen toegestaan na voorafgaande toestemming van de raad van bestuur, de minister of de Regering (zie artikel 51 van het decreet van 25 mei 2009).

Indien bij de jaarlijkse inventaris een vordering wordt ontdekt die betrekking heeft op een vorig boekjaar en die nog niet geboekt is, moet die vordering - naargelang van de aard ervan - geregistreerd worden als vordering uit leveringen en diensten of als overige vorderingen en tegengeboekt worden als "uitzonderlijke opbrengst" (balansklasse 76).

5.3. Waardering

5.3.1. Principe

Vorderingen moeten worden geboekt tegen aanschaffingsprijs (nominale waarde), btw inbegrepen.

5.3.2. Activering van te innen rente

Te innen rente moet worden geactiveerd in verhouding tot de verstreken tijd, voor zover op de balansdatum een recht op te innen rente ontstaan is. Daartoe behoren ook nalatighedsinteressen wanneer die in een overeenkomst vastgelegd zijn. De activering van de te innen rente geschiedt los van het tijdstip van de opeisbaarheid en geschiedt in balansklasse 491 - Verkregen opbrengsten.

5.4. Compensatie van vorderingen en schulden

Vorderingen mogen niet gecompenseerd worden door schulden (niet-compensatiebeginsel).

5.5. Afwaarderingen

5.5.1. Begrip

Afwaarderingen zijn louter boekhoudkundige correctieposten die betrekking hebben op vorderingen. In de balansen worden deze afwaarderingen op de actiefzijde van de desbetreffende vordering afgetrokken (rekening "geboekte waardeverminderingen").

5.5.2. Afzonderlijke afwaarderingen

Afzonderlijke afwaarderingen moeten overeenstemmen met het bedrag in kwestie of met het bedrag waarvan de inning twijfelachtig lijkt. Afwaarderingen moeten overeenstemmen met de risicobedragen. Voor de berekening van de afwaardering moet de btw die in het brutobedrag vervat is, afgetrokken worden van het bedrag van de vordering, voor zover die btw aftrekbaar is.

Voor zover in specifieke omstandigheden geen andere benadering vereist is, gelden voor de hierna opgesomde risico's de in de tabel vermelde correctiepercentages voor nettovorderingen (zonder aftrekbare btw) :

- gerechtelijk akkoord 100 %
- gerechtelijke aanmaning 50 %
- verzuim van betaling, uitstel van betaling, slechte financiële omstandigheden 25 %

Er is sprake van verzuim van betaling wanneer de betaling na opeisbaarheid en na herhaalde aanmaningen uitblijft.

Forfaitaire afwaarderingen zijn niet toegestaan.

6. Geldbeleggingen en liquide middelen (balansklasse 55)

6.1. Begrip en indeling

Hieronder vallen : cheques, kasgeld en tegoeden bij kredietinstellingen.

Onder de banktegoeden worden bijvoorbeeld ook de termijnbeleggingen geboekt.

Cheques Hier moeten alle cheques worden geboekt die ingekomen zijn, maar nog niet ter creditering aan een bank of aan derden doorgegeven zijn. Daartoe behoren ook cheques die weliswaar al doorgegeven zijn, maar nog niet door de bank gecrediteerd zijn.

Kasgeld Tot het kasgeld behoren geld in contanten en zegels. Tot de geldvoorraad behoren ook de vreemde valuta. Zegels zijn postzegels, fiscale zegels, niet-verbruikte zegels voor frankeermachines, enz.

Tegoeden bij kredietinstellingen

Tegoeden moeten als vorderingen ten aanzien van binnenlandse of buitenlandse banken voortvloeien uit lopende en regelmatige handelsbetrekkingen. Hier moeten de tegoeden op rekening-courant worden geboekt, alsook de zogenaamde termijndeposito's.

Het verrekenen van tegoeden en schulden bij verscheidene kredietinstellingen is niet toegestaan.

6.2. Waardering

Cheques moeten als vorderingen worden gewaardeerd. Kasgeld en banktegoeden moeten tegen nominale waarde worden gewaardeerd.

Liquide middelen in vreemde valuta moeten worden geboekt tegen de laagste koers op de balansdatum (31/12/xx).

7. Eigen vermogen

7.1. Overzicht

Tot het eigen vermogen behoren de overgedragen resultaten (winst of verlies), alsook de kapitaalsubsidies.

7.2. Indeling

7.2.1. Overgedragen resultaten (balansklasse 10)

Het gaat om de gecumuleerde winsten of verliezen van de instelling op de balansdatum (31/12/xx).

7.2.2. Kapitaalsubsidies (bij de ontvanger) (balansklasse 15)

Investeringsubsidies voor vaste activa moeten in de balans worden opgenomen wanneer bij de aanschaf van materiële vaste activa niet-terugbetaalbare toelagen en subsidies worden toegekend door derden (bijvoorbeeld de staat, een gewest, gemeenschap,...).

Het boeken van die subsidies op de passiefzijde heeft tot doel de werkelijke vermogenssituatie van de instelling beter weer te geven.

Die post moet worden gedebiteerd op basis van de resterende levensduur van de economische goederen waarvoor subsidie is toegekend, voor zover die goederen afgeschreven worden. Het debiteren geschiedt dan in de resultatenrekening onder de begrotingspost "overige financiële opbrengsten". Indien investeringsubsidies betrekking hebben op terreinen/gebouwen die niet afgeschreven worden, blijven deze subsidies onveranderd geboekt als kapitaalsubsidies in het eigen vermogen.

Bij subsidies die onder bepaalde voorwaarden terugbetaald moeten worden, moet worden nagegaan of een economische kost bestaat, rekening houdend met het feit of de opgelegde voorwaarden al dan niet zijn vervuld. Voor zover erop gerekend moet worden dat de terugbetalingsplicht werkzaam wordt, moet die terugbetalingsplicht als schuld worden geboekt.

N.B. Ontvangen werkingssubsidies moeten rechtstreeks in de resultatenrekening worden geboekt onder "overige opbrengsten". Een verrekening met de uitgaven voor de dekking waarvan die subsidies toegekend zijn, is principieel niet toegestaan (compensatieverbod).

8. Voorzieningen (balansklasse 16)

8.1. Begrip en indeling

8.1.1. Begrip

Voorzieningen dienen om toekomstige kosten te boeken die in het lopende of in een vroeger boekjaar veroorzaakt zijn, maar op de balansdatum nog geen aanleiding gegeven hebben tot het boeken van een schuld. De aard van de kosten moet nauwkeurig omschreven kunnen worden en het bestaan van die kosten moet op de balansdatum waarschijnlijk of zeker zijn. Het bedrag van de kosten is bij de opnemingsdatum in de balans nog onzeker.

8.1.2. Indeling

8.1.2.1. Voorzieningen voor sociale verplichtingen

De verplichting om voorzieningen aan te leggen vloeit voort uit de algemene verplichting om voorzieningen aan te leggen voor onzekere schulden.

Hier moeten de voorzieningen voor ontslagvergoedingen worden geboekt.

Overeenkomstig artikel 14, tweede lid, van het koninklijk besluit van 10 november 2009 hoeven geen voorzieningen voor pensioenen te worden aangelegd.

8.1.2.2. Voorzieningen voor belastingen, met inbegrip van uitgestelde belastingen

Er moeten voorzieningen worden aangelegd ten belope van de bedragen die uit het oogpunt van het belastingrecht tot het einde van het boekjaar ontstaan zijn. Rechtsgeldig geheven belastingen moeten worden geboekt als schulden.

8.1.2.3. Overige voorzieningen

Voorzieningen voor

- grote herstellings- en onderhoudswerken;
- lopende geschillen
- garanties

De garanties vloeien doorgaans voort uit koop- of aannemingsovereenkomsten. De garanties berusten op :

- wettelijke garantieverplichtingen;
- contractuele garantieverplichtingen;
- ...

8.2. Waardering

De voorzieningen moeten in de balans worden opgenomen ten belope van het bedrag dat redelijkerwijs noodzakelijk is. Het bedrag van de voorziening moet overeenstemmen met het bedrag dat nodig is om het risico te dekken of dat waarschijnlijk moet worden betaald.

9. Schulden

9.1. Begrip en indeling

9.1.1. Begrip

De verplichtingen van de instelling waarvan het bedrag en de vervaldatum op de balansdatum vaststaan, worden als schulden geboekt. Het moet gaan om lasten die op het vermogen van de instelling drukken en dus om een schuld die in de balans verschijnt.

Schulden op meer dan één jaar moeten afzonderlijk worden geboekt (balansklasse 17).

9.1.2. Indeling

9.1.2.1. Schulden op meer dan één jaar die binnen het jaar vervallen (balansklasse 42)

Het gaat hier om het kortetermijngedeelte van langetermijnleningen aan de instelling.

9.1.2.2. Financiële schulden (balansklasse 43)

Hier moeten alle bankschulden worden geboekt, alsook alle financiële schulden ten aanzien van derden.

9.1.2.3. Schulden uit leveringen en diensten (balansklasse 44)

Als schulden uit leveringen van goederen en diensten moeten de rechten worden geboekt waarvoor in het raam van bilaterale overeenkomsten al leveringen/diensten hebben plaatsgehad, maar nog geen betalingen zijn gedaan. Daartoe behoren de schulden die ontstaan uit opdrachten voor de aanneming van werken, leveringen en diensten en soortgelijke overeenkomsten met derden.

Indien vóór de balansdatum leveringen en diensten verkregen zijn waarvoor op het tijdstip van de opmaak van de jaarrekeningen nog geen factuur ontvangen is, moet in de balans een schuld in de vorm van een "te ontvangen factuur" verschijnen.

9.1.2.4. Schulden met betrekking tot belastingen, bezoldigingen en sociale lasten (balansklasse 45)

Als belastingen gelden niet alleen die welke in de resultatenrekening als zodanig moeten worden geboekt, maar ook die welke de instelling voor derden betaalt of die voor haar wachtrekeningen vormen (bv. btw, bedrijfsvoorheffing, roerende voorheffing).

De schulden in het raam van bezoldigingen en sociale lasten omvatten onder meer :

- nog te betalen lonen en wedden;
- sociale lasten, bijdragen voor de sociale zekerheid;
- voorzieningen voor vakantiegeld, premies, dertiende maand en andere vergoedingen;
- ...

9.1.2.5. Diverse schulden (balansklasse 48)

Tot de diverse schulden behoren alle schulden die nergens anders kunnen worden geboekt.

Hiertoe behoren onder meer :

- de ontvangen voorschotten;
- de schulden uit subsidies of dotaties;
- ...

9.2. Tijdstip van de opnemings in de balans

Schulden uit leveringen en diensten moeten in de balans worden opgenomen wanneer de leveringen en diensten hebben plaatsgehad en gefactureerd zijn.

Diverse schulden wegens toegezegde subsidies en dotaties (bij de subsidiërende overheid) :

a) Te betalen subsidies (kapitaalsubsidies, werkingssubsidies,...)

De schuld die uit de toezegging van subsidies ontstaat, moet worden geboekt wanneer de materiële voorwaarden voor de toekenning op de balansdatum vervuld zijn en de subsidie uiterlijk op 28 februari van het volgende jaar zonder betalingsvoorbehoud toegekend is, wat betekent dat de subsidiërende instantie een schriftelijke definitieve toezegging heeft gegeven.

b) Te betalen dotaties :

De boeking van de schuld/kost geschiedt op basis van gelijke maandelijks schijven van de schuld die voor het lopende boekjaar is vastgesteld. Als vastgestelde schulden gelden de bedragen die de dotatiegever voor het lopende boekjaar schriftelijk aan de dotatieontvanger heeft meegedeeld, in voorkomend geval met inbegrip van de rechtzettingen die de dotatiegever wegens een wijziging van de berekeningsbasis in de dotaties van de vorige jaren heeft aangebracht.

Bij het opmaken van een balans over minder dan één jaar moeten - in voorkomend geval - de reeds gedane uitgaven (werkingssubsidies, dotaties) onderscheiden worden die voor de periode na de balansdatum als kosten in de balans verschijnen (overlopende rekeningen - actief).

Schulden ten aanzien van instellingen die onder de werkingssfeer van de voorliggende indelings- en waarderingsprincipes vallen, mogen alleen na onderlinge afstemming geboekt worden.

Bij schulden ten aanzien van instellingen die onder de werkingssfeer van de voorliggende indelings- en waarderingsprincipes vallen, moeten telkens tegen 31 december voor alle posten saldobestemmingen worden opgevraagd. De saldi moeten op elkaar worden afgestemd.

Indien bij de jaarlijkse inventaris een schuld wordt ontdekt die betrekking heeft op een vorig boekjaar en die nog niet geboekt is, moet die schuld - naargelang van de aard ervan - op de passiefzijde van de balans worden opgenomen als schuld uit leveringen en diensten of als overige schulden en tegengeboekt worden als "uitzonderlijke kosten" (balansklasse 66).

9.3. Waardering

9.3.1. Principe

Schulden moeten worden gewaardeerd tegen aflossingswaarde. De aflossingswaarde stemt in de regel overeen met het bedrag waarvoor de schuld is aangegaan.

9.3.2. Schulden in vreemde valuta

In de regel wordt de op de balansdatum geldende afsluitingskoers als basis gebruikt.

9.3.3. Compensatie van schulden

Schulden mogen principieel niet gecompenseerd worden met vorderingen.

10. Overlopende rekeningen

10.1. Begrip

Volgende posten worden als overlopende rekeningen opgenomen :

- de posten die uitgaven en ontvangsten van vóór de balansdatum bevatten, voor zover ze een kost of een opbrengst voor een bepaalde periode na die datum vertegenwoordigen.
- opbrengsten en kosten van het afgelopen boekjaar die pas later tot ontvangsten of uitgaven leiden.

“Overlopende rekeningen ten aanzien van instellingen die onder de werkingssfeer van de voorliggende indelings- en waarderingsprincipes vallen, moeten in aanmerking worden genomen in de saldobevestigingen van de vorderingen/schulden op 31 december.

10.2. Overlopende rekeningen (actief) (balansklassen 490 en 491)

Hier moeten onder meer de volgende posten worden ondergebracht :

a) kosten die na de balansdatum zijn betaald (= over te dragen kosten)

- rente (kredietnemer);
- huur- en pachtgelden (huurder);
- verzekeringspremies;
- werkingssubsidies;
- dotaties;
- ...

Enmalige hogere uitgaven voor de spreiding van bijvoorbeeld publiciteitskosten mogen niet worden opgenomen, aangezien zulke kosten niet op een bepaalde periode na de balansdatum slaan.

b) Opbrengsten van het afgelopen boekjaar die eerst in het jaar daarop tot ontvangsten leiden (= verkregen opbrengsten)

- rente (kredietgever);
- huur- en pachtgelden (verhuurder);

10.3. Overlopende rekeningen (passief) (balansklassen 492 en 493)

Hier moeten onder meer de volgende posten worden ondergebracht :

a) de opbrengsten die na de balansdatum zijn geïnd (= over te dragen opbrengsten)

- - ontvangen rente (kredietgever);
- huur- en pachtgelden (verhuurder);
- werkingssubsidies;
- dotaties;
- ...

b) De kosten van het afgelopen boekjaar die eerst in het jaar daarop tot uitgaven leiden (= toe te rekenen kosten)

- rente (kredietnemer);
- ontvangen huur- en pachtgelden (huurder);
- verzekeringspremies;
- ...

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 juni 2011 tot uitvoering van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Eupen, 15 juni 2011.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen